

Brunner, Detlev (Ed.); Kuhnhenne, Michaela (Ed.)

Book

Proteste, Betriebe und Gewerkschaften: Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990

Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, No. 7

Provided in Cooperation with:

BeBra Verlag, Berlin

Suggested Citation: Brunner, Detlev (Ed.); Kuhnhenne, Michaela (Ed.) (2024) : Proteste, Betriebe und Gewerkschaften: Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, No. 7, ISBN 978-3-95410-317-1, BeBra Wissenschaft Verlag, Berlin, <https://doi.org/10.62936/NKTU7117>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/305332>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>



DETLEV BRUNNER
MICHAELA KUHNHENNE (HG.)

Proteste, Betriebe und Gewerkschaften

Beiträge zur ostdeutschen
Transformation seit 1990

BeBra
Wissenschaft
Verlag

Proteste, Betriebe und Gewerkschaften

Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft
Band 7

DETLEV BRUNNER / MICHAELA KUHNHENNE (HG.)

Proteste, Betriebe und Gewerkschaften

Beiträge zur ostdeutschen Transformation
seit 1990

BeBra Wissenschaft Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

Der BeBra Wissenschaft Verlag ist ein Imprint des BeBra Verlags.

© 2023 BeBra Verlag GmbH
Asterplatz 3, 12203 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Umschlag und Satzbild: typegerecht berlin
Schrift: DTL Albertina 9,8/13 pt
Gedruckt in der Europäischen Union
ISBN 978-3-95410-317-1

www.bebra-wissenschaft.de
--

Inhalt

Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne

Einleitung 7

Jakob Warnecke

»Der Kampf um unseren Betrieb hat begonnen.«

Die Rolle gewerkschaftlicher Praxis im Hennigsdorfer Stahlwerk
zwischen 1989/90 und 1994 13

Jary Koch

Mit Straßenblockaden zur Standortsicherung

Der Konflikt um die Zukunft der Thüringer Faser AG 1990–1994 35

Jessica Lindner-Elsner

Transformation der Automobilindustrie Ostdeutschlands

Soziale Ungleichheiten im Umbruchprozess am Beispiel Eisenach 55

Konrad Bunk

Akteure im Transformationsprozess

Die ADDINOL Mineralöl GmbH 1990–1998 77

Justin Andreae

Transformation in Wort, Bild und Ton

Anti-Treuhand-Proteste in Thüringen und Sachsen im Spiegel der Medien 97

Anhang

Abbildungsnachweis 117

Autorinnen und Autoren 119

Einleitung

In jüngster Zeit ist viel von »Transformation« die Rede – gemeint sind damit meist der klimaneutrale Umbau und die umfassende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Aktuell werden zudem verstärkt der Nutzen und die Gefahren von »Künstlicher Intelligenz« diskutiert.

In einem im Auftrag der Bundesregierung konzipierten »Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit« sollen zur Bewältigung all dieser gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen Erfahrungen aus der Zeit seit 1990 gesichert und nutzbar gemacht werden. In diesen Jahren vollzog sich in der ehemaligen DDR und in den »neuen Bundesländern« ein radikaler Umbruch in nahezu allen Bereichen der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft.¹ Der Rekurs auf die Erfahrungen jener Phase ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil seit einigen Jahren erneut Debatten über »Ostdeutsche« und die Situation in den ostdeutschen Bundesländern geführt werden.²

Politiker räumten Fehler ein, die Ostdeutschen seien in den Prozessen der Vereinigung und der Transformation »nicht fair« behandelt worden, so der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus, am 3. Oktober 2018.³ Laut einer im Auftrag der Bundesregierung durchgeführten Umfrage fühlten sich 2019 57 Prozent der Ostdeutschen als »Bürger zweiter Klasse«.⁴ Derartige Wahrnehmungen lassen sich offensichtlich auf die Erfahrungen der Transformation in den 1990er Jahren zurückführen.

Die Konzentration auf Fehler in den Prozessen der Einheit und der Transformation befördert jedoch oftmals eine Opferperspektive, die einen differenzierenden Blick auf diese Phase in den 1990er und 2000er Jahren verstellt. Die Geschichte ist komplizierter, als dass sie in pauschalen Schuldzuweisungen insbesondere an die Adresse der Treuhandanstalt (THA) oder – andererseits – mit dem Rückgriff auf die gescheiterte Planwirtschaft der DDR zu erklären wäre.

Zweifelsohne gab es einen neoliberalen Grundkonsens in Bundesregierung, Treuhandanstalt und Wirtschaft, wie die Neustrukturierung der Volkswirtschaft der DDR/

1 Abschlussbericht der Arbeitsgruppe »Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit«, Hrsg.: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Stand: Juni 2021, S. 2.

2 Siehe neuerdings Dirk Oschmann: Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023.

3 Brinkhaus: Ostdeutsche wurden »nicht fair behandelt«, in: Der Tagesspiegel, 03.10.2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/tag-der-deutschen-einheit-brinkhaus-ostdeutsche-wurden-nicht-fair-behandelt/23143098.html> (zuletzt 30.07.2023).

4 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019, hg. v. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, August 2019, S. 14.

der neuen Länder zu gestalten sei, Privatisierung um – fast – jeden Preis war die Maxime. Alternativen, die eine stärkere staatliche Verantwortung bei der Sanierung von Betrieben forderten, wurden von den politisch entscheidenden Instanzen abgelehnt. Die Folgen waren massiv: Eine nur vorübergehend durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Vorruhestandsregelungen, »Kurzarbeit Null« und manchem mehr verdeckte Arbeitslosigkeit in Größenordnungen, die die 20-Prozent-Marke in einigen Regionen der neuen Länder deutlich überstieg und von der Frauen im besonderen Maße betroffen waren; Desintegration, Bedeutungsverlust und Auflösung sozialer und kultureller Strukturen. Mit derartigen Zustandsbeschreibungen der ostdeutschen Gesellschaft werden häufig Narrative verbunden, die die Figur des »Opfers«, des »Wendeverlierers« in den Blickpunkt rücken. Dabei werden Bilder der Passivität produziert: Es ist von der »stillen Wut der Wendegeneration« die Rede, von Arbeitslosen, die »um sozialen Beistand betteln«, und von einer »sozialstaatlich abgedeckten Lethargie«.⁵

Die Beiträge in diesem Sammelband nehmen eine andere Perspektive ein. Die mikrohistorischen Studien zeigen beispielhaft, was für die Geschichtswissenschaft insgesamt gilt. So wichtig Überblicksdarstellungen und »Großerzählungen« sind, gerade an kleineren Einheiten – in diesem Fall der Betrieb – lassen sich Prozesse detailliert nachvollziehen und Entwicklungen rekonstruieren. Entgegen mancher Vorurteile wird auf Möglichkeiten der Einflussnahme und der Kooperation unterschiedlicher Akteure, sei es zwischen Betriebsvertretungen, Gewerkschaften und Unternehmensleitungen und in manchen Fällen auch mit der Treuhandanstalt verwiesen. Es ist eine Erzählperspektive »von unten«, die die massiven Probleme der Transformation keinesfalls leugnet, die davon Betroffenen jedoch als handelnde Subjekte erkennt. Aktivität, Initiative, Selbstermächtigung und auch manche Erfolge des Einsatzes sind Elemente der Transformation, deren Erinnerung ein wichtiger Baustein für eine demokratische Zivilgesellschaft ist.

Zu den Beiträgen

Bei der Suche nach Erklärungen, wie die Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft verlaufen sind, welche Möglichkeiten zu einem sozial abgedeckten und demokratisch mitbestimmten Umbau bestanden, welche Handlungsspielräume entstanden und wie diese genutzt wurden, führt der Weg auf eine Ebene, die für die einstmalige Arbeitsgesellschaft DDR von identitätsstiftender Bedeutung war – die Ebene der Betriebe, der dort Beschäftigten und ihrer Erfahrungen. Die Wahrnehmung und die Auswirkungen der Transformation sind nur vor dem Hintergrund der »verbetrieblichten« Gesellschaft

5 Zitate in der Reihenfolge ihrer Nennung: Sabine Rennefanz: Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration, München 2012; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 149; Thomas Großbölting: Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020, S. 148.

der DDR zu verstehen. In dieser war der Betrieb nicht nur ein Arbeitsort, sondern auch Träger sozialer und kultureller Dienstleistungen und Zentrum sozialer Beziehungen.

Wie verliefen Transformationsprozesse im Betrieb? Welche Rolle spielten dabei Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen? Wie erfolgreich waren die vielfältigen Protestaktionen zum Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen? Und welche Bedeutung nahm dieses Engagement in der medialen Öffentlichkeit ein? Dies sind die Kernfragen, die die Beiträge dieses Bandes thematisieren.

In seinem Aufsatz zur Geschichte des Stahlwerks im brandenburgischen Hennigsdorf in den Jahren 1989 bis 1994 beschreibt Jakob Warnecke ein Geflecht von Protest, Einflussnahme und Kompromiss, in dem die Belegschaft und ihre betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung entschlossen für den Erhalt ihres Werkes und möglichst vieler Arbeitsplätze agierten. Auffallend ist der Traditionsbezug der Hennigsdorfer Belegschaft, die sich bei einem geplanten Protestmarsch auf das historische Beispiel der Hennigsdorfer Stahlwerker vom 17. Juni 1953 und ihrem Marsch nach Berlin berief.

Kämpferisch zeigten sich die Stahlwerker:innen auch, als sie im Herbst 1991 ihren Betrieb aus Protest gegen Entscheidungen der Treuhand besetzten. Diese Entschlossenheit schloss eine »Konfliktpartnerschaft« zwischen Belegschaftsvertretung und Betriebsleitung nicht aus. Im Ziel der Erhaltung des Unternehmens einig, waren Absprachen zwischen diesen Akteuren des Betriebes nicht ungewöhnlich.

Hennigsdorf ist auch ein Beispiel dafür, dass das Entstehen der demokratischen Bewegung im Herbst 1989 nicht an den Toren der Betriebe Halt machte. Im Gegenteil: Die ehemals einflusslosen Vertrauensleuteversammlungen des FDGB entwickelten sich zu Foren der Diskussion und der Entscheidung. In der Hennigsdorfer »Bürgerversammlung« waren Vertreter:innen der beiden Großbetriebe der Stadt vertreten – Hennigsdorf ist mithin ein Beispiel für die Verbindung von »betrieblicher Wende« und demokratischer Revolution.⁶

Warnecke zeigt, dass Betriebsrat und IG Metall »in Grenzen« auf Entscheidungen der Treuhandanstalt einwirken konnten. Die Erfolge waren wie in anderen Fällen relativ: Zum einen Erhalt des Standortes, zum anderen eben auch Abbau großer Teile des Personals bis 1992. Immerhin konnte der Betriebsrat – mit Unterstützung der Treuhand – gegenüber dem neuen Eigentümer, dem italienischen Unternehmen Riva, durchsetzen, dass 1.050 Mitarbeiter:innen weiterbeschäftigt wurden und das Werk damit in der Montanmitbestimmung verblieb. Für die Beschäftigten der 1992 liquidierten Restgesellschaft (Hennigsdorfer Stahl GmbH) konnte eine durch die THA finanzierte Weiterbeschäftigung bis Ende 1993 in einer kommunalen Arbeitsbeschaffungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft (ABS) erreicht werden, wodurch die Entwicklung nicht mehr benötigten Betriebsgeländes möglich war.

6 Zur »betriebliche Wende« vgl. Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001.

Die Sorge um den Betrieb und die Belegschaft trieb auch den Betriebsrat der Thüringischen Faser AG in Rudolstadt-Schwarza um. Jary Koch präsentiert mit seiner Fallstudie nicht nur eine weitere Betriebsgeschichte der Transformationsphase. Die Geschichte der Faser AG ist zugleich ein Beispiel regionaler Solidarität.

Der Betriebsratsvorsitzende Jürgen Völkerling war einer der Initiatoren des 1993 entstehenden Protestnetzwerkes »5 vor 12 – Thüringen brennt«, dessen Aktionen entgegen häufiger Annahmen eben nicht lediglich als »Schockreaktion« auf Transformationsprozesse oder gar als »Ausdruck einer defizitären politischen Kultur« angesehen werden können. Im Gegenteil, so Koch, handele es sich um eine »soziale Bewegung« und um ein wichtiges Kapitel deutscher Demokratie- und Protestgeschichte. Am Beispiel der Faser AG zeigt sich zudem das Zusammenwirken von Betriebsvertretungen, Belegschaften, Branchengewerkschaft (IG Chemie-Papier-Keramik) und regionalem DGB. Dieses Beispiel zieht die pauschale kritische Einschätzung einer Distanz der Gewerkschaften zu den »kämpfenden Belegschaften« in Zweifel, wenngleich ein Zusammenwirken in einem anderen prominenten Fall – der Kali-Grube in Bischofferode – nicht gegeben war.

Der Fall der Faser AG enthielt Brisanz wegen der skandalösen Vorgänge im Zuge der Privatisierung. Da die Investoren Subventionen zweckentfremdeten und in ausländische Unternehmen »umleiteten«, geriet die Faser AG finanziell in Bedrängnis. Die Treuhandanstalt weigerte sich jedoch, das Unternehmen nach dieser gescheiterten Privatisierung in ihr Portfolio zurückzunehmen. Die beiden Brüder der indischen Dalmia-Gruppe und einer ihrer Mitarbeiter wurden wegen des Vorwurfs der Veruntreuung kurzzeitig festgenommen, die Vorgänge drohten gar internationale Verwicklungen hervorzurufen.

Letztlich fällt die Bilanz auch im Fall der Faser AG zwiespältig aus: Die Bereitschaft der Landesregierung in den Industriestandort zu investieren und damit Arbeitsplätze zu erhalten, war das Eine, das Ende des Betriebs und der Personalabbau von 6.300 Beschäftigten im März 1990 auf schließlich 1.200 Arbeitsplätze in Nachfolgeunternehmen am Standort das Andere. Als langfristiger Erfolg können festgehalten werden: die demokratische Selbstermächtigung und das solidarische Verhalten als Erfahrungen, die für kommende Umbrüche zu mobilisieren wären.

Jessica Elsner-Lindner geht in ihrem Beitrag zum Automobilwerk Eisenach von der Feststellung aus, dass in der DDR – entgegen dem ideologischen Selbstverständnis – durchaus soziale Ungleichheiten bestanden. Diese ergaben sich aus Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft oder Position in der Gesellschaft und wurden mit der »Wende« transformiert. Am Beispiel der weiblichen Beschäftigten des Eisenacher Automobilwerkes zeigt Elsner-Lindner die Veränderung und Verschärfung geschlechtsspezifischer Ungleichheit auf. Frauen waren – wie in den anderen hier vorgestellten Fallbeispielen – überdurchschnittlich von Entlassungen betroffen. Vor allem alleinerziehende Mütter und ältere Arbeitnehmerinnen hatten schlechtere Chancen als Männer, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Der Verlust sozialer Dienstleistungen des Betriebs wie Kinderbetreuung, Verkaufsstellen, Kantinen, Feriendienst wirkte sich nachteilig auf die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie aus. Erstaunlich ist im Rückblick, dass die IG Metall

1991/92 zwar die Benachteiligung von Frauen vor allem in der Erwerbsarbeit hervorhob, dieses Thema jedoch von der betrieblichen Interessenvertretung »kaum explizit thematisiert« wurde. Allerdings spielten die besonderen Schwierigkeiten insbesondere für allein-erziehende und ältere Frauen eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung des Sozialplanes.

Die Aushandlung von Sozialplänen für entlassene Beschäftigte war für die Akteur:innen der Betriebsgewerkschaft und später des Betriebsrats, in dem der Frauenanteil nur 15 Prozent betrug, eine zentrale und neue Aufgabe. Die Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung zeichnet Elsner-Lindner im zweiten Teil ihres Beitrags nach. Betriebsgewerkschaftsleitung und ab August 1990 der neu gewählte Betriebsrat nahmen – so ihre Bilanz – eine vermittelnde Rolle zwischen Belegschaft, Unternehmensleitung und Treuhand ein. Die Produktionseinstellung im Automobilwerk konnte weder mit Verhandlungen noch mit Protestaktionen wie der Blockade der Autobahn A 4 im Januar 1991 verhindert werden. Erreicht werden konnte jedoch die Abfederung von Entlassungen beispielsweise durch Sozialpläne, Regelungen zu Qualifizierung und Weiterbildung, Fortführung begonnener Ausbildungsbildungsverhältnisse, der bevorzugten Einstellung in Nachfolgeunternehmen.

Konrad Bunk lotet in seiner Fallstudie zur ADDINOL Mineralöl GmbH das Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure aus: Betriebsleitung, Betriebsrat, Chemie-Gewerkschaft, Treuhandanstalt und Landespolitik. Auch hier verfolgte der Betriebsrat eine kooperationsbereite Linie, mit dem Ziel, die erforderliche Schrumpfung des Personals sozial abzufedern. Ein Ergebnis war die Gründung einer Sanierungsgesellschaft, in der die Entlassenen mit befristeten Arbeitsverträgen untergebracht wurden.

Trotz aller Konflikte zogen Betriebsleitung und Betriebsrat, was die Zukunft des Unternehmens anbelangte, an einem Strang. Sie stimmten ihre Strategien bei den Privatisierungsbemühungen miteinander ab und traten bei Verhandlungen gemeinsam auf. Der Betriebsrat sei gegenüber der Geschäftsführung zwar nicht gleichberechtigt, aber gleichwohl »umfassend« an den Privatisierungsgesprächen beteiligt gewesen.

Die einvernehmliche Kooperation hatte jedoch ihre Grenzen. Im Herbst 1997, als die sofortige Stilllegung des Betriebes und die Entlassung des restlichen Personals drohten, ging der Betriebsrat zu einer konfrontativen Haltung über und organisierte Streiks und Mahnwachen. Auch diese Aktionen konnten das endgültige Aus des Unternehmens im Jahr 1998 nicht verhindern. Die IG Chemie-Papier-Keramik unterstützte das Anliegen des Addinol-Betriebsrates, mobilisierte zu großen Demonstrationen und konnte auch den einen oder anderen Erfolg erreichen, der letztlich jedoch nur ein Aufschieben des Endes von Addinol bedeutete.

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt spielte eine zwiespältige Rolle. Zunächst zurückhaltend gegenüber Aktivitäten zugunsten des Unternehmens, setzte sie sich angesichts der drohenden Deindustrialisierung der Region für die Existenz des Betriebes ein, gab jedoch ihr Engagement nach der 1998 gefällten Entscheidung der Europäischen Kommission, Subventionen des Landes und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) an Addinol zu verhindern, auf. Den Rahmen der Wirkungsmöglichkei-

ten setzten die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgerin BvS. In diesem Rahmen konnten die betrieblichen Akteure mit Unterstützung der IG Chemie begrenzte Erfolge verbuchen.

Der Band schließt ab mit dem Beitrag von Justin Andreae, der das Verhältnis zwischen Treuhand, Protestbewegung und Medien sowie die mediale Rezeption des Protestgeschehens gegen die Treuhand sowie gegen Betriebsschließungen und Entlassungen anhand unterschiedlicher Ebenen untersucht. In sein Sample hat er regionale und überregionale Printmedien, »linke« Presse und öffentlich-rechtlichen Rundfunk einbezogen. Im Zentrum steht die Protestbewegung »Thüringen brennt« 1993/94.

Wenig überraschend ist, dass lokale/regionale Medien wie die *Thüringer Allgemeine* nicht nur häufiger als überregionale Medien wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über die Ereignisse vor Ort berichteten. Der Tenor ihrer Berichterstattung war auch deutlich positiver – ähnlich der »linken« Tageszeitungen *taz* und *Neues Deutschland* sowie dem regionalen TV-Format *Thüringen Journal*. Vor allem jedoch kamen hier auch ostdeutsche Betriebsräte zu Wort. Regionale Gewerkschaftsorganisationen trugen durch Bündelung der Berichte und Beratung wesentlich zur Medialisierung des Protests bei.

Andreaes Ausgangspunkt ist die Infragestellung eines Geschichtsbildes, das »Ostdeutsche« lediglich als Produkt zweier Extreme – SED-Diktatur und neoliberaler Wirtschaftsumbau – sehe. Im Unterschied dazu sieht er Perspektiven in den konkreten Umbrucherfahrungen, die eben auch von Protesten geprägt waren. Es geht um die Wahrnehmung »ostdeutscher Stimmen«, die zumindest in den ostdeutschen Medien zu Wort kamen und so eine Brücke schlagen konnten zwischen persönlicher Betroffenheit und der Formulierung politischer Positionen – ein Plädoyer für die Überwindung stereotyper Darstellungen von verführten und zornigen Ostdeutschen.

Die fünf Beiträge präsentieren Ergebnisse aktueller Forschungen aus Qualifizierungsarbeiten, die am Historischen Seminar in Leipzig (Konrad Bunk, Jary Koch, Justin Andreae), sowie in Projekten aus Graduiertenkollegs und Forschungsverbünden (Jessica Elsner-Lindner, Jakob Warnecke) entstanden sind. Dank gebührt der Autorin und den Autoren sowie dem Verlag für die gewohnt kompetente Betreuung.

»Der Kampf um unseren Betrieb hat begonnen.«

Gewerkschaftliche Praxis im Hennigsdorfer Stahlwerk zwischen 1989 und 1994

Die Ostberliner Gewerkschaftszeitung *Tribüne* vom 12. März 1991 verkündete auf ihrer Titelseite, dass die Treuhandanstalt (THA) dringend benötigte Investitionskredite für das Stahlwerk in der brandenburgischen Stadt Hennigsdorf verweigere. Die Belegschaft plane daher einen Fußmarsch zur Treuhandzentrale in Berlin, um die Kredite zu erzwingen.¹ Auf der Belegschaftsversammlung tags zuvor, hatte der Geschäftsführer den drohenden Konkurs des Betriebes verkündet. Betriebsrat und Gewerkschafter betonten dabei die Notwendigkeit einer Protestaktion. Diesem öffentlichen Auftritt ging eine informelle Verhandlung voraus: Der Geschäftsführer hatte zuvor den Betriebsratsvorsitzenden unter vier Augen um Hilfe gebeten, die Treuhand mit seinen Möglichkeiten zum Handeln zu bewegen. Diese Absprache war im Grunde genommen nicht außergewöhnlich, sondern vielmehr exemplarisch für das im Betrieb vorherrschende Interaktionsmuster eines Co-Managements zwischen Management und Belegschaftsvertretung, das von der »Konfliktpartnerschaft«, wie sie etwa in westdeutschen Stahlbetrieben zu finden war, noch weit entfernt war.² Der Gegnerbezug richtete sich auf die Treuhand, unter deren Verwaltung das Hennigsdorfer Stahlwerk seit Mai 1990 stand.

Nun waren mit einer kollektiven Aktion die Ressourcen der Belegschaft gefragt. In der aufgeheizten Diskussion um mögliche Protestformen kam man auf der Versammlung auf die historischen Ereignisse des 17. Juni 1953. Damals waren große Teile der Stahlwerksbelegschaft durch die Westsektoren Berlins nach Ost-Berlin marschiert, um den Streik in der Stalinallee zu unterstützen. An diesen Marsch wollte die Hennigsdorfer Stahlwerksbelegschaft nun 38 Jahre später anknüpfen. Vertrauenskörperleiter und Betriebsratsvorsitzender verfassten ein Flugblatt unter dem Titel »Der Kampf um unseren Betrieb hat begonnen«. Traditionsbewusstsein, Betriebsstolz und wahrgenommene historische Parallelen fielen darin augenfällig zusammen: »Die Treuhand hat uns die Hand an die Gurgel gelegt. Alle Zusagen scheinen sich als Lügen zu entpuppen. Wir haben unseren Betrieb

1 Vgl. *Tribüne* vom 12.03.1991: Treuhand zieht den Kredit zurück.

2 Walther Müller-Jentsch: *Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen industrieller Beziehungen*, München 1991.

40 Jahre – trotz Diebstahl unserer Gewinne durch den alten Staat – am Leben erhalten. Wir lassen ihn nicht vom neuen – vertreten durch die »Teuhand« [sic!] Staat zerstören.«³

Diese dramatische Darstellung entsprach der zeitgleich aufgebrachten Stimmung gegenüber der Politik der Treuhand im Frühjahr 1991. Zahlreiche Entlassungen und Stilllegungen trieben Zehntausende Ostdeutsche in den »neuen Bundesländern« zu Protesten auf die Straße. Hier zeigte sich einmal mehr der Stimmungswandel in den »fünf neuen Bundesländern«.⁴

Die Einheitseuphorie vom Vorjahr war einer breiten Enttäuschung gewichen, denn statt den prognostizierten »blühenden Landschaften« hielt eine schwere wirtschaftliche Krise Einzug in das Gebiet der ehemaligen DDR. Schon im ersten Halbjahr des Jahres 1991 stürzte die Industrieproduktion um 67 Prozent gegenüber dem Stand von 1989 ab.⁵ Etliche Betriebe waren auf Kredite der Treuhand angewiesen. Die IG Metall stellte sich an die Spitze der wiederbelebten Montagsdemonstrationen, die etwa in Leipzig zu regelrechten Massenprotesten anwuchsen. Der IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler bezeichnete die Behörde in einer seiner öffentlichen Reden auf den Protestveranstaltungen wenig wohlwollend als »Verkaufsagentur und Schlachthaus« und argumentierte für deren Umwandlung in eine Industrieholding.⁶ Die Treuhand stand im Fokus einer kritischen Öffentlichkeit und die eigene PR-Abteilung registrierte die Unmutsregungen in den von ihr verwalteten Betrieben sehr genau.

Nach Erscheinen des *Tribüne*-Artikels fragte man innerhalb der Treuhand den Stand ab und kam zu dem Schluss, dass die beantragten Kredite weder abgelehnt worden waren, noch dass dies geplant sei.⁷ Das THA-Vorstandsmitglied Hans Krämer lud Betriebsratsvertreter und den Geschäftsführer des Betriebs zu einem klärenden Gespräch,⁸ bei dem er die Kredite zusagte.⁹ Im Gegenzug versicherten die beiden Belegschaftsvertreter Peter Schulz und Hans Schwarz, von dem geplanten Marsch Abstand zu nehmen.¹⁰ Der Lagebericht des Managements beruhte in diesem Fall offenbar mehr auf Mutmaßungen als auf Tatsachen. Dass der Antrag im Verwaltungsapparat der »überforderten Behörde«¹¹ ein-

3 Aufruf zur außerordentlichen Belegschaftsversammlung am 11.3.1991, in: Bundesarchiv (BArch), B 412/83430.

4 Vgl. Marcus Böick: Zwölf Thesen zu Wirtschaftsombau und Treuhandanstalt. Die Rolle(n) und Folgen des Wirkens der Treuhand, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg – Teil I – 1989 bis heute, Bonn 2021, S. 427.

5 Vgl. Vladimiro Giacché: Anschluss. Die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas, Hamburg 2014, S. 102.

6 taz vom 15.03.1991: Treuhand soll auf Arbeitsplätze achten.

7 Vgl. Treuhandinterne Notiz zu Artikel in der *Tribüne* vom 12. März 1991, in: BArch, B 412/83430.

8 Vgl. Interview mit Peter Schulz am 13. August 2021.

9 Vgl. *Tribüne* vom 14.03.1991: Nun doch Kredit für Stahl GmbH.

10 Vgl. Interview mit Peter Schulz am 13. August 2021.

11 Dierk Hoffmann: Treuhandanstalt-Privatisierung-Öffentlichkeit. Eine Einführung, in: Dierk Hoffmann (Hg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022, S. 17.

fach irgendwo feststeckte, schien für die Akteure im Betrieb weniger naheliegend als die Absicht der Treuhandanstalt, das Ableben des Stahlwerks einzuleiten.¹²

Auch wenn der öffentliche Druck der Belegschaft hier mehr als Verfahrensbeschleuniger gewirkt und keine grundsätzliche Entscheidung herbeigeführt hatte, dürften die Hennigsdorfer Belegschaftsvertretung und die IG Metall erfahren haben, wie wirkmächtig ihr angedrohtes kollektives Handeln als Machtmittel in diesem Fall war. Der Kampf um den Betrieb hatte dabei tatsächlich nicht erst in diesen Märztagen des Jahres 1991 begonnen, sondern schon im Herbst 1989. Der Konflikt im Frühjahr 1991 war nur ein vorläufiger Höhepunkt in einer Auseinandersetzung, die sich einige Monate später in bisher nicht gekannte Konfrontationen ausweiten sollte.

Abhandlungen über die ostdeutsche Transformation – besonders, wenn es um die Treuhand geht – zeichnen oft ein negatives Bild. Das entspricht einerseits einem Teil ostdeutscher Erfahrungen und stellt undifferenzierte Erfolgsnarrative zurecht infrage. Andererseits verengt sich die Darstellung historischer Akteure in solchen Negativ-Konstrukten mitunter auf die Rolle von Übernommenen, Überwältigten und Opfern übermächtiger Verhältnisse, was letztlich auch gegenwärtige Diskurse betrifft. Gerade der in Ostdeutschland verbreitete Opfermythos erweist sich anschlussfähig für die extrem rechte Alternative für Deutschland (AfD). Die Partei schrieb sich 2019 das Wahlkampfthema Treuhand auf die Fahne und versuchte, daraus politisches Kapital zu schlagen. Die ostdeutsche Opfererzählung ist dabei gerade *wegen* ihrer offensichtlichen Komplexreduktion mit althergebrachten wie aktuellen extrem rechten Denkmustern und Ideologiefragmenten kompatibel. Angesichts von solchen geschichtspolitischen Auswüchsen sollte die zeitgeschichtliche Forschung differenziertere Perspektiven einbringen.

Im Folgenden richtet sich der Blick daher auf die Frage, wie die beteiligten Akteure unter den vorgefundenen Handlungsspielräumen agierten. Im Mittelpunkt stehen die Perspektiven der Belegschaftsvertretung und der gewerkschaftlichen Akteure, also jene, die direkt mit den sozialen Auswirkungen des Transformationsprozesses konfrontiert waren. Somit soll eine Erzählperspektive »von unten« eingenommen und gezeigt werden, wie die Transformation in diesem Beispiel konkret und erfahrbar wurde. Der Beitrag fragt nach dem Einfluss und der Gestaltungskraft der Gewerkschaften in der ostdeutschen Transformation und zeichnet am vorliegenden Beispiel den facettenreichen Prozess von der »Wende« im Betrieb, über den Aufbau neuer Vertretungsstrukturen bis zur konfliktreichen Privatisierung unter der Verwaltung der Treuhand nach. Dabei wird gezeigt, dass es durchaus gelang, in Grenzen auf den Privatisierungsprozess der Treuhand einzuwirken und diesen zu modifizieren. Analysiert wird dabei auch, wie die in den ostdeutschen Betriebsalltag transferierten westdeutschen Strukturen von den beteiligten Akteuren aufgrund von Erfahrungen und Prägungen aus DDR-Zeiten und dem sich aus der »betrieb-

12 Dierk Hoffmann: Treuhandanstalt-Privatisierung-Öffentlichkeit. Eine Einführung, in: Dierk Hoffmann (Hg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022, S. 17.

lichen Wende« 1989/90 und der daran anschließenden Transformationssituation ergebenden spezifischen Handlungsrahmen angeeignet wurde. Als betriebsbezogene und auf das Lokale gerichtete Studie stellt der vorliegende Ansatz auch »das monolithische Bild Ostdeutschlands« mit der Annahme einer regionalen Verschiedenheit infrage.¹³

Das Stahlwerk Ende der 1980er Jahre

Die Selbstdefinition der DDR als »Arbeiter- und Bauernstaat« bedeutete eine starke ideologische Aufwertung der Arbeit, die nicht nur dem Erwerb diene, sondern weit darüber hinausging. Die Betriebe der DDR waren der »zentrale Vergesellschaftungskern im Realsozialismus«.¹⁴ Das Stahlwerk in Hennigsdorf war nicht nur ein Ort der Produktion, sondern organisierte auch die außerbetriebliche Lebenswelt der Belegschaft: Dazu zählten Ferien- und Sozialeinrichtungen, Wohnheime und Unterkünfte, Wohnungswirtschaft, Poliklinik-Gesundheitswesen, Kultur und Sport sowie die Kinderbetreuung.¹⁵ Das Stahlwerk unterhielt die eigene Kneipe »Schwemme«, in der sich die Arbeiter:innen zum Schichtwechsel ihr Feierabendbier genehmigen konnten, sowie eine Wein- und eine Milchbar.

Die SED-Führung privilegierte die Industriearbeit grundsätzlich – mit dem Werk in Hennigsdorf verfügte sie über einen Vorzeigebetrieb für die Wirtschaftlichkeit und Produktivität der DDR. Nicht zuletzt das förderte das Bewusstsein, aufgrund besonderer Kompetenzen und Arbeitsleistungen Teil einer »Arbeiter-Elite« zu sein,¹⁶ und den »für das Gesamtmilieu typische[n] Werkstolz«.¹⁷

Der hohe Anteil von Frauen in den Stahlbetrieben der DDR überstieg den in westdeutschen Stahlbetrieben bei Weitem. Von den insgesamt 6.219 Mitarbeiter:innen, die mit Stand 29. Oktober 1990 im Hennigsdorfer Werk beschäftigt waren, waren 1.744 Frauen. 904 arbeiteten als gewerbliche Arbeitnehmerinnen und 837 als Angestellte.¹⁸ Sie waren zum Beispiel auf dem Kran eingesetzt, als Laborantinnen wie auch in den zahlreichen betrieblichen Sozialeinrichtungen.

13 Michael Lühmann: Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess, in: Judith Christine Enders/Raj Kollmorgen/Ilko-Sascha Kowalczyk: Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung, Frankfurt am Main 2021, S. 310.

14 Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 43.

15 Vgl. Stadt Hennigsdorf (Hg.): 100 Jahre Stahlwerk in Hennigsdorf, Hennigsdorf 2017, S. 24.

16 Vgl. Astrid Segert: Das traditionelle Arbeitermilieu in Brandenburg. Systemische Prägung und soziale Spezifika, in: Michael Vester (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln 1995, S. 306 f.

17 Vgl. ebd., S. 295.

18 Vgl. Information zur Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer vom 13. November 1990, in: IG Metall Verwaltungsstelle Hennigsdorf, Ordner Hennigsdorfer Stahl GmbH 1.

Typisch für viele Betriebe der DDR verlief auch die technische Entwicklung des seit 1918 bestehenden Stahlwerks so, dass Ende der 1980er Jahre moderne und hoffnungslos veraltete Betriebsteile nebeneinander existierten. Die sich in den 1980er Jahren in der DDR zuspitzende wirtschaftliche Krise hatte auch im Stahlwerk in Hennigsdorf ihre Spuren hinterlassen. Interne Berichte zeugen von baulichen Mängeln an Betriebsgebäuden, jahrelang verschleppten Investitionen, einer großen Störanfälligkeit von Anlagen, beträchtlichen Fehlzeiten und einem hohen Reparaturaufkommen.¹⁹ Gleichzeitig zeigte sich in der Belegschaft eine hohe Unzufriedenheit, die sich auch an die staatliche Leitung und die Betriebsgewerkschaftsorganisation richtete.²⁰ Einer im April 1989 angefertigten Information für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zufolge bewegte die Belegschaft Themen wie die Medienpolitik, die Reisemöglichkeiten, die Arbeitsbedingungen, die Straßenverhältnisse, die Wohnraumversorgung, die medizinische Betreuung sowie die Lage und die Entwicklung des Sozialismus in der DDR. Die vielen unbeantworteten Fragen und ungelösten Probleme würden ein Klima allgemeiner Unzufriedenheit fördern, die sich mitunter sogar aggressiv äußere.²¹

Diese Missstände riefen jedoch keine kollektiven Protestäußerungen wie Arbeitsniederlegungen hervor, obwohl fast alle Belegschaftsangehörigen in der Staatsgewerkschaft Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) organisiert waren. Denn das zentralistische Herrschaftssystem von Partei und Staat schloss Arbeiter:innen und kleine Angestellte von der Machtausübung im Betrieb aus.²² Die Entwicklungen im Betrieb waren vielmehr von den übergeordneten politischen Entscheidungen bestimmt, die dem Management im Betrieb Handlungsgrenzen auferlegten, die diese wiederum durch informelle Strategien auszuweiten suchten.²³ In den Betrieben der DDR entstand zwischen der Leitung und den Beschäftigten ein »Planerfüllungspakt«, der die beiderseitigen Interessen unter der übergeordneten Maßgabe der Planerfüllung in Einklang zu bringen versuchte.²⁴

19 Vgl. Vorlage für die Dienstberatung des Betriebsdirektors am 6. Februar 1989. Auswertungen der Rechenschaftslegungen vom 6. Januar 1989, in Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep 502 SWH Hgdf 464.

20 Vgl. Bericht über die Beanstandung der Arbeit der ZBGL des SWWF Hennigsdorf vom 31.8.1988, in: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS BVfS Pdm KD OR 15 Bd. 2, Bl. 196 f.

21 Vgl. Information über Meinungsäußerungen und Argumentationen der Beschäftigten des Elektrostahlwerkes II im VEB SWWF Hennigsdorf vom 17.4.1989, in: BStU, MfS BVfS Potsdam KD OR 711, Bl. 33.

22 Vgl. Bernd Gehrke/Renate Hürtgen: Die demokratische Revolution in der DDR und die Rolle der Betriebsbelegschaften, in: Anne Seeck (Hg.): Das Begehren, anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Münster 2012, S. 238 f.

23 Vgl. M. Rainer Lepsius: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 23.

24 Ulrich Voskamp/Volker Wittke: Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen – zur Reorganisation von Betrieben und Kombinatener der ehemaligen DDR, in: Soziologisches Forschungsinstitut, Mitteilungen Dezember 1990, S. 24.

Mit den westlichen Gewerkschaften hatte die Staatsgewerkschaft der DDR kaum etwas gemeinsam. Zu den zentralen Aufgaben des FDGB gehörten die Leitung der Sozialversicherung, der Feriendienst und die Verteilung der Urlaubsplätze sowie die Kulturarbeit. Als »Transmissionsriemen« der SED²⁵ fungierte die Gewerkschaft als »Motor der Mobilisierung für Produktionssteigerung«²⁶ und verfolgte die Erziehung und die Ideologiekontrolle der Werktätigen.²⁷ Die Belegschaft wurde damit im Laufe der DDR ihrer Machtmittel und somit auch ihrer Konflikterfahrung in Form von Interessenvertretung, betrieblicher Gegen-Öffentlichkeit, Möglichkeiten des Streiks und der politischen Solidarität beraubt.²⁸ Stattdessen individualisierten sich die Arbeitskonflikte und äußerten sich in der vielfach beschriebenen Alltagspraxis der Meckereien, aber auch durch die Eingaben und die Kommissionen.²⁹

In den Großbetrieben war der FDGB über die Zentrale Betriebsgewerkschaftsleitung (ZBGL) organisiert, denen die BGL der einzelnen Betriebsteile unterstanden; in den einzelnen Abteilungen existierten Abteilungsgewerkschaftsleitungen (AGL).³⁰ Auf der untersten Ebene standen die von den einzelnen AGL gebildeten Gewerkschaftsgruppen, die wiederum die gewerkschaftlichen Vertrauensleute wählten. Ab den 1970er Jahren bestanden deren Aufgaben im Wesentlichen darin, Informationen der staatlichen Leitung und der AGL an die Gruppen der Gewerkschaftsmitglieder weiterzugeben, Geselligkeiten zu organisieren, sozial benachteiligte Mitglieder zu unterstützen und für ein gutes Gruppenklima zu sorgen.³¹ Von den Vertrauensleuten wurde »nicht Widerspruchsgeist, sondern reibungslose Erledigung der staatlichen Aufgaben erwartet«.³² Doch es sollten gerade die Vertrauensleute sein, die die »Wende« wie auch den Wandel gewerkschaftlicher Praxis im Betrieb aktiv mitgestalteten.

25 Vgl. Gehrke/Hürtgen, Die demokratische Revolution in der DDR und die Rolle der Betriebsbelegschaften, S. 238f.

26 Christoph Kleßmann: Arbeiter im »Arbeiterstaat«, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 07.12.2021, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/25293/arbeiter-im-arbeiterstaat/> (zuletzt 15.06.2022).

27 Vgl. Doris Schwarzer: Arbeitsbeziehungen im Umbruch gesellschaftlicher Strukturen. Bundesrepublik Deutschland, DDR und neue Bundesländer im Vergleich. Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 1995 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 67), Stuttgart 1996, S. 273.

28 Vgl. Gehrke/Hürtgen, Die demokratische Revolution in der DDR und die Rolle der Betriebsbelegschaften, S. 240f.

29 Vgl. Robert Hinke: Tarif-, Lohn- und Leistungs politik in Ostdeutschland eine historisch-soziologische Untersuchung am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie (1945–2004), Hamburg 2020, S. 553.

30 Vgl. Schwarzer, Arbeitsbeziehungen im Umbruch, S. 193ff.

31 Renate Hürtgen: Der Vertrauensmann des FDGB in den siebziger und Achtzigerjahren: Funktionsloser Funktionär der Gewerkschaften?, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.): Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 149.

32 Ebd.

Betriebs-»Wende«

Auch in Hennigsdorf fanden sich im Herbst 1989 Menschen zu Demonstrationen zusammen, um gegen das SED-Regime zu protestieren. Die Bewegung auf der Straße mündete bald in der sogenannten Hennigsdorfer Bürgerversammlung, in der sich auch Angehörige der beiden Großbetriebe in der Stadt engagierten. So gelangten betriebliche Belange in dieses Forum und Impulse aus dieser Versammlung in den Betrieb, der etwas zeitverzögert ebenfalls zum Ort der »Wende« wurde. Dort hatten sich in der so lange interessenpolitisch vereinzelter Stahlwerksbelegschaft schon erste Ansätze einer sich formierenden Betriebsöffentlichkeit abgezeichnet, die mit zunehmender Dynamik der Herbstereignisse in der DDR immer deutlicher und kollektiver hervortraten. Dazu gehörten Diskussionsrunden in den Pausen und eine gemeinsame Eingabe an den FDGB-Vorstand.³³ Die Vertrauensleuteversammlungen wandelten sich im Zuge dieser Umbrüche zu demokratischen Diskussions- und Entscheidungsforen: Sie griffen den in der Belegschaft schwelenden Unmut auf und münzten diesen in einem nun kollektiven Handlungsbewusstsein zu konkreten Forderungen an die übergeordneten Instanzen um. Hier zeigt sich auch der Rollenwechsel der Vertrauensleute im Herbst 1989, die sich nun zu bewegten Akteur:innen in der »Wende« wandelten.³⁴

Ein wesentlicher Diskussionspunkt war dabei die zukünftige Rolle der Gewerkschaftsorganisation im Betrieb. Zwar wurde deren Legitimation infrage gestellt, aber nicht die Gewerkschaft an sich, die vielmehr im Sinne einer tatsächlichen Interessenvertretung reformiert werden sollte. Die Vertrauensleutemannschaft beauftragte in diesem Sinne am 10. November 1989 die ZBGL, einen Vorschlag für die Änderung ihrer Struktur auszuarbeiten, unter der Maßgabe, dass es im Betrieb nur noch eine BGL und Abteilungsgewerkschaftsleitungen geben solle. Außerdem stellte man unter den Vertrauensleuten die Vertrauensfrage, mit dem Ergebnis, das dem amtierenden ZBGL-Vorsitzenden mit 299:9 der Stimmen den Rücken stärkte. Zugleich forderten die Vertrauensleute die Neuwahl der BGL und kritisierte deren Rolle als »Transmissionsriemen« der Partei. Die BGL ließ sich daraufhin Ende November 1989 von ihrer Funktion in der Zentralen Betriebsparteileitung entbinden.³⁵ Auch wenn die »Wende« im Betrieb ohne Streikaktionen auskam, hatte die Wiederaneignung dieser Form auch in Hennigsdorf schon im Herbst 1989 begon-

33 Vgl. Bernd Gehrke: Demokratiebewegung und Betriebe in der »Wende« 1989. Plädoyer für einen längst fälligen Perspektivwechsel, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution ; Diskussion, Analysen, Dokumente ; [Protokoll einer Tagung von Betriebsaktivist, -innen; Analysen zum Widerstand in DDR-Betrieben und zur »Betriebswende«; Dokumente von Belegschaftsinitiativen und Bürgerbewegungen], Berlin: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung 2001, S. 229 f.

34 Vgl. Renate Hürtgen: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln 2005, S. 11.

35 Uwe Haseloff: Belegschaften und Gewerkschaften im Transformationsprozeß das Beispiel der brandenburgischen Stahlindustrie 1989–1997. Dissertation, Berlin 2004, S. 69 f.

nen, indem angesichts ungelöster Probleme in Lohnfragen und Produktionsbedingungen gegenüber dem Vorsitzenden der IG Metall der DDR Hartwig Bugiel mit Arbeitsniederlegungen gedroht wurde.³⁶ Die Macht der SED im Betrieb wurde im Zuge der betrieblichen »Wende« immer offener infrage gestellt. Die Partei reagierte darauf mit betrieblicher Dialogpolitik und der Öffnung der Betriebszeitung für »andere« Meinungen. All dies erreichte jedoch nur einen Teil der Belegschaft und war wenig erfolgreich. Das Ende der betrieblichen Parteiorganisation zeichnete sich immer stärker ab. Ein Stasi-Bericht vom 8. November 1989 listet in einem schon fast gehetzten Duktus die Symptome innerbetrieblicher Herrschaftserosion auf: »Massive Parteiaustritte; Zerfall der Grundorganisationen des VEB SWWF, Erscheinungen von Provokationen, tätliche Auseinandersetzungen, Gewalttätigkeiten; massive Forderung nach Ablösung bestimmter staatlicher Leiter.«³⁷

Am 5. Dezember 1989 zog schließlich eine Demonstration der Belegschaft über das Stahlwerksgelände vor die betriebliche SED-Zentrale und forderte deren Rauswurf. Mit der SED verschwanden auch die sogenannten »Kampfgruppen der Arbeiterklasse«, die Stasi und die anderen Massenorganisationen.³⁸ Damit war ein wichtiger Schritt im Entstaatlichungsprozess des Betriebes getan, der mit der Aneignung der vormaligen Machtinstrumente einherging: Die bis dahin SED-geführte Betriebszeitung wurde unter dem Engagement der Hennigsdorfer Bürgerversammlung unabhängig und nun als Sprachrohr der Belegschaft und der Gewerkschaft im Betrieb weitergeführt. Der Wandel im Betrieb bedeutete somit auch das Ende des vormaligen SED-Monopols über die Betriebsöffentlichkeit.³⁹

Im Januar 1990 wurden die Vertrauensleute neu gewählt, was viele neue Akteure in diese Position brachte, immerhin 75 Prozent der etwa 300 Vertrauensleute waren bislang nicht als solche tätig gewesen.⁴⁰ Die Neuwahl der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) im April 1990 scheiterte allerdings. Stattdessen setzte sich nach innerbetrieblichen Machtkämpfen zwischen gewerkschaftlichen Akteuren eine von Angestellten geprägte Initiative für einen Betriebsrat durch, die ab Mai 1990 eine Betriebsratswahl vorbereitete.⁴¹ Die Akteure dieser Initiative waren persönlich mit der Hennigsdorfer Bürgerbewegung verflochten und hatten schon kurz nach der Grenzöffnung – zunächst informelle – Beziehungen zu West-Berliner Gewerkschaftsakteuren und Betriebsräten aufgebaut und sich Wissen zum Betriebsverfassungsgesetz angeeignet. Die West-Berliner unterstützten die Hennigsdorfer schließlich auch bei der Durchführung der Betriebsratswahl.⁴²

36 Vgl. Hennigsdorfer Stahl vom 07.12.1989, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1020.

37 Handschriftliche Niederschrift zu den Reaktionen unter Arbeitern des VEB SWWF Hennigsdorf aus dem November 1989, in: BStU, BVfS Potsdam Abt. VII 1249, Bl. 19.

38 Vgl. Haseloff, Belegschaften und Gewerkschaften im Transformationsprozeß, S. 58.

39 Vgl. Hennigsdorfer Stahl vom 01.02.1990, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1021.

40 Vgl. Haseloff, Belegschaften und Gewerkschaften im Transformationsprozeß, S. 75.

41 Vgl. ebd., S. 73.

42 Vgl. Interview mit Peter Schulz am 13. August 2021.

Das Management stützte diese Initiative, indem es ein Mitglied der Initiative freistellte. Der seit Anfang des Jahres schwelende Deutungskampf um die Diskursmacht in der Frage, welche Form der Belegschaftsvertretung nun die richtige sei, setzte sich noch fort, verlief sich aber im Zuge der sich vollziehenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungen in Richtung Deutsche Einheit.

Der erste Betriebsrat

Im September 1990 wählte die Belegschaft den ersten Betriebsrat, der in seiner konstituierenden Sitzung das Prinzip der Solidarität zum Leitmotiv erklärte.⁴³ Ein großer Teil der Belegschaft verhielt sich allerdings eher passiv. Eine gemeinsame Wahl von Arbeiter:innen und Angestellten war wegen mangelnder Abstimmungsbeteiligung gescheitert, was sich der Betriebsrat mit der aus der DDR resultierenden Skepsis gegenüber den Instanzen und der Unkenntnis über die Möglichkeiten eines Betriebsrates erklärte.⁴⁴

Der erste gewählte Betriebsrat bedeutete neben dem institutionellen auch einen personellen Bruch in den Vertretungsstrukturen, denn dieser war vor allem von neuen und aus der Betriebsratsinitiative stammenden Akteuren geprägt. Jedoch waren im Betriebsrat auch Akteure der vormaligen BGL vertreten, die wie das Betriebsratsmitglied Helmut Schatz eine hohe Zahl an Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Dies ist ein Beleg dafür, dass auch ehemalige BGL-Funktionär:innen aufgrund innerbetrieblicher Anerkennung das Vertrauen in der Belegschaft genossen. Der Betriebsrat bestand zu etwa zwölf Prozent aus Frauen, die eine Strategie entwickelten, um in der neuen, weiterhin männerdominierten Struktur die Interessen von Frauen zu vertreten: »Um Ungerechtigkeiten schon in der Anfangsphase entgegnetreten zu können, nehmen wir unser Recht wahr, an allen Beratungen der Ausschüsse des Betriebsrates teilzunehmen. So ist gewährleistet, daß alle Entscheidungen des Betriebsrates von uns vorher hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen durchleuchtet werden.«⁴⁵

Ausländische Arbeitnehmer:innen waren im neu gebildeten Betriebsrat nicht vertreten, obwohl noch im Sommer 1989 201 Vertragsarbeiter:innen im Werk beschäftigt gewesen waren. Ein Vietnamese und ein Angolaner waren auch in der ZBGL.⁴⁶ Doch im Sommer 1990 mussten fast alle ausländischen Mitarbeiter:innen den Stahlbetrieb verlassen.⁴⁷

Das innerbetriebliche Verhältnis zur Geschäftsführung gestaltete sich gemäß der zu DDR-Zeiten ausgeprägten Grundorientierung überwiegend partnerschaftlich und koope-

43 Vgl. Hennigsdorfer Stahl vom 10.07.1990, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1021.

44 Vgl. Klaus Klöppel: Große Skepsis, in: Der Gewerkschafter 11/1990, S. 23.

45 Hennigsdorfer Stahl vom 30.10.1990, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1021.

46 Vgl. Hennigsdorfer Stahl vom 03.08.1989, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1020.

47 Vgl. Haseloff, Belegschaften und Gewerkschaften im Transformationsprozeß, S. 78 ff.

rativ. Man zog unter dem übergeordneten Ziel der Betriebsrettung in einer »Notgemeinschaft« vorwiegend an einem Strang.⁴⁸ Dementsprechend beteiligte sich der Betriebsrat auch an der Entwicklung von Konzeptionen für den Betrieb, die nicht nur die Zukunft des Unternehmens und der Belegschaft, sondern auch die des Standorts in den Blick nahmen, und griffen von der IG Metall inspirierte und in Westdeutschland erprobte Konzepte für strukturelle Prozesse in der Kommune auf.

Die in der Betriebs-»Wende« 1989 aufgekommenen Diskurse über die Legitimität der betrieblichen Leitungspersonen zogen sich unter dem Druck aus der Belegschaft bis in die Arbeit des ersten Betriebsrates. Dieser setzte letztlich durch, dass die mittleren Leitungspositionen im Betrieb neu ausgeschrieben wurden. Der angestrebte Wechsel erfolgte jedoch nicht so umfassend wie erhofft, weil es in der Belegschaft viel zu wenig Bereitschaft gab, diese Positionen zu übernehmen.⁴⁹

Die neuen Betriebsratsmitglieder wiesen von Beginn an ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement auf, was teils als konsequente Fortsetzung der Aufbrüche im Herbst 1989 gelten kann, wo betriebliche und zivilgesellschaftliche Handlungsfelder zusammenfielen. Sie waren etwa in der SPD, fungierten als Stadtverordnete, übernahmen Positionen in der IG Metall-Verwaltungsstelle, organisierten über die Gewerkschaftsstrukturen den überbetrieblichen Austausch, nahmen am Stahlaktionsausschuss der IG Metall teil und arbeiteten in der Tarifkommission mit. Zudem waren sie im montanbestimmten Aufsichtsrat des Werks vertreten und in der Vertrauenskörperleitung. Die IG Metall selbst konnte sich im Stahlwerk auf einen hohen Organisationsgrad und einen gut organisierten Vertrauenskörper stützen, der letztlich auch das Verbindungsglied zwischen Betriebsrat und Belegschaft darstellte.

Über die Strukturen der IG Metall, etwa über die Verwaltungsstelle Oranienburg, die Rechtsberatung oder die Bildungsarbeit trafen Ostdeutsche und Westdeutsche aufeinander. Das Bild, das sich aus dem Zusammentreffen ost- und westdeutscher Mentalitäten ergibt, ist differenziert. Die Rückblicke wie auch die zeitgenössischen Quellen betonen das partnerschaftliche Verhältnis zwischen IG Metall-Funktionär:innen und den Mitbestimmungsakteuren auf Betriebsebene. Gleichzeitig nahmen Westdeutsche eine kulturelle Andersartigkeit der Ostdeutschen wahr, während ostdeutsche Betriebsräte beklagten, dass durch die Übernahme der IG Metall Ost durch die IG Metall West ostdeutsche Erfahrungen und Positionen entwertet würden.

Die in den Osten gesandten westdeutschen Funktionär:innen sahen sich nicht nur mit defizitären Strukturen der Übergangsgesellschaft, sondern auch mit hohen Erwartungen an die Gewerkschaft seitens der ostdeutschen Belegschaften konfrontiert. Diesen bot die Rechtsberatung in den ersten Jahren nicht nur Orientierung in arbeitsrechtlichen Fragen,

48 Vgl. Ingrid Artus/Renate Liebold/Karin Lohr/Evelyn Schmidt/Rudi Schmidt/Udo Strohwald: Betriebliches Interessenhandeln, Opladen 2001, S. 15.

49 Vgl. Hennigsdorfer Stahl vom 17.09.1991, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1021.

sondern auch in Problembereichen, die sich aus der lebensweltlichen Umbruchsituation ergaben.⁵⁰ Den Betriebsratsschulungen begegneten die Teilnehmer:innen mit einem um die Belange des eigenen Betriebs zentrierten Pragmatismus. An ideologischen Inhalten und Diskussionen zu betriebsübergreifenden Themen waren sie weniger interessiert.⁵¹

Im Mai 1990 übernahm die Treuhand die Verantwortung für den Betrieb. Prozesse der Entflechtung, der innerbetrieblichen Restrukturierung und Schrumpfung kamen in Gang. Die Arbeit des Betriebsrates richtete sich entsprechend der betrieblichen Krisensituation vorwiegend auf die soziale Absicherung der Belegschaft, die nach dem Währungsschock 1990 zu großen Teilen in Kurzarbeit versetzt wurde und von Arbeitslosigkeit bedroht war. Ihre Zahl schrumpfte zusehends: Von den 8.000 Mitarbeiter:innen im Januar 1990 waren im Dezember 1991 nur noch 5.000 übrig. Der Aufwertung der Industriearbeiter:innen in der DDR folgte nun die Abwertung in einer Gesellschaft im Übergang, die sich in einem atemberaubenden Tempo deindustrialisierte. Vormalige an den Betrieb gebundene lebensweltliche Zusammenhänge, soziale Beziehungen, Verbindungen und Orientierungspunkte lösten sich damit auf. Das Stahlwerk in Hennigsdorf stieß das Gros infrastruktureller und sozialer Aufgaben, die über die eigentliche Produktion hinausgingen, ab. Dazu zählten Berufsschule und Lehrlingswohnheim ebenso wie Kindereinrichtungen und der Jugendklub.⁵² Das Kulturhaus des Stahlwerks nebst der Stahlwerkskneipe »Schwemme« und die Mitropa-Gaststätten schlossen nach und nach, womit auch die öffentliche Arbeiterkultur in der Stadt verblasste.

Privatisierung und Protest

Die Treuhandanstalt stufte den Betrieb 1991 aufgrund seiner modernen Teile als überlebensfähig ein, setzte allerdings voraus, dass alte Werksteile und ein großer Teil der Belegschaft abgebaut würden.

Doch so einfach war das Stahlwerk nicht zu verkaufen. Die Treuhandanstalt bot es nach eigenen Angaben an wie »Sauerbier«, doch die kriselnde westdeutsche Stahlwirtschaft zeigte kein sonderliches Interesse an weiteren Kapazitäten,⁵³ sodass die Treuhand ihre Fühler bis ins Ausland ausstreckte und letztlich über ihr Büro in Mailand ernsthafte Kaufabsichten beim italienischen Stahlkonzern Riva weckte.⁵⁴ Angesichts der nun dro-

50 Vgl. Interview mit Klaus-Dieter Miesbauer am 12. Oktober 2022.

51 Vgl. Interview mit Detlef Krebs und Peter Friedrich am 2. November 2021.

52 Vgl. Inhaltliche Schwerpunkte der Ausführungen zum Sanierungskonzept der Hennigsdorfer Stahl GmbH, in: BLHA, Rep 1700 MW 3Z 524.

53 Wolf-Rüdiger Knoll: Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die Treuhandanstalt und der Verkauf der Stahlwerke Hennigsdorf und Brandenburg im Kontext der europäischen Stahlkrise, in: Dierk Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt 2020, S. 143–160, S. 154.

54 Vgl. Die Welt vom 27.11.1991: Die Stahlwerker erinnern an ihre Väter.

henden Konkurrenzsituation schwand das Desinteresse der westdeutschen Stahlriesen, sodass ein Konsortium aus deutschen Stahlunternehmen ebenfalls Angebote einreichte.⁵⁵

Der Privatisierungsprozess blieb zunächst abgekoppelt von den Interessen der Belegschaftsvertretung und der IG Metall. Ihnen gegenüber blieb die Treuhand intransparent, denn eine Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Veräußerung des Unternehmens war nicht vorgesehen. Trotzdem gelang es dem Betriebsrat und der IG Metall, über ihr Netzwerk Einsicht in den Verkaufsprozess zu erlangen. Sie bestanden selbstverständlich darauf, beim Verkauf »ihres« Betriebes mitzureden, zogen den Verkaufsprozess an die Öffentlichkeit und verknüpften diesen mit ihren Interessen, womit sich der Vorgang deutlich politisierte.⁵⁶ Der Betriebsrat wuchs dabei immer mehr in die Rolle eines politischen Strategen. Er versuchte, seinen Favoriten unter den konkurrierenden Bietern ebenso zu beeinflussen wie die SPD-Landesregierung, um damit die eigene Verhandlungsposition zu stärken und auf die Entscheidungsfindung der Treuhand einzuwirken.⁵⁷ Dem Betriebsrat gelang es dabei, »einen Fuß« in die Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse zu bekommen. Am 16. Oktober 1991 durfte er bei den Gesprächen zum Stand der Privatisierung teilnehmen, womit ein entscheidender Machtzuwachs in seinen Bemühungen um Einfluss und Mitsprache bei der Privatisierung gelang.⁵⁸

Teil der Strategie von IG Metall und Betriebsrat war die Initiierung einer öffentlichen Anhörung mit den deutschen Bietern im Oktober 1991, wobei der ebenfalls geladene Riva und die Treuhand fernblieben. Der Betriebsratsvorsitzende Peter Schulz informierte die Treuhandchefin Birgit Breuel im Nachgang jedoch persönlich darüber in einem Brief. Darin teilte er mit, dass die Belegschaft eindeutig gegen Riva und für das deutsche Konsortium votiert habe, das unter anderem eine höhere soziale Absicherung der Beschäftigten versprach. Daher forderte er, im Sinne der Belegschaft zu entscheiden, und drohte mit Widerstand, sollte die Treuhand dies nicht tun.⁵⁹ Doch diese entschied einige Wochen später, das Werk an Riva zu verkaufen. Als Reaktion zogen ein paar Hundert Stahlwerker:innen zum kurzfristigen Protest vor die Treuhandzentrale in Berlin. Eine Delegation von etwa 30 Protestierenden wurde schließlich ins Innere zu einem klärenden Gespräch mit Treuhandmitarbeitern vorgelassen.⁶⁰ Dabei trafen der direkte und konfrontative Habitus der aufgebrachten Stahlwerker:innen, die die Emotionen zum Teil schon auf die Tische getrieben hatten, auf den der Treuhandmitarbeiter, die ihrem spontanen Besuch keine befriedigende Erklärung anbieten konnten.⁶¹ Daraufhin besetzten Gewerkschaft-

55 Vgl. Knoll, Zwischen Aufbruch und Abbruch, S. 149.

56 Vgl. Märkische Allgemeine Zeitung vom 30.09.1991: Potenzieller Käufer bekannte Farbe.

57 Vgl. Schreiben des Betriebsratsvorsitzenden Schulz an Ministerpräsidenten Stolpe vom 20. September 1991, in: BLHA, Rep 1700 MW 3Z 524.

58 Vgl. Oranienburger Generalanzeiger vom 17.10.1991: Betriebsrat atmet auf. Die Angst aber bleibt.

59 Vgl. Schreiben Peter Schulz an Birgit Breuel vom 28. Oktober 1991, in: BLHA, Rep 1700 MW 3Z 524.

60 Vgl. Märkische Allgemeine Zeitung vom 23.11.1991: Stahlwerker machen der Treuhand Dampf; Oranienburger Generalanzeiger vom 25.11.1991: »Trehänd(ler)« offenbarten fragwürdige Verkaufsregeln.

61 Vgl. Interview mit Peter Schulz am 13. August 2021.



Abb. 1: Gemeinsames Flugblatt von IG Metall und Betriebsrat zur Privatisierung 1991.

ter:innen und Betriebsrat kurzerhand den Betrieb, legten die Produktion still und teilten in einer Pressekonferenz zwei Tage später der Öffentlichkeit ihre Beweggründe und Forderungen mit, die über die *Tagesschau* Millionen Haushalte in Ost und West erreichten. Die Aktion traf auf eine breite Unterstützung: Das Spektrum reichte von Vertreter:innen der SPD, PDS und CDU, Schulkindern und anderen Betrieben bis zu auswärtigen kommunistischen Kleingruppen, die in den Hennigsdorfer Vorgängen einen sich zuspitzenden Klassenkampf erkannten, aber der IG Metall die Deutungsmacht letztlich nicht streitig machen konnten.⁶²

Nicht zuletzt das von den Protestorganisatoren herangezogene Narrativ von der sterbenden Region nährte eine derart breite und betriebsübergreifende Solidarität. Die Hennigsdorfer Betriebsbesetzer:innen hofften in der anfänglichen Protesteuphorie, dass sich andere Betriebe der Besetzung anschließen würden, was sich allerdings als illusorisch erwies. Dafür war die Situation in den einzelnen Betrieben zu unterschiedlich.⁶³

Die Besetzung eines Betriebes aus Protest war gleichwohl kein Novum. In den 1980er Jahren hatten in der Bundesrepublik Belegschaften vermehrt zu diesem Kampfmittel gegriffen, um gegen die im Zuge der anhaltenden Wirtschaftskrise drohenden Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen zu protestieren.⁶⁴ Zu den zwischen 1991 und 1993 insgesamt 550 gezählten Streiks und sozialen Kämpfen in Ostdeutschland gehörten auch etliche Betriebsbesetzungen, die sich in ihrer Dauer und Wirkmächtigkeit deutlich unterschieden.⁶⁵ Besetzungen zählen zu den behindernden Aktionsformen und verursachen für den Betrieb spürbare finanzielle Einbußen, die sich mit der Zeit durch steigende Produktionsausfälle summieren.

Die IG Metall Oranienburg war in die Hennigsdorfer Besetzung voll involviert.⁶⁶ Das reichte von der technischen, infrastrukturellen und finanziellen bis hin zur ideellen Unterstützung. Auf den zentralen Gewerkschaftsvorstand war die Belegschaft während der Besetzung dagegen weniger gut zu sprechen, insbesondere weil der Vorstandsvorsitzende Franz Steinkühler selbst nicht kam,⁶⁷ sondern sich auf eine Grußbotschaft beschränkte.⁶⁸ Steinkühler äußerte sich der Hennigsdorfer Betriebsbesetzung gegenüber zwiesgespalten: Einerseits formulierte er Verständnis dafür, dass Arbeitnehmer:innen in ihrer Verzweiflung zu dieser Aktionsform greifen, andererseits betonte er, dass Betriebsbesetzungen nicht zum Arbeitskampf-Instrumentarium der IG Metall gehörten.⁶⁹ Es widersprach auch

62 Vgl. Rote Fahne vom 30.11.1991: Gegen die Treuhand ein Zeichen setzen.

63 Vgl. Gehrke/Hürtgen (Hg.), Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989, S. 164.

64 Vgl. Gert Hautsch/Bernd Semmler: Betriebsbesetzungen und gewerkschaftlicher Kampf, in: Jahrbuch des IMSF (1983), S. 177–198, S. 179.

65 Vgl. Dietmar Dathe: Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland, Berlin 2018, S. 13–45.

66 Vgl. Georg Franzky: Hennigsdorf und Rheinhausen. Was tun gegen die Abwicklung?, in: express 4/1992, S. 4.

67 Vgl. Interview mit Peter Schulz am 13. August 2021.

68 Vgl. Oranienburger Generalanzeiger vom 28.11.1991: Steinkühler grüßte.

69 Vgl. Märkische Allgemeine Zeitung vom 18.12.1991: Privatisierung nicht mit Rasenmäher vorantreiben.

der aktuellen politischen Linie: Der IG Metall-Vorstand hatte nach dem mutmaßlich von der RAF verübten Mord an Treuhandchef Detlev Rohwedder und den Verträgen ab Frühjahr 1991 davon abgesehen, sich weiter mit an die Spitze der Anti-Treuhand-Proteste zu stellen, was jedoch lokale Konfliktherde und gewerkschaftsuntypische »wilde« Arbeitskampfformen um Betriebsschließungen begünstigte. Diese Uneindeutigkeit vergrößerte die Distanz der in den lokalen Arbeitskampf direkt verwickelten Basis zum Vorstand im fernen Frankfurt am Main. Auf einer Rede vor der Belegschaft im Februar 1992 verdeutlichte der Betriebsrat Dieter Walther diese Position: »Unsere IG Metall ist die in der Region Brandenburg und mit der können wir gut leben.«⁷⁰

Auf den täglichen Betriebsversammlungen und den Demonstrationen während der 13-tägigen Besetzung prangerten IG Metall und Belegschaftsvertretung die Treuhand an. Dabei bildeten der Herbst 1989 und die Kämpfe um den Betrieb 1991 einen Zusammenhang im Sinne einer Fortsetzung: »Bislang hat uns die Treuhand aber nur belogen. Doch die Zeit des Verscheißerns ist vorbei. Das Bild des doofen Ossis stimmt nicht mehr. Die Stahlwerker werden den friedlichen Aufstand vom Oktober '89 zu Ende führen.«⁷¹

Diese in den Reden gezogenen Parallelen sind einerseits Teil der gut kalkulierten Inszenierung derjenigen, die an der Spitze der Besetzung agierten. Andererseits waren die Akteure des Hennigsdorfer Betriebsrates durchaus aktivistisch eng mit der »Wende« verknüpft und konnten auf die Erfahrungen eigener Wirkmächtigkeit in der »Friedlichen Revolution« verweisen.

Die Treuhand war ohne Frage auch im Hennigsdorfer Kontext ein »Blitzableiter«, die von Betriebsrat und IG Metall ausgesandten Blitze entluden sich jedoch auch in Richtung Bundesregierung. Als sich Bundeskanzler Helmut Kohl während der Besetzung bei einem Treffen mit Ministerpräsident Giulio Andreotti in Bonn am Rande eher beiläufig jedoch öffentlich wahrgenommen für Riva aussprach,⁷² wurde das empört als »Machtwort« und illegitime Einmischung des Kanzlers wahrgenommen. Die Treuhandanstalt erschien so in der Wahrnehmung der Protestierenden als »von oben« gesteuert. Als eine Gruppe von Stahlwerkern im Dezember 1991 der Aktuellen Stunde im Bundestag auf der Besuchertribüne beiwohnte, in der es um ihr Werk ging, mussten sie enttäuscht feststellen, dass nur wenige Abgeordnete im »gähmend leeren« Plenarsaal anwesend waren.⁷³ Die Proteste können so also auch als Teil einer Demokratieerfahrung angesehen werden, bei der die Belegschaft die Möglichkeiten und ebenso die Grenzen ihres Engagements erfuhr. Auffallend sind auch hier die dichotomischen Deutungsmuster von Herrschenden und

70 Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute, zusammengestellt und mit einem Vorwort versehen von Bernd Gehrke für den AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West, 2. korrigierte Auflage Berlin 2017, S. 65.

71 Rede des Betriebsratsvorsitzenden Peter Schulz vom 25.11.1991, in: BLHA, Rep 502 SWH Hgdf 1877.

72 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 29.11.1991: Bonn begrüßt Riva-Beschluss.

73 Wolfgang Richter (Hg.): Weissbuch: Unfrieden in Deutschland. Diskriminierung in den neuen Bundesländern, Berlin 1992, S. 26.



Abb. 2: Demonstration vor der Treuhand in Berlin in der Leipziger Straße vom 3. Dezember 1991.

Beherrschen, die den vormaligen Strategien zu entsprechen scheinen, die Verantwortung den Eliten zuzuweisen.⁷⁴ Dies aber allein mit dem mentalen Erbe der DDR zu erklären, würde angesichts der tatsächlich erfahrenen Situation zu kurz greifen, denn auch unter der Verwaltung Treuhand setzte sich die vormalige paternalistische Struktur im Grunde fort. Die tatsächlich erfahrene Praxis der Treuhand und das wenig sensible Statement des Kanzlers schienen die Deutungen zu bestätigen.

Betriebsrat und IG Metall erreichten durch das Machtmittel des kollektiven Protests der Belegschaft und mithilfe der brandenburgischen Landesregierung Verhandlungen mit der Treuhand unter ihrer Beteiligung. Flankiert wurden diese Gespräche von abermaligen Protesten wie einer Demonstration zum Landtag in Potsdam und einer Straßenblockade. Letzter Höhepunkt dieser Ereigniskette war eine Demonstration vor der Treuhandzentrale in Berlin am 3. Dezember 1991. Etwa 1.200 Beschäftigte kamen mit Bussen und Pkw unter der Begleitung eines Polizeiaufgebots nach Berlin. Zu dieser Kolonne gehörten auch Kipper, die drei jeweils fünf Tonnen schwere Stahlblöcke geladen hatten. Diese soll-

⁷⁴ Vgl. Rainer Zoll (Hg.): unter Mitarbeit von Thomas Rausch: Ostdeutsche Biographien. Lebenswelt im Umbruch, Frankfurt 1999, S. 70.

ten als Zeichen des Protestes direkt vor der Treuhandzentrale abgekippt werden, was die Polizei allerdings verhinderte.⁷⁵ IG Metall und Betriebsrat konnten letztlich den Verkauf an Riva nicht verhindern, aber einige ihrer Kernforderungen durchsetzen. Dazu gehörte vor allem, dass die nicht zu Riva wechselnden Arbeitnehmer:innen im Restunternehmen weiterbeschäftigt wurden.⁷⁶ Hier zeigt sich, dass der Einfluss der Belegschaft auf das Handeln der Treuhand in einem bestimmten Rahmen durchaus möglich war. Der Protest war dabei nicht die alleinige Voraussetzung, sondern auch vom Zusammenspiel mit den beteiligten institutionalisierten Akteuren abhängig. Dass die über 13 Tage andauernde Besetzung des großen Stahlwerkgeländes diese Erfolge erzielen konnte, lag auch an der festen Verankerung der Gewerkschaft im Betrieb, der positiven medialen Resonanz sowie der betriebs- und branchenspezifischen Lage, der Vermittlungsrolle der Landesregierung und der Bereitschaft der Treuhand, an gewissen Punkten einzulenken.

Der geteilte Betrieb

Ab Mai 1992 teilte sich die Geschichte des Stahlwerks einerseits in den bis heute reichenden Entwicklungsstrang der Hennigsdorfer Elektro Stahl unter Riva und die kurze Geschichte der Restgesellschaft. Nach den Verhandlungen mit der Treuhand im Dezember 1991 und im Januar 1992 war alles für den Asset-Verkauf an Riva in die Wege geleitet, doch im April 1992 drohte die Privatisierung zu scheitern. Denn noch eine Woche vor dem geplanten Übergang gab es keine Einigung zwischen dem Betriebsrat und Riva. Nachdem sich die ersten Verhandlungsrunden mit Vertretern der Riva-Gruppe für den Betriebsrat und die IG Metall zunächst unbefriedigend gestalteten, machten diese dem Riva-Konzern am 22. April 1992 klar, er befinde sich auf einem »gefährlichen Konfrontationskurs«. Der Betriebsrat drohte, der Übernahme der Mitarbeiter:innen nicht zuzustimmen, und stellte Riva vor die Wahl zwischen Zusammenarbeit oder Konfrontation.⁷⁷ In der Folge kam es zu einer intensiven mikropolitischen Auseinandersetzung, in der der Betriebsrat hoch pokerte und der Neubesitzer Riva vormalige Vereinbarungen zu unterlaufen versuchte. So wollte der Konzern statt der vereinbarten 1.050 Mitarbeiter:innen nun doch nur 891 übernehmen, was für die IG Metall und den Betriebsrat nicht akzeptabel war, weil damit die Fortführung der Montanmitbestimmung hinfällig gewesen wäre. Der Betriebsrat drohte, in diesem Fall müsse Riva zum 1. Mai 1992 alle 4.100 Beschäftigten der Hennigsdorfer Stahl GmbH (HSG) übernehmen, weil jeder der Beschäftigten mit

75 Vgl. Tagesspiegel vom 04.12.1991: Proteste der Stahlarbeiter vor der Treuhandanstalt.

76 Vgl. Verhandlungsergebnis zur Fortführung der Hennigsdorfer Stahl. GmbH im Zusammenhang mit dem Asset-Verkauf des Stahlbereiches vom 4.12.1991, in: IG Metall Verwaltungsstelle Hennigsdorf, Hennigsdorfer Stahl, Ordner 1.

77 Vgl. Betriebsrat-Info 9/92, in: Hennigsdorfer Stadtarchiv, KS/205.

Berufung auf den § 613a BGB eine Übernahmeklage einreichen werde.⁷⁸ Dieser Paragraph regelt den Übergang eines Betriebes zu einem neuen Eigentümer. Die massenhaften Klagen hätten sehr wahrscheinlich nicht zur Übernahme aller Beschäftigten geführt, wären aber für Riva äußerst kostspielig gewesen. Darin lag das eigentliche Drohpotenzial für den Betriebsrat in dieser Auseinandersetzung.

Die Treuhand, die in den Übernahmeverhandlungen vor allem als Vermittlerin auftrat, positionierte sich zugunsten des Betriebsrats und forderte den immer noch zögernden Konzern dazu auf, den Vertrag zu erfüllen.⁷⁹ Auch wenn die Treuhandanstalt sicher im eigenen Interesse einer schnellen Privatisierung handelte, wird an dieser Stelle einmal mehr die Ambivalenz in der Beziehung zwischen der Treuhandanstalt und Belegschaftsvertretung deutlich: Diese war keineswegs nur von Konfrontation geprägt, sondern gestaltete sich in großen Teilen auch kooperativ, auch wenn die grundsätzlich schwächere Machtposition der Belegschaft in diesem Verhältnis unbestreitbar ist.

Riva geriet nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung aus dem Dezember 1991 in Sorge vor einer neuen Betriebsbesetzung.⁸⁰ Letztlich konnten Betriebsrat und IG Metall gegenüber dem neuen Gesellschafter die Anerkennung des Stahltarifvertrages, die Fortwirkung des Betriebsrats, bis bei Rivas ein neuer Betriebsrat gewählt würde, und letztlich auch die Montanmitbestimmung durchsetzen.⁸¹

Die Beziehungsgeschichte zwischen Betriebsrat und Management unter Riva lässt sich in den ersten Jahren als Übergang von Konfrontation zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit beschreiben. In den Aushandlungen des Betriebsübergangs zeichneten sich mit absehbarem Ausscheiden der Verantwortung der Treuhand deutlicher als zuvor die Konturen eines Interessengegensatzes von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen ab. In der Folge bildete sich jedoch ein Muster innerbetrieblicher Austauschbeziehungen eines Co-Managements, was an das Vorherige anknüpfte. Dazu gehörten die Betriebszentrierung und Wettbewerbsorientierung ebenso wie das von Pragmatismus und Kooperation geprägte Handeln der Betriebsräte und die personellen Kontinuitäten in der Interessenvertretung. Schließlich bestand der Betriebsrat aus Expert:innen, die den Betrieb teils seit Jahrzehnten kannten und über für den neuen Gesellschafter nicht unwesentliche Ressourcen etwa in Form von Produzentenwissen oder betriebsinterne Kenntnisse, etwa über versteckte Mängel, verfügten.⁸² Kontinuitäten zeigten sich nicht nur in der Interessenvertretung, sondern auch bei der gewerkschaftlichen Basis im Betrieb. Unter Riva

78 Vgl. Märkische Allgemeine Zeitung vom 23.04.1992: Riva will Montanmitbestimmung gezielt unterlaufen.

79 Vgl. Schreiben von Herrn Krämer und Herrn Tantow (Treuhandanstalt) an Herrn Muus (H.E.S.) vom 30. April 1992, in: BArch, B 412/83440.

80 Vgl. Handschriftliches Protokoll vom Treffen zwischen Riva, Treuhand und Geschäftsführung der HSG am 5.5.1991, in: BArch, B 412/83448.

81 Vgl. Vereinbarung und Rechtstatsachenvergleich gemäß § 779 BGB vom 7. Mai 1992, in: IG Metall Verwaltungsstelle Hennigsdorf, Ordner HES.

82 Vgl. Interview Hans-Jürgen Spitzer am 17. Mai 2022.

existierte weiter ein aktiver Vertrauenskörper, der ab 1995 auch ein eigenes Info-Blatt herausgab, um die Diskussion und den Meinungsbildungsprozess im Betrieb zu fördern.⁸³

Die Geschichte der Restgesellschaft begann ebenfalls im Mai 1992. Eine wesentliche Aufgabe dieser Restgesellschaft war es, die Flächen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verwerten. Dementsprechend konzentrierten sich Geschäftsführung und Aufsichtsrat auf Verkauf, Verpachtung und Vermietung von Flächen, Gebäuden und Anlagen für die Ansiedlung neuer Gewerbe.⁸⁴ Der Blick auf die verbliebene Belegschaft im Restbetrieb HSG offenbarte einmal mehr die Benachteiligung der Frauen im betrieblichen Transformationsprozess. Von den Ende 1989 im Stahlwerk beschäftigten 2.260 Frauen verblieben mit Stand August 1993 nur noch 90 bei Riva. Ihr Anteil reduzierte sich damit von 27 (Ende 1989) auf vier Prozent. Dementsprechend erhöhte sich der Frauenanteil im Restbetrieb auf 44 Prozent.⁸⁵

Auch in der HSG blieben die Konflikte mit der Treuhand nicht aus. Als diese entgegen der Vereinbarung, den Betrieb bis Ende 1993 weiterzuführen, im September 1992 eine vorgezogene Liquidierung der HSG bekanntgab, kündigte die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat Widerstand gegen die Bestellung des Liquidators an.⁸⁶ Der Betriebsrat sah darin einen Verrat und richtete sich in einem Schreiben an die Belegschaft: »Die Politik der ThA hat sich trotz breulscher Beteuerungen nicht geändert. Sie versucht erneut Hennigsdorfer Stahlwerker von hinten zu erstechen und behandelt in der BRD bestehenden Gesetze und erkämpfte [sic!] Verträge wie Toilettenpapier.«⁸⁷

Zu größeren Protesten kam es allerdings nicht, vielmehr suchte man nach praktischen Lösungen, denn die Tage des Werkes waren erkennbar gezählt. Letztlich konnten sich IG Metall und Treuhandanstalt einigen, die Beschäftigten der HSG in die kurz zuvor gegründete kommunale Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH (ABS) zu überführen, wo sie bis Ende des Jahres 1993 beschäftigt werden sollten. Die Treuhandanstalt stellte dafür einen Sonderfond von etwa 45 Millionen Mark zur Verfügung, aus dem die Löhne und Gehälter bezahlt werden sollten.⁸⁸ Mit dieser Beschäftigungsgesellschaft realisierte sich auch in Hennigsdorf ein von der IG Metall favorisiertes Instrument der Strukturpolitik. Das Hauptbetätigungsfeld der Hennigsdorfer ABS war bis Mitte der 1990er Jahre der weitere Rückbau von Industrieanla-

83 Vgl. Informationen des Vertrauenskörpers der IG Metall 1/95, in: Hennigsdorfer Stadtarchiv, KS 205.

84 Vgl. Ein Stahlstandort im Wandel. Dokumentation über die Privatisierung der HSG und der Liquidation der HSG gesicherten und geschaffenen Arbeitsplätze, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1866, S. 9.

85 Vgl. ISA Consult/BSMB: Beratungsbüro für die Stahl- und Metallindustrie in Brandenburg. Bericht des Projekts 06/1992–12/1994, Hennigsdorf 1995, S. 71.

86 Vgl. Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Hennigsdorfer Stahl GmbH vom 14. September 1992, in: BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1897.

87 Betriebsrat-Info 17/92, in: Hennigsdorfer Stadtarchiv, KS/205.

88 Vgl. Märkische Allgemeine Zeitung vom 09.01.1993: Liquidator: Stadt und Treuhand mußten Zwangssehe eingehen.

gen auf dem Stahlwerksgelände.⁸⁹ Das Engagement für die Beschäftigungsgesellschaften zeigt, dass die IG Metall und die Betriebsräte nicht nur auf der Betriebsebene und in einer Schutzfunktion für ihre Mitglieder agierten, sondern gleichzeitig auch den Anspruch hatten, den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel auf lokaler und regionaler Ebene mitzugestalten. Ab 1991 schuf die IG Metall-Verwaltungsstelle Oranienburg eine entsprechende Struktur.⁹⁰ Um die ABS-Gesellschaften an den einzelnen Stahlstandorten voranzutreiben, förderten die IG Metall, die Hans-Böckler-Stiftung und das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburgs an verschiedenen Stahlstandorten, so auch in Hennigsdorf, sogenannte Beratungsbüros für die Stahl- und Metallindustrie, die letztlich von der gewerkschaftsnahen Beratungsfirma ISA Consult realisiert wurden. Die Büros berieten Kommunen, ABS-Gesellschaften und andere Träger regionaler Arbeitsmarktpolitik und setzten sich zum Ziel, durch wissenschaftliche Begleitung von Projekten neue arbeitsmarktpolitische Konzepte zu erarbeiten.⁹¹ Die IG Metall und der Betriebsrat des Hennigsdorfer Stahlwerks handelten als strukturpolitische Akteure nicht im luftleeren Raum, sondern im Kontext einer lokalen politischen Kultur, in der Gewerkschaft, Belegschaftsvertretung im Betrieb mit außerbetrieblichen Akteuren in der Kommune zusammenwirkten. Beispielhaft dafür ist ein vom gewerkschaftsnahen GEWOS-Institut veranstalteter Workshop im Januar 1991, der die Stärken und Schwächen des Werks und mögliche Zukunftsoptionen diskutierten. Unter den Teilnehmer:innen befanden sich Hennigsdorfer Betriebsrat, IG Metall und der Bürgermeister.⁹² Ein weiterer in der IG Metall-Bildungsstätte Pichelssee veranstalteter Workshop unter Beteiligung von Betriebsrat, Bürgermeister, Mitarbeiter:innen aus dem Betrieb und Vertreter:innen der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrheinwestfalen (LEG NRW) zielte auf die Entwicklung der Stahlwerksflächen.⁹³ Dieser Prozess mündete schließlich in einem Sofortprogramm der LEG NRW, das eine »komplexe Entwicklungsstrategie, bestehend aus wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen, städtebaulichen, sozialen und ökologischen Komponenten« vorsah und auch für die IG Metall, Betriebsrat und Bürgermeister handlungsleitend wurde.⁹⁴ Aus diesem Grund waren die nicht betriebsnotwendigen Flächen auch immer Gegenstand in den Aushandlungen mit der Treuhand.⁹⁵ Hier stellten sich jene Weichen, die es ermöglichten, den betrieblichen Wohnungsbestand und die Stahlwerks-

89 Vgl. Land Brandenburg (Hg.): Neue Wege gehen in schwierigen Zeiten. Die Brandenburger Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik zu Beginn der Neunzigerjahre, Berlin 2019, S. 140–144.

90 Vgl. Organisationsstruktur der IG Metall-Verwaltungsstelle Oranienburg (Stand: Juli 1991), in: Archiv der sozialen Demokratie (AdSD), 5IGMZ 520483.

91 Vgl. ISA Consult/BSMB: Beratungsbüro für die Stahl- und Metallindustrie in Brandenburg, S. 4.

92 Vgl. GEWOS, Moderation Hennigsdorfer Stahl GmbH, Berlin 10. Januar 1991, in: BLHA Rep 502 SWH Hgdf 1881.

93 Vgl. Dokumentation GEWOS, Workshop Hennigsdorfer Stahl GmbH, Berlin 8. Februar 1991, in: BLHA Rep 502 SWH Hgdf 1881.

94 LEG NRW Sofortprogramm, BLHA, Rep. 502 SWH Hgdf 1871, S. 12.

95 Vgl. Märkische Allgemeine Zeitung vom 03.09.1992: Millionen beim Land lockergemacht.

flächen kommunal zu sichern. 1993 erwarb die Stadt Hennigsdorf schließlich alle Grundstücke im Landkreis Oranienburg, wobei die kommunale Hennigsdorfer Wohnungsbau-gesellschaft alle Wohnhäuser außerhalb des Betriebsgeländes kaufte, mit Ausnahme der Ein- und Zweifamilienhäuser. Den sonstigen Grundbesitz erwarb die LEG Brandenburg im Auftrag der Stadt Hennigsdorf.⁹⁶

Fazit

Der Wandel gewerkschaftlicher Praxis hin zu mehr demokratischer Partizipation und Unabhängigkeit vom Staat und der Partei wurde im Stahlwerk im Zuge der »Wende« im Betrieb im Herbst 1989 aus der Basis heraus vorangetrieben. Die begrenzte Reformfähigkeit des FDGB im Betrieb sowie die Entwicklungen in Richtung Einheit machten den Weg für eine Betriebsratswahl frei. Die Arbeit der auch zivilgesellschaftlich engagierten und weit vernetzten Betriebsräte richtete sich vor allem darauf, die krisenhafte Situation des Betriebes zu bewältigen. Gemeinsam mit der IG Metall entwickelten sie Strategien, um die Folgen des Umbaus für die Betroffenen abzumildern, und trieben lokale und regionale Strukturentwicklungen mit voran. In der Auseinandersetzung mit der Treuhand erstritten sich die IG Metall und der Betriebsrat mehr Handlungsspielraum, organisierten und kanalisiert die Proteste in Form eines politischen Streiks und behaupteten eine Gegenmachtposition, die letztlich die Bedingungen und Folgen der Werksprivatisierung für die Belegschaft verbesserte. Das Handeln der Treuhand war beeinflussbar und deren selbstverständliche Top-Down-Strategie konnte durchaus unterlaufen werden. Die Transformation auf Betriebsebene war so nicht allein »von oben« ohne Berücksichtigung der Interessen »von unten« durchsetzbar.

In diesen Auseinandersetzungen zeigte sich – für viele beteiligte Akteure erstmalig – nicht nur der Wert gewerkschaftlicher Organisation und wie glaubwürdig deren Drohpotenzial im Konfliktfall sein kann. Gleichzeitig offenbarte sich der Wert gewerkschaftlicher Grundprinzipien wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Demokratie.

Die Gewerkschaft und die Betriebsräte haben auch die nach der »Wende« entstandene Lücke im vopolitischen Raum in Teilen gefüllt und somit auch ein Stück politische und soziale Integrationsleistung vollbracht.⁹⁷ Allerdings zeigte sich in Hennigsdorf ebenfalls, dass Er kämpftes und Erstrittenes immer auch revidierbar sind, wie die Auseinandersetzungen um den Übergang zu Riva 1992 und auch der Streik 1993 belegen. Bei allem positiven Agieren der betrieblichen und gewerkschaftlichen Akteure darf nicht vergessen werden, dass für einen Großteil der ehemaligen Stahlwerksangehörigen das Jahr 1992 den

96 Vgl. Stadtverwaltung Hennigsdorf: Hennigsdorfer Amtsblatt, August 1993.

97 Vgl. Steffen Mau: Ostdeutsche Frakturen für immer? Zwischen Entwertungsgefühlen und Ohnmachtserfahrungen, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg – Teil I – 1989 bis heute, Bonn 2021, S. 373.

endgültigen Abschied vom Stahlwerk Hennigsdorf bedeutete und dass die Transformation mit biografischen Entwertungen und Brüchen einherging.

Die hier skizzierten Befunde machen gleichwohl die Gestaltungskraft der Gewerkschaft und des Betriebsrates auf der Betriebsebene und im Lokalen deutlich. Als Beitrag zur Transformationsgeschichte belegt diese Studie einmal mehr, dass Transformation nicht als etwas zu betrachten ist, dass über die Menschen hereinbricht, sondern durch ihr Handeln angeeignet und gestaltet wird, wenn auch nur in einem bestimmten Rahmen und ohne »das Ganze« in eine gänzlich andere Richtung zu lenken.

Mit Straßenblockaden zur Standortsicherung

Der Konflikt um die Zukunft der Thüringer Faser AG 1990–1994¹

Die zeithistorische Forschung zur Transformation Ostdeutschlands seit 1989/90 hat in den vergangenen Jahren einen Aufschwung erlebt.² In ihrem Zentrum stand zunächst die Treuhandanstalt, die als »Ausnahmeregime« die »Vermarktlichung« der ehemaligen Staatsbetriebe organisierte und damit zum zentralen Akteur des Systemwandels wurde.³ Mittlerweile haben aber auch die Konturen des Wandels jenseits der großen staatlichen Akteure das Forschungsinteresse geweckt. Dabei sind unter anderem die Gewerkschaften und mit ihnen das vielfältige, insbesondere aus den Betrieben heraus organisierte Protestgeschehen, das die Transformation begleitete, ins Blickfeld gelangt.⁴ Gleichwohl ist über die lokalen Konstellationen und Verläufe der Proteste nach wie vor zu wenig bekannt. Angesichts der Vielfalt, die sich in bereits veröffentlichten Fallstudien abzeichnet,⁵ sind

- 1 Der Beitrag basiert auf meiner Bachelorarbeit, die ich 2020 an der Universität Leipzig bei Detlev Brunner geschrieben und für die Veröffentlichung überarbeitet habe.
- 2 Der Begriff der »Transformation« ist in der zeitgeschichtlichen Forschung umstritten. Ich halte ihn Philipp Ther folgend für eine sinnvolle Bezeichnung des grundlegenden Wandels nach 1989, der über den post-sozialistischen Raum hinaus wirkte. Vgl. Philipp Ther: Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019. Zur zeithistorischen Transformationsforschung insgesamt vgl. Marcus Böick: Die Erforschung der Transformation Ostdeutschlands seit 1989/90. Ansätze, Voraussetzungen, Wandel, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, http://docupedia.de/zg/Boeick_transformation_v1_de_2022 (zuletzt 18.10.2022). Ein Überblick über laufende Forschungsprojekte ist auf der Website der Forschungsstelle Transformationsgeschichte an der Universität Leipzig einsehbar (<https://forschungsstelle-transformationgeschichte.de/>).
- 3 Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018; Andreas Malycha: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen 1989–1994, Berlin 2022. Zum Begriff der »Vermarktlichung« vgl. Ralf Ahrens: Macht und Märkte, Vermarktlichung als historische Forschungsperspektive, in: Rüdiger Graf (Hg.): Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte, Göttingen 2019, S. 73–93.
- 4 Die zuletzt veröffentlichten Arbeiten von Christian Rau haben dazu beigetragen, grundlegende Leerstellen der bundesrepublikanischen Demokratie- und Protestgeschichte zu füllen. Vgl. Christian Rau: Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik, Berlin 2022. Vgl. außerdem Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001; Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018.
- 5 Neben den Beiträgen in diesem Band vgl. Till Goßmann: Proteste gegen die Treuhandanstalt am Beispiel der Aktivitäten zum Erhalt der Ilmenauer Glaswerke 1993/94, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, Heft 2020/1, S. 26–41; Christian Rau: Hungern für Bischofferode. Protest

weitere »Tiefenbohrungen« notwendig, um Ausmaß und Charakter der Proteste insgesamt vermessen und einschätzen zu können. An dieser notwendigen Erweiterung des Forschungsstandes orientiert sich die vorliegende Fallstudie zum Konflikt um die Zukunft der Thüringer Faser AG in Rudolstadt-Schwarza zwischen 1990 und 1994, die detaillierte Einblicke in Abläufe, Probleme und Ergebnisse der Transformation vor Ort geben soll. Um der Offenheit der historischen Situation nachzuspüren, wähle ich eine Erzählperspektive, die die Ambitionen und Handlungen von Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft in den Vordergrund stellt,⁶ und frage, welchen Einfluss sie auf den Transformationsprozess ausüben konnten. Wie entstanden die Proteste? Was waren die zentralen Forderungen? Welche Protestformen wurden gewählt? Inwiefern waren die Proteste erfolgreich?

Das Beispiel Thüringer Faser AG

Die Thüringer Faser AG im Rudolstädter Ortsteil Schwarza eignet sich für eine solche Studie aus folgenden Gründen: Erstens war das ehemalige Kombinat 1989 mit etwa 6.300 Beschäftigten von struktureller Bedeutung für die Region Ostthüringen. Zweitens verlief die Privatisierung des Faserwerks skandalös und sorgte international für Schlagzeilen, was nicht nur die Quellenlage positiv beeinflusst, sondern auch ein breites Feld von Akteuren auf den Plan rief. Neben den lokalen betrieblichen Akteuren, der Treuhandanstalt und dem Investor waren auch die Gewerkschaftsführung sowie die Landes- und Bundesregierung in den Konflikt involviert. Der Betriebsratsvorsitzende der Faser AG, Jürgen Völkerling, war drittens eine der zentralen Personen im Aktionsbündnis »Thüringen brennt!«, das in Anlage und Wirken gängigen Annahmen über die insgesamt wenig erinnerten betrieblichen Proteste in den frühen 1990er Jahren widerspricht. Diese gelten in der Öffentlichkeit meist als »Ausdruck einer defizitären politischen Kultur in Ostdeutschland« oder als quasi natürliche »Schockreaktion« auf Transformationsprozesse, die politisch diffus und lokal verhaftet verblieben.⁷ Entsprechend selten gelten sie als wichtiges Kapitel bundes-

und Politik in der ostdeutschen Transformation, Frankfurt 2023. Für eine überblicksartige Darstellung vgl. Detlev Brunner: Auf dem Weg zur »inneren Einheit«? Transformation und Protest in den 1990er-Jahren, in: Marcus Böick/Constantin Goshler/Ralph Jessen: Jahrbuch Deutsche Einheit, Berlin 2020, S. 169–186; ders.: Mitbestimmung und Protest. Ostdeutschland in der Transformationsphase der 1990er Jahre, in: Dierk Hoffmann/Ulf Brunnenbauer (Hg.): Transformation als soziale Praxis. Mitteleuropa seit den 1970er Jahren, Berlin 2020, S. 93–107.

6 In Anlehnung an Lutz Raphaels Geschichte Westeuropas nach 1970 versuche ich dabei Geschichte »von gestern aus« und »von unten« zu denken. Lutz Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019, S. 11–14.

7 Vgl. die nach wie vor zutreffende Darstellung bei Marcus Böick: »Aufstand im Osten«? Sozialer und betrieblicher Protest gegen Treuhandanstalt und Wirtschaftsombau in den frühen 1990er Jahren, in: Dieter Bingen/Maria Jarosz/Peter Oliver Loew (Hg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2012, S. 167–182, hier S. 167 ff.



Abb. 1: Protest von Beschäftigten der Faser AG am 17.08.1993.

deutscher Demokratie- und Protestgeschichte.⁸ Im Aktionsbündnis aber versammelten sich Betriebe aus ganz Thüringen und einigten sich auf eine gemeinsame Strategie und Programmatik. Auch die verbreitete Einschätzung, dass die Gewerkschaften sich nicht »gemeinsam mit den kämpfenden Belegschaften zur gesellschaftlichen Gegenkraft« gemacht hätten,⁹ muss angesichts der Zusammenarbeit von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften im Aktionsbündnis und im Konflikt um die Zukunft der Faser AG zumindest in dieser Absolutheit infrage gestellt werden. Inwieweit das Aktionsbündnis insgesamt als ein gescheiterter »Versuch einer Graswurzelbewegung von oben«¹⁰ oder aber als interessantes »Beispiel einer Vernetzung »von unten«¹¹ mit durchaus nennenswerten Erfolgen gelten kann, erscheint letztlich als gewerkschaftspolitische Debatte, zu der dieser Beitrag historische Einsichten liefern kann. Viertens lohnt eine Auseinandersetzung mit dem Konflikt um die Faser AG, weil mit dem Ergebnis der Standortsicherung

8 Nicht erwähnt werden die ostdeutschen Proteste beispielsweise bei Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018.

9 Dietmar Dathe: *Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990–1994. Eine Zeitungsrecherche*, Berlin 2018, S. 53.

10 Jürgen Kädtler/Gisela Kottwitz/Rainer Weinert: *Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionenbildung und Handlungskonstellationen 1989–1994*, Opladen 1997, S. 217.

11 Brunner, *Transformation und Protest*, S. 180.

am Ende mehrere Seiten zufrieden waren, die Transformation an dieser Stelle in gewisser Weise erfolgreicher verlaufen ist als an anderen Orten.

These, Quellen, Aufbau

Während die Proteste in Schwarza entweder als »vergeblich«¹² gelten oder im Narrativ eines erfolgreichen Strukturwandels keine Rolle spielen,¹³ vertrete ich die These, dass der Konflikt um die Zukunft der Faser AG entscheidend durch gewerkschaftliches Handeln und betrieblichen Protest geprägt wurde. Mit zahlreichen Aktionen konnte eine breite Allianz aus Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft die Sicherung des Industriestandortes durchsetzen. Dies ist im Wesentlichen auf die vom Betriebsrat forcierte überbetriebliche Vernetzung im Aktionsbündnis zurückzuführen. So wurde eine betriebliche Auseinandersetzung in einen gesellschaftspolitischen Richtungskonflikt eingebettet, in den das Aktionsbündnis mit Erfolg intervenierte. Der Protest war daher keine »Schockreaktion«, sondern eine soziale Bewegung. Als solche verstehe ich Sebastian Haunss folgend kollektives Handeln, das vier Kriterien erfüllt: Erstens, die »zusammen handelnden Menschen treten als kollektive Akteure auf, die durch eine spezifische Form der Solidarität verbunden sind«. Die Menschen teilen dabei nicht nur objektiv ein Problem. Entscheidend ist, »dass sich die Akteure subjektiv als zusammengehörig empfinden und darauf aufbauend gemeinsame Handlungsstrategien und Ziele ihres Handelns entwickeln«. Zweitens zeichnen sich soziale Bewegungen dadurch aus, »dass sich in ihnen Forderungen artikulieren, die in den etablierten Bahnen politischer Willensäußerung keinen Platz finden«. Daher greifen sie drittens auf Protest- und Aktionsformen zurück, »die sich jenseits der Kanäle institutionalisierter Politik abspielen«. Viertens sind soziale Bewegungen keine einmaligen Mobilisierungen, sondern weisen eine »gewisse Dauer« auf.¹⁴ Der Protest in Rudolstadt entspricht diesen Charakteristika einer sozialen Bewegung, wobei die überbetriebliche Vernetzung ausschlaggebend war. Sie verstärkte durch die Einbettung der eigenen Problemsituation in einen gesellschaftspolitischen Richtungskonflikt als »spezifische Form der Solidarität« erstens das subjektive Zusammengehörigkeitsgefühl der Beschäftigten. Zweitens erwuchs sie aus der Erkenntnis, dass die eigenen Forderungen in den »etablierten Bahnen politischer Willensäußerung« – der Organisationsweise der

12 Dietmar Grosser/Hanno Müller/Paul-Josef Raue: Treuhand in Thüringen. Wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde, Essen 2013, S. 202.

13 Vgl. Frank Schuster: Thüringens Weg in die soziale Marktwirtschaft. Privatisierung, Sanierung, Aufbau. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Köln 2015, S. 193 f.

14 Sebastian Haunss: Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen, in: Bernd Hüttner/Gottfried Oy/Norbert Schepers (Hg.): Vorwärts und viel vergessen – Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen, Neu-Ulm 2005, S. 27–42. Eine ähnliche Definition findet sich bei Dieter Rucht: Studying Social Movements: Some Conceptual Challenges, in: Stefan Berger/Holger Nehring (Hg.): The History of Social Movements in Global Perspective, London 2017, S. 39–62.

Treuhandanstalt – keinen Platz fanden, und hantierte daher drittens mit Protestformen (Straßenblockaden, Demonstrationen etc.), die ebenfalls jenseits dieser Bahnen zu verordnen waren. Zuletzt und viertens verstetigte die Vernetzung den Protest über Monate hinweg.

Die Studie wurde auf einer breiten Quellengrundlage erarbeitet. Ausgewertet wurden lokale Presseberichte¹⁵, Vernehmungen des Untersuchungsausschusses »Treuhandanstalt« des Bundestags¹⁶, gewerkschaftliche Dokumentensammlungen¹⁷, eine soziologische Studie von 1997¹⁸ sowie Zeitzeugengespräche¹⁹. Um Form und Entwicklung der Proteste besser rekonstruieren zu können, habe ich den Konflikt in fünf Phasen unterteilt, die gleichzeitig den Beitrag strukturieren. So folgt auf eine knappe Darstellung der Ausgangsbedingungen in den Jahren 1990 und 1991 eine ausführlichere Analyse der Entstehung der Protestbewegung Ende 1992 und der anschließenden Vernetzung im Aktionsbündnis »Thüringen brennt!« im Sommer 1993. Abgeschlossen wird die Chronologie mit einem Blick auf das Ende des Konflikts 1994 und zeitgenössische wie retrospektive Bewertungen seiner Ergebnisse.

Vom VEB zur Thüringer Faser AG

Das Kombinat »Wilhelm Pieck« war aus der Thüringischen Zellwolle AG hervorgegangen, die seit 1935 Chemiefasern und Granulate produziert hatte.²⁰ Seit den 1960er Jahren konzentrierte sich die Produktion zunehmend auf die Kunstfaser »Dederon« – ein Nylon-Stoff, mit dem die SED dem westdeutschen Pendant »Perlon« Konkurrenz machen wollte und

- 15 Systematisch ausgewertet habe ich die Ostthüringer Zeitung (OTZ) von Januar 1992 bis Juli 1994. Frühere Ausgaben wurden nicht analysiert, da sich der Konflikt erst Ende 1992 zuzuspitzen begann. Im untersuchten Zeitraum wurden in der OTZ etwa 120 Artikel mit direktem oder indirektem Bezug zum Konflikt um die Faser AG veröffentlicht.
- 16 Beweisprotokoll zur 29. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses »Treuhandanstalt«, 16. März 1994, in: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Signatur 3328, 64.
- 17 Bernd Gehrke (Hg.): Dokumente des Aktionsbündnisses »Thüringen brennt!« Juli 1993 bis April 1994, Stand: April 2018, unveröffentlicht; Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute, zusammengestellt und mit einem Vorwort versehen von Bernd Gehrke für den AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West, 2. korrigierte Auflage Berlin 2017.
- 18 Jürgen Kädler/Gisela Kottwitz/Rainer Weinert: Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionenbildung und Handlungskonstellationen 1989–1994, Opladen 1997.
- 19 Interview Lina Stichling und Justin Andreae mit Rolf Düber, 21.06.2018, Erfurt, Transkription, in: Forschungsstelle Transformationsgeschichte Universität Leipzig; Interview von Julia Eberhardt und Justin Andreae mit Bodo Ramelow, 02.11.2018, Erfurt, Transkription, in: Ebd. Ich selbst habe darüber hinaus Hintergrundgespräche geführt mit dem Jenaer SPD-Politiker Christoph Matschie, der im engen Kontakt mit Völkerling stand, mit Rolf Düber, damals DGB-Sekretär, sowie mit dem Gewerkschaftssekretär Robert Orzschig, der an vielen Betriebsversammlungen teilnahm und die Proteste mit organisierte. Jürgen Völkerling ist leider verstorben.
- 20 Vgl. Schuster, Thüringens Weg, S. 130.

aus dem eine Reihe von Textilprodukten gefertigt wurde, die noch heute einen gewissen Kultstatus inne haben.²¹ Wie alle Volkseigenen Betriebe (VEB) wurde das Kombinat am 1. März 1990 als Thüringische Faser AG (im Folgenden: Faser AG) mit etwa 6.300 Beschäftigten der Treuhandanstalt unterstellt.²² Die FDGB-Gewerkschaft IG Chemie-Glas-Keramik (IG CGK) schloss im Mai 1990 einen Kooperationsvertrag mit der westdeutschen IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK), der eine Fusion unter dem Namen der Letzteren bis Juni 1991 vorsah.²³ Noch vor der Fusion schloss die IG CGK einen Haustarifvertrag mit der Faser-Geschäftsführung ab, in dem auch das bundesdeutsche Betriebsverfassungsgesetz übernommen wurde.²⁴ Nachdem die alte Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) bereits Ende 1989 zurückgetreten war, konnte erstmals ein freier Betriebsrat gewählt werden.²⁵ Dieser musste sich bereits kurz nach der Wahl zu ersten Entlassungen und Ausgliederungen verhalten. Besonders konflikthaft verliefen diese allerdings nicht. Der Betriebsrat konzentrierte sich auf Maßnahmen zur Abfederung²⁶ und setzte auf die Zukunft: »Ich meine, wir als unbedarfte und nicht gelernte Wirtschaftler, wir haben daran [an eine Zukunft des Betriebes, Anm. d. Verf.] ja geglaubt«, so der Betriebsratsvorsitzende Völkerling im Treuhand-Untersuchungsausschuss.²⁷ Bis zur Privatisierung im Oktober 1991 wurde die Zahl der Beschäftigten um rund 48 Prozent reduziert.²⁸ Was im Einzelnen mit den Entlassenen passierte, ist nicht zu ermitteln. Einige werden Rudolstadt gen Westen verlassen haben, andere gingen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Auch mehr oder weniger erfolgreiche Ausgliederungen wurden durchgeführt: Ein neues Institut übernahm 95 von den ehemals 500 Mitarbeitenden in der Forschungsabteilung der Faser AG, 54 Prozent davon Frauen.²⁹ Etwa 150 Beschäftigte wurden von einer britischen Firma übernommen, welche die werkseigene Tamponproduktion aufkaufte, dann aber die Maschinen nach Großbritannien brachte und die Abteilung schloss.³⁰

21 Vgl. Beitragsbeschreibung »Dederon – Die Wunderseide aus Schwarza« in der MDR-Reihe »Der Osten – Entdecke, wo du lebst«, <https://www.mdr.de/tv/programm/sendung/764366.html> (zuletzt 11.05.2023).

22 Vgl. Kädtler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 28.

23 Vgl. Eric Weiß: Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess. Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in der Transformationszeit 1990–1994, Berlin-Brandenburg 2018, S. 29.

24 Vgl. Vernehmung Jürgen Völkerling, S. 209.

25 Kädtler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 50.

26 Für die 1.300 Beschäftigten, die bereits 1990 entlassen wurden, setzte der Betriebsrat beispielsweise »Kurzarbeit null« durch. Vgl. Vernehmung Völkerling, S. 211.

27 Vernehmung Völkerling, S. 212.

28 Kädtler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 129.

29 »Rudolstädter Institut mit neuem Kunststofflabor«, Ostthüringer Zeitung (OTZ), 25.05.1992.

30 Vgl. Vernehmung Orzschig, S. 149 und Vernehmung Völkerling, S. 223.

Die Privatisierung

Die Treuhandanstalt hatte sich schon im Spätsommer 1990 zur Privatisierungsagentur gewandelt.³¹ Gleichzeitig sahen auch die Gewerkschaft, der Betriebsrat und die Landesregierung in einer erfolgreichen Privatisierung die einzige Chance für eine Zukunft des Betriebs, die wiederum als Voraussetzung des sozialen Friedens in der Region galt. »Wir wußten, wenn das Unternehmen nicht bald unter Dach und Fach kommt, daß dann die Zukunftschancen immer schlechter werden«, berichtete Gewerkschaftssekretär Orzschig. Die IG CPK forderte deshalb, dass »überhaupt mal Privatisierungsschritte deutlich werden von der Treuhandanstalt« und organisierte dafür kleinere Proteste.³² Die erste Hochphase der ostdeutschen Proteste gegen die Treuhandanstalt im Frühjahr 1991³³ scheint in Rudolstadt-Schwarza kein zentraler Bezugspunkt gewesen zu sein.

Am 3. Oktober 1991 wurde die Faser AG für eine symbolische D-Mark an die indische Dalmia-Gruppe verkauft, so zumindest die Informationslage der meisten Beteiligten zu diesem Zeitpunkt. Die neuen Eigentümer genossen internationale Anerkennung und versprachen umfangreiche Investitionen.³⁴ Daher zweifelte zunächst niemand an der Seriosität des Vorgangs. Er sei davon ausgegangen, dass die Treuhandanstalt den Investor prüft, erinnerte sich Völkerling: »Das macht doch jeder normale, vernünftige Geschäftsmann.«³⁵ Auch in der Gewerkschaft ahnte noch niemand, dass die versprochenen Investitionen ausbleiben und im Gegenteil sogar Kapital aus dem Unternehmen abgezogen werden sollte. Verdacht zu schöpfen, dazu »gab es keinen Anlaß«, so Orzschig.³⁶ Zwar legten die Brüder Sanjay und Anurag Dalmia, die nun Mitglieder des Aufsichtsrats wurden, entgegen der Erwartungen des Betriebsrates kein wirkliches Sanierungskonzept vor.³⁷ Gleichwohl sicherten sie den Erhalt von 1.200 Arbeitsplätzen zu³⁸ und das war im Kontext der zeitgenössischen Debatte von hohem Wert. Während die Lage der regionalen Textilindustrie im Frühjahr 1992 insgesamt als »sehr kritisch« angesehen wurde, galt Schwarza als Positivbeispiel.³⁹

Anlass für Irritationen gab indes die Art und Weise, wie die Privatisierung durchgeführt wurde. Völkerling konnte sich nicht erinnern, dass Sanjay Dalmia vor dem 3. Oktober 1991 jemals im Betrieb gewesen war.⁴⁰ Des Weiteren sei der Vorgang erst »unmittelbar«

31 Zur Geschichte der Treuhand insgesamt vgl. auch Dierk Hoffmann (Hg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022.

32 Vernehmung Orzschig, S. 148.

33 Zur Periodisierung der Protestbewegung vgl. Brunner, Transformation und Protest, S. 174.

34 »Marwari wollen in Schwarza schnell auf Erfolgskurs gehen«, OTZ, 30.01.1992.

35 Vernehmung Völkerling, S. 202.

36 Vernehmung Orzschig, S. 139.

37 Vgl. ebd., S. 191.

38 Vgl. Grosser, Treuhand in Thüringen, S. 198.

39 »Die Lage ist noch sehr kritisch«, OTZ, 16.04.1992.

40 Vgl. Vernehmung Völkerling, S. 224.

vor dem Verkauf an ihn herangetragen worden. Über Gespräche zur Privatisierung sei er zwar im August 1991 in Kenntnis gesetzt worden, den Abschluss selbst verhandelte jedoch Rolf Melcher, zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender, während Völkerling vor der Tür wartete. Nach zwei Stunden sei Melcher herausgekommen und habe gesagt: »So, der Vertrag ist fertig.«⁴¹ Trotz dieses zweifelhaften Vorgangs entschieden sich Gewerkschaft und Betriebsrat zunächst dafür, abzuwarten. Sie seien sich »auch als Belegschaft darüber im Klaren« gewesen, dass ein wenig Zeit vergehen müsse, damit etwaige Konzepte greifen könnten. »Die müssen angepaßt werden, die müssen eingepaßt werden; das war völlig logisch.«⁴²

Der Millionenbetrug und die ersten Proteste

Spätestens im März 1993 jedoch fing der Betriebsrat an daran zu zweifeln, »daß alles mit rechten Dingen zugeht«.⁴³ Auf einer Betriebsversammlung bestätigte ein Beauftragter der Dalmia-Gruppe nach mehrfacher Aufforderung, dass weder Investitionen getätigt worden seien, noch ein Sanierungskonzept existiere – die Zusage von 1.200 Arbeitsplätzen war damit hinfällig.⁴⁴ Stattdessen wuchs der Verdacht, dass etwa neun Millionen DM, die die Treuhandanstalt der Faser AG als Fördermittel hatte zukommen lassen, ins Ausland überwiesen worden waren. Ein Millionenbetrug? Als er die Eigentümer in der Aufsichtsratssitzung im März darauf ansprach, hätten sie erklärt, das Geld werde zurückgeholt, so Völkerling im Untersuchungsausschuss.⁴⁵

Betriebsrat und Gewerkschaft begannen vor dem Hintergrund der zum Scheitern verurteilten Privatisierung die Treuhandanstalt zum Eingreifen aufzufordern. In einem offenen Brief wandte sich Völkerling im Namen der Belegschaft direkt an deren Präsidentin Birgit Breuel.⁴⁶ Auch die Landespolitik war alarmiert. Ekkehard Dietze, Landtagsabgeordneter der SPD, sah Bundesfinanzminister Theo Waigel in der Pflicht. Es müsse sichergestellt werden, »daß nicht einer der letzten größeren Industriestandorte Ostthüringens einer möglicherweise unseriösen Firmenpolitik zum Opfer« falle, die Rücknahme der Faser AG durch die Treuhandanstalt müsse zumindest in Erwägung gezogen werden.⁴⁷ Neben den möglicherweise veruntreuten Fördergeldern entwickelten sich Unklarheiten über die Eigentumsverhältnisse zum zentralen Konfliktthema. Laut Kaufvertrag, den der Betriebsrat zu diesem Zeitpunkt noch nie gesehen hatte, war nicht die Dalmia-Gruppe

41 Ebd., S. 185 und 187.

42 Ebd., S. 202f.

43 Vernehmung Völkerling, S. 207.

44 Vernehmung Orzschig, S. 147.

45 Vgl. Vernehmung Völkerling, S. 194f.

46 »Beschäftigte der Faser AG wollen Klarheit über Besitzverhältnisse des Unternehmens«, OTZ, 18.06.1993.

47 Ebd.

neuer Eigentümer sondern die »21st Century Oil«, eine Tochterfirma der Dalmia-Gruppe, die nun Konkurs anmeldete.⁴⁸ Kurz vor der nächsten geplanten Aufsichtsratssitzung versammelte sich daher die Belegschaft. Die Forderungen waren eindeutig: Die Besitzverhältnisse müssten geklärt, die Liquidität gesichert und Investitionen getätigt werden. Gelingt dies nicht, befürchtete Völkerling gegenüber der Presse, müsse die Faser AG »über kurz oder lang die Produktion einstellen«. Deshalb beschloss die Versammlung am darauffolgenden Tag, mit einer kleinen Delegation nach Berlin zu fahren und anlässlich der dortigen Aufsichtsratssitzung zu demonstrieren.⁴⁹

Die Aufsichtsratssitzung am 23. Juni 1993 geriet zum Eklat. Vor Ort herrschte ein großes Durcheinander: »Es war eine helle Aufregung, auf dem Flur, im Raum, hin und her und her und hin«, so Völkerling, der davon überzeugt war, dass man ihn an diesem Tag »auf ganz seltsame Art und Weise« versucht hatte, »über den Tisch zu ziehen«.⁵⁰ Obwohl ihre Verträge erst im Mai verlängert worden waren, wollten die Dalmia-Brüder die beiden ostdeutschen Mitglieder im Vorstand ersetzen. Völkerling vermutete, dass mit den neuen Vorstandsmitgliedern eine stille Liquidierung vollzogen werden sollte. Deshalb stimmte er gemeinsam mit Werner Roth, dem zweiten Vertreter des Betriebsrats im Aufsichtsrat, gegen die Absetzung, die damit scheiterte. Wenige Minuten später wurden zur erneuten Überraschung aller Anwesenden die beiden Dalmias sowie einer ihrer Mitarbeiter wegen des Vorwurfs der Untreue vorübergehend festgenommen. Sie sollten den Vorstand der Faser AG angewiesen haben, die Fördermittel der Treuhandanstalt auf ein Konto in Malaysia zu überweisen.⁵¹ Zwar wurden alle drei schnell wieder entlassen, doch spätestens jetzt hatte der Konflikt eine internationale Dimension. Abgeordnete aus dem indischen Parlament forderten eine Entschuldigung für die Festnahme und warnten vor einem »Schatten auf den zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland«.⁵² Sanjay Dalmia fühlte sich gedemütigt und sah rassistische Motive hinter der Festnahme: »Wenn von sechs Aufsichtsratsmitgliedern einer Firma nur die beiden Inder herausgegriffen werden, dann können Sie Ihre eigenen Schlüsse ziehen.«⁵³

Bereits am Tag nach der geplatzten Aufsichtsratssitzung berief der Betriebsrat eine weitere Betriebsversammlung ein, um gemeinsam mit dem Vorstand von den Ereignissen in Berlin zu berichten und über Maßnahmen zu beraten. Die Beschäftigten begannen in der Folge, das Werkstor zu bewachen, damit keine Unterlagen oder Maschinen entwendet wurden. Auf ihrem Banner drückten sie ihre Angst vor der Betriebsschließung aus: »Die TFS ist kein Schrottladen. Laßt sie weiterleben!«⁵⁴ Für das bevorstehende Wochenende

48 »Großes Bangen um die Zukunft der Faser AG Schwarza«, OTZ, 15.06.1993.

49 »Faser-AG-Beschäftigte protestieren«, OTZ, 23.06.1993.

50 Vernehmung Völkerling, S. 208.

51 »Proteste bei Faser AG – Dalmia wieder frei«, OTZ, 25.06.1993.

52 »Faser soll zurück zur Treuhand«, OTZ, 01.07.1993.

53 »Dalmia macht Treuhandanstalt den Vorwurf der Demütigung«, OTZ, 02.07.1993.

54 »Indischer Eigner Dalmia will offenbar Vorstand der Thüringischen Faser AG Schwarza absetzen«, OTZ, 25.06.1993.

organisierten sie eine Unterschriftensammlung in Kaufhäusern und Fußgängerzonen. Am Montag dann sollte eine erste Demonstration vom Werk zum Rudolstädter Marktplatz ziehen. Ziel der Aktionen war, den Kaufvertrag zu annullieren und die Treuhandanstalt zur Rücknahme des Betriebes zu bewegen.⁵⁵ Laut Betriebsrat gingen über 5.000 Unterschriften ein, auch Solidaritätsbekundungen aus anderen Städten und Regionen seien dabei gewesen. Die Demonstration wurde mit etwa 1.000 Teilnehmer:innen zum Erfolg.⁵⁶

Die Festnahme der Dalmia-Brüder und ihres Mitarbeiters fungierte als Initialzündung für den Aufbau einer Protestbewegung zum Erhalt der Faser AG. Adressat der Forderungen war in dieser Anfangsphase des Protests vor allem die Treuhandanstalt. Schon wenige Tage nach dem Protestmarsch durch Rudolstadt zogen 800 Faser-Beschäftigte vor deren Zentrale in Berlin. Die Treuhandanstalt aber lehnte eine Klage gegen Dalmia zur Durchsetzung der Rücknahme-Forderung ab. Man befürchtete weitere »internationale Verwicklungen«.⁵⁷ Eine Woche nach der Aktion in Berlin berieten die Beschäftigten über mögliche Schritte und diskutierten auch eine Betriebsbesetzung.⁵⁸ Die Idee kam nicht von ungefähr. Fast zeitgleich zum Beginn der Rudolstädter Proteste waren einige der Kali-Kumpel in Bischofferode, die ihr Werk seit April besetzt hielten, in einen Hungerstreik getreten.⁵⁹

Eine erste positive Nachricht erreichte den Betriebsrat, als das Amtsgericht Gera der Forderung zweier Gläubiger stattgab und ein Konkursverfahren einleitete. Völkerling begrüßte diesen Schritt als »Chance den Betrieb zu erhalten«, da Dalmia damit den Zugriff auf den Betrieb verlor.⁶⁰ Erneut forderte er die Treuhandanstalt dazu auf, den Betrieb zurückzunehmen, mindestens aber sich an einer Auffanggesellschaft zu beteiligen. Letzteres hatte das Thüringer Wirtschaftsministerium vorgeschlagen. Auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung lehnte ein Beauftragter der Treuhandanstalt jedoch zur Empörung aller Anwesenden auch diesen Vorschlag ab. Unmittelbar nach der Versammlung blockierten deshalb mehr als 500 Beschäftigte spontan für eine halbe Stunde die nah am Werk gelegene Bundesstraße und sorgten so für riesige Staus.⁶¹

55 »Neue Widersprüche im Streit um die Faser AG Schwarza«, OTZ, 26.06.1993.

56 »Faser AG Arbeiter demonstrieren für ihre Arbeitsplätze«, OTZ, 29.06.1993.

57 »Faser-Mitarbeiter wollen kämpfen«, OTZ, 03.07.1993.

58 »Faser AG geht vermutlich in Konkurs«, OTZ, 05.07.1993.

59 Vgl. Rau, Hungern für Bischofferode.

60 »Konkursverfahren nun letzte Chance für die Faser AG«, OTZ, 07. Juli 1993.

61 »Schwarza: Bundesstraßen blockiert«, OTZ, 09.07.1993.

Die Faser AG im Aktionsbündnis »Thüringen brennt!«

Nicht nur der Betriebsrat und die IG CPK sowie die mit ihnen eng verbundene SPD⁶² standen im Sommer 1993 hinter der Forderung, die Treuhandanstalt solle die Faser AG zurücknehmen. Das Ineinandergreifen der Proteste in Bischofferode und Rudolstadt hatte sicherlich dazu beigetragen, dass der Konflikt um die Zukunft der Faser AG auch von der Landesregierung eng begleitet wurde. Noch im Juni 1993 hatte diese eine Arbeitsgruppe zur Rettung des Betriebes eingesetzt. Anfang Juli folgte eine Aussprache im Landtag. Alle Fraktionen forderten dabei die Treuhandanstalt zur Rücknahme des Betriebes auf, die auch Andreas Trautvetter (CDU), Minister in der Staatskanzlei, als den »einzig möglichen Weg zur Rettung des Unternehmens« bezeichnete.⁶³

Um den politischen Druck weiter zu erhöhen, entschied sich Völkerling, Kontakte zu anderen Betrieben aufzubauen. Die Treuhandanstalt müsse ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür wolle er »Massen auf die Beine bringen«. Doch die »einzelnen, um ihre Existenz ringenden Betriebe in Thüringen« seien »zu schwach«, um etwas zu bewegen. Daher brauche es gemeinsame Initiativen und Proteste. Bei einem ersten Treffen am 10. Juli waren Betriebsräte aus dem Suhler Jagdwaffenwerk, der Zellstoff- und Papierfabrik Blankenstein, dem Porzellanwerk Kahlo und dem bereits erwähnten Kaliwerk Bischofferode vor Ort. »Wir in Schwarz«, bot Völkerling an, »würden versuchen die Aktionen zu koordinieren«. Mit der überbetrieblichen Vernetzung rückte nun auch die Bundesregierung mehr in den Fokus des Protests. Es sei »Zeit für eine Kehrtwende« und damit auch »für ganz gezielte Aktionen in Richtung Bonn«.⁶⁴

Völkerling fungierte durch sein Bemühen um die Vernetzung der Betriebsräte zu diesem Zeitpunkt als Mitinitiator einer dann regionalen und betriebsübergreifenden Protestbewegung.⁶⁵ Inspiriert wurde er dabei nicht zuletzt durch die Betriebsbesetzung und den Hungerstreik in Bischofferode. Bei einer Mahnwache auf dem Rudolstädter Marktplatz im Juli forderte Völkerling einen Zusammenschluss »gegen den Ruin in der ostdeutschen Industrie« und stellte klar, dass die Belegschaft der Faser AG voll hinter dem Hungerstreik der »Kali-Kumpel« stehe und »außerordentliche Maßnahmen« wie diese auch in Schwarz a möglich seien.⁶⁶ Im Unterschied zu Bischofferode unterstützte die zuständige IG CPK im Fall der Faser AG die Initiativen der Belegschaft vollumfänglich. Auch der Landesvor-

62 Völkerling selbst war Mitglied der SPD und in verschiedenen Parteigremien aktiv. Vgl. Kädtler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 218. 1994 bewarb er sich sogar als Bürgermeisterkandidat der SPD in Rudolstadt. Diese unterstützte jedoch den damals amtierenden Bürgermeister Hartmut Franz (Freie Wähler). Völkerlings Aufstellung scheiterte knapp. Vgl. »SPD Rudolstadt für Kandidatur von Dr. Franz«, OTZ, 25.04.1994.

63 »Landesregierung: Treuhand steht bei Faser AG in Pflicht«, OTZ, 01.07.1993. Zur Rolle der Landespolitik in den Protesten gegen die Politik der Treuhandanstalt vgl. Rau, Bischofferode, S. 91–120.

64 »Faser AG steht nicht mehr allein«, OTZ, 10.07.1993.

65 Vgl. Kädtler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 218.

66 »Mahnwache für Erhalt der Faser AG Rudolstadt«, OTZ, 19.07.1993.

sitzende des DGB Frank Spieth lobte die »eindrucksvollen Aktionen« in Schwarza und sicherte seine »Solidarität im Kampf um den Erhalt Eurer Arbeitsplätze« zu.⁶⁷ Die Unterstützung beruhte wohl auch darauf, dass Völkerling unter den Betriebsräten für eine enge Bindung an die Gewerkschaften warb, da es in seinen Augen »vor allem auf eine möglichst breite Verankerung in der Bevölkerung und der Arbeitnehmerschaft ankomme«, die »nur mit den Gewerkschaften« zu erreichen sei.⁶⁸ Zu seinen Motiven befragt, führte Völkerling aus, er habe »eine Kraft« gesucht, »die die Einzelpositionen und die Probleme bündelt und die Führung übernimmt«, Ziel sei es gewesen »den DGB in eine neue Rolle zu drücken«, in der er »seine Zurückhaltung« aufgeben müsse.⁶⁹ Mit seiner Orientierung auf den DGB ging Völkerling auf Abstand zur »Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute«. Diese hatte sich im Juni 1992 gegründet und stellte den ersten Versuch dar, nach dem Ende der ersten Protestwelle 1991 betriebs- und branchenübergreifenden Protest zu organisieren. Insbesondere in die Auseinandersetzung in Bischofferode versuchte der Zusammenschluss zu intervenieren. Seitens der Gewerkschaftsführung fand die Initiative jedoch nur bedingt Unterstützung.⁷⁰ Der DGB war nicht bereit, sich auf die teils radikalen Forderungen und Aktionsformen der Initiative einzulassen, und fürchtete den wachsenden Einfluss linksradikaler Gruppen – eine Einschätzung, die Völkerling teilte. »Nicht der politische Rand sollte gestärkt, sondern in der ›Mitte‹ sollte Einfluß im Sinne einer anderen Politik genommen werden. [...] Das politische Ziel der Thüringer Initiative sollte sein, am Ende ordnungspolitisch etwas zu bewirken, Politikansätze zu schaffen, die umgesetzt werden können, d. h. nicht einfach negativ gegen etwas zu demonstrieren, sondern positiv für etwas einzutreten.«⁷¹ Dementsprechend unterstützte er im Namen des Aktionsbündnisses die Spaltung der Initiative infolge des Austritts einiger Betriebsräte. In einem Schreiben stellte er fest: »Das Thüringische Aktionsbündnis unterstützt den Schritt, den die Betriebsräte der ehemaligen Initiative ostdeutscher Betriebsräte und Personalräte gehen wollen. Nach unserer Auffassung ist die Trennung von sogenannten Unterstützern notwendig, da eine totale Vereinnahmung sowie eine Benutzung für fremde Interessen erkennbar war und ist.« Die Bündelung des Protests, so hieß es weiter, könne nur auf »verfassungsmäßiger Grundlage« vollzogen werden. »Sektiererei und Systemdebatten gefährden aber den sozialen Konsens«, der nötig sei, um eine »Wende in der Politik« herbeizuführen. Es sei »fatal, wenn die Vereinigung Deutschlands ein Ausgangspunkt für die Zerstörung des Sozialstaates Deutschland« werde.⁷²

67 Spieth an Völkerling, 14.07.1993 in: Gehrke, Dokumente Aktionsbündnis.

68 Kädler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 218 f.

69 Zitiert nach ebd., S. 220.

70 Zur Betriebsräteinitiative vgl. Rau, Verhandelte Wende, S. 439–485.

71 Kädler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 220.

72 Das Schreiben wurde auf einer Pressekonferenz am 17. Dezember 1993 verlesen, auf der der Austritt mehrerer Betriebsräte aus dem Bündnis verkündet wurde. Zitiert nach Martin Clemens: Kritische Bemerkungen zum Austritt einiger Betriebsräte auf der Pressekonferenz im DGB-Haus, Keithstr.1, Westberlin

Die klare Abgrenzung zur radikalen Linken hielt Völkerling gleichwohl nicht davon ab, den Druck, den Belegschaften, aber eben auch die Betriebsräte-Initiative erzeugt hatten, dafür zu nutzen, die Gewerkschaften erfolgreich zu einer offensiveren Vorgehensweise zu bewegen. Im Juli 1993 – gut drei Wochen nachdem die Beschäftigten in Rudolstadt die ersten Proteste organisiert hatten und die Kumpel in Bischofferode in den Hungerstreik getreten waren – nahm der DGB Thüringen die »neue Rolle« an und lud die Betriebsräte sowie die zuständigen Einzelgewerkschaften zu einem Treffen am 21. Juli 1993 in Erfurt ein. »Unser Ziel ist, die laufenden Aktivitäten zu bündeln, um landesweit den Druck für die geforderte aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik zu erhöhen«, hieß es in der Einladung. Für Ende Juli wurde bereits ein Aktionstag in Zella-Mehlis geplant.⁷³ Völkerling zeigte sich nach der Beratung zufrieden.⁷⁴ Zentral sei nun, dass »die interne Organisationsform« ihre »Flexibilität und Dynamik« behalte. »Deshalb muß das Prinzip, jeder ist Initiator und jeder ist Ausführer, erhalten werden.« Die Forderungen des Bündnisses richteten sich an drei Adressaten: Die thüringische Landesregierung, die »strukturpolitisch geordnet« eingreifen sollte, die Treuhandanstalt, die »alle internen Möglichkeiten« nutzen müsse, um »zu sanieren, zu erhalten und zu investieren«, und schließlich die Bundesregierung, die die Treuhandanstalt gegebenenfalls anweisen sollte, ihre Politik zu ändern. Auch das zentrale Anliegen Völkerlings wurde deutlich: »Schon privatisierte Betriebe müssen zurückgenommen werden, wenn das Privatisierungsziel nicht erreicht werden kann.«⁷⁵

Knapp 10.000 Beschäftigte aus den unterschiedlichen Betrieben kamen schließlich in Zella-Mehlis zusammen und richteten ihren Unmut nun vermehrt gegen die Landesregierung. Zu spüren bekam das Staatskanzlei-Minister Trautvetter, der während seiner Rede auf der Kundgebung ausgepiffen wurde, obwohl zuvor auch der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel in einem Fernsehinterview den Protest begrüßt hatte.⁷⁶ Die versammelten Beschäftigten aus ganz Thüringen verlangten von der Landesregierung, nicht nur die Forderungen der Belegschaften gegenüber der Treuhandanstalt zu unterstützen, sondern selbst weitere strukturpolitische Maßnahmen zu ergreifen sowie unter anderem für die Faser AG eine Landesbürgschaft in Millionenhöhe zur Sicherung der Liquidität zu übernehmen.⁷⁷

am 17. Dezember 1993, in: Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute, zusammengestellt und mit einem Vorwort versehen von Bernd Gehrke für den AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West, 2. korrigierte Auflage, Berlin 2017, S. 405.

73 Düber an Betriebsratsvorsitzende, 20.07.1993, in: Gehrke (Hg.), Dokumente Aktionsbündnis. Um einer Wiederbelebung oder Neugründung der Betriebsräte-Initiative zuvorzukommen, hatte Frank Spieth auch aus dem DGB-Bundesvorstand die Weisung bekommen, sich aktiv in die Protestbewegung einzumischen. Vgl. Rau, Verhandelte Wende, S. 481 f.

74 Vgl. Völkerling an die Mitglieder des Aktionsbündnisses, 22.07.1993, in: Gehrke (Hg.), Dokumente Aktionsbündnis.

75 Völkerling an die Mitglieder des Aktionsbündnisses, 22.07.1993, in: Gehrke (Hg.), Dokumente Aktionsbündnis.

76 »5000 Thüringer protestieren gegen Arbeitsplatzabbau«, OTZ, 05.08.1993.

77 Vgl. »Betriebsräte wollen Hilfe der Thüringer Landesregierung«, OTZ, 27.07.1993.

Die Gründung des Aktionsbündnisses wurde im August abgeschlossen. Wieder war es Völkerling, der die Bündnismitglieder über die neusten Absprachen informierte. Im Bündnis, so der Konsens, sollten Betriebsräte, Gewerkschaften und Kommunalpolitiker:innen gleichberechtigt zusammenarbeiten. Ihre gemeinsame Klammer sei das »Ziel, den sozialen Frieden und die politische Stabilität in Thüringen und im gesamten Osten aufrecht zu erhalten«. ⁷⁸ Zwar hatten verschiedene Kräfte an der Gründung mitgewirkt und der Zusammenschluss der Betriebe lässt sich sicher nicht auf eine Person zurückführen. Dennoch scheint Völkerling als Betriebsratsvorsitzender eine zentrale Rolle als Initiator und Architekt des Bündnisses gespielt zu haben. ⁷⁹ Die Art und Weise, wie das Aktionsbündnis vorging, trug eindeutig seine Handschrift: Aus der Perspektive des Betriebsrats bestand er auf der Einbeziehung der Belegschaft und zwang den DGB zumindest in Thüringen in eine »neue Rolle«. Als aktives SPD-Mitglied betonte er gleichzeitig seine Verfassungstreue und erteilte systemkritischeren und radikaleren Ansätzen eine Absage.

Mit dem Schritt zur überbetrieblichen Vernetzung entwickelte sich der Protest zu einer sozialen Bewegung. In der Verbindung der zuvor einzeln ausgetragenen betrieblichen Konflikte versuchte das Aktionsbündnis aus einer objektiven Gemeinsamkeit ein subjektives Gemeinschaftsgefühl – eine »spezifische Form der Solidarität« – zu entwickeln. Waren zuvor mangelnde Bemühungen des Investors oder der Treuhandanstalt um den eigenen Betrieb zentraler Gegenstand der Kritik gewesen, richteten sich die Forderungen nun mehr und mehr auch an die Politik auf Landes- und Bundesebene. Innerhalb der Treuhandanstalt war wenig Raum für die Interessen und Ansichten der Belegschaften und ihren unmittelbaren Vertretungen. Auch die Landesregierung nahm diese zunächst unzureichend zur Kenntnis. Das verstärkte den Eindruck, dass die eigenen Forderungen in den »etablierten Bahnen politischer Willensäußerung keinen Platz« fanden und führten zur Entscheidung im Bündnis, mit Protestformen zu agieren, die jenseits dieser Bahnen zu verordnen waren. ⁸⁰ Betriebliche Auseinandersetzung und gesellschaftspolitischer Konflikt gingen ineinander über.

Ab August 1993 begann das Aktionsbündnis, die Proteste der einzelnen Betriebe systematisch zu bündeln, indem man sich auf einen gemeinsamen und wiederkehrenden Termin einigte: dienstags, fünf vor zwölf. Die Protestform blieb den einzelnen Akteuren überlassen. Solange keine Gewalt angewendet wurde, so der Konsens im Bündnis, waren auch Aktionen des zivilen Ungehorsams möglich. »Mal eine Straße besetzen, oder mal eine Kreuzung besetzen oder mal sonst eine spektakuläre Aktion, das können

78 Schreiben von Völkerling »Offenes Thüringer Aktionsbündnis«, 05.08.1993, in: Gehrke (Hg.), Dokumente Aktionsbündnis.

79 Das bestätigt auch Bodo Ramelow, der in Völkerling einen der »Hauptakteure« sah. Vgl. Transkription Ramelow, S. 8.

80 Siehe Anmerkung 15.

wir durchaus begrüßen«, erinnerte sich Rolf Düber, damals DGB-Sekretär in Erfurt.⁸¹ Der erste gemeinsame Dienstagsprotest fand am 17. August 1993 statt. Beschäftigte der Faser AG blockierten die werksnahe Bundesstraße. Aktionen gab es laut DGB auch in Altenburg, Gera, Kahla, Jena, Nordhausen, Suhl, Zella-Mehlis, Gotha, Erfurt, Meiningen und Weimar.⁸² Noch bevor die erste Aktion stattgefunden hatte, zeigte der Protest Wirkung. In einem Gespräch zwischen Vertreter:innen des Bündnisses und Ministerpräsident Vogel am 16. August sagte letzterer Hilfen zu.⁸³ Eine Woche später beteiligten sich thüringenweit erneut über 3.000 Menschen an den Aktionen des Bündnisses. In Schwarztaunus entschieden sich etwa 200 Beschäftigte für das nun schon bekannte Format der Straßenblockade.⁸⁴ Wieder folgten gute Nachrichten: Von Wirtschaftsminister Jürgen Bohn (FDP) erhielt das Bündnis die Zusage für einen Sofortkredit über zehn Millionen DM und eine Landesbürgschaft für die Faser AG. Die Liquidität war somit vorerst gesichert. Der Protest aber ging weiter. Auch am dritten Dienstag nahmen landesweit über 3.000 Menschen an den »5 vor 12«-Aktionen teil.⁸⁵

Das Aktionsbündnis sollte noch bis in den November 1993 jeden Dienstag Aktionen durchführen, bevor der DGB vergeblich versuchte, über ein Volksbegehren die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Erhalt der »industriellen Kerne« in ganz Thüringen zu sichern.⁸⁶ Immer wieder trafen sich die Belegschaften der einzelnen Betriebe zu gemeinsamen Aktionen. Die Belegschaft der Faser AG hielt dabei weiter an dem Format der halbstündigen Straßenblockade fest.⁸⁷

Standortsicherung statt Unternehmensrettung

Der drohende Arbeitsplatzverlust vereinte die Belegschaft. Gleichwohl waren die Beschäftigten nicht alle im selben Maß vom Umbruch betroffen. Auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen machte etwa eine Beschäftigte im Interview mit der Presse aufmerksam: »Gerade für die älteren Frauen und Alleinstehenden wird es schwer. Wir verdienen ja nicht so viel, sind zum Teil sogar heruntergestuft worden. Mit 1.500 DM im Monat kann man allein kaum noch überleben« – und andere Arbeit in der Region gebe es für sie nicht.

81 Transkription Düber, S. 15.

82 »In ganz Thüringen Protestmeetings des Aktionsbündnisses«, OTZ, 18.08.1993.

83 »Vogel sichert Krisen-Betrieben Landeshilfen zu«, OTZ, 17.08.1993.

84 »Arbeitnehmer protestieren im ganzen Land«, OTZ, 25.08.1993.

85 »Osthüringer Gewerkschafter protestieren erneut gegen massiven Arbeitsplatzabbau«, OTZ, 01.09.1993 und »SPD-Parlamentarier unterstützen voll das Aktionsbündnis«, OTZ, 02.09.1993.

86 Die erforderlichen 280.000 Unterschriften für die nächste Stufe des Volksbegehrens für ein »Aufbauprogramm Thüringen 2000« wurden deutlich verfehlt. Vgl. »Geschlagen geben wir uns nicht«, OTZ, 23.06.1994. Damit endete schließlich auch die Arbeit des Aktionsbündnisses nach insgesamt einem Jahr. Vgl. Kädler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 228.

87 Vgl. etwa »Faser AG wehrt sich gegen weiteren Arbeitsplatzabbau«, OTZ, 10.09.1993 und »Proteste gegen Arbeitsplatzabbau«, 15.09.1993.

Ebenfalls frustrierend sei die Lage für diejenigen, die schon 1990 ihre Arbeit verloren hatten: »Die ersten, die hier raus sind, haben keine müde Mark gesehen.« Abgebaut werde immer bei den Kleinen, nie bei den Großen, sodass die Region nun vor einer ungewissen Zukunft stehe.⁸⁸

Der Standort Rudolstadt-Schwarza hatte für die ganze Region Ostthüringen eine zentrale, strukturelle Bedeutung. Diesen zu sichern, rückte ab August 1993 daher in den Fokus der Proteste. »Thüringen kann nicht nur von Bratwurstbuden leben«, so die saloppe Zusammenfassung eines Anlagenfahrers.⁸⁹ Dass die Sicherung des Standorts eine »zentrale Frage« für die Region war, sah Völkerling durch die große Resonanz der Proteste in der Landespolitik bestätigt. Der Ministerpräsident habe sowohl ihm gegenüber als auch öffentlich erklärt, der Standort biete eine Perspektive für die Region.⁹⁰ Die Einigkeit zwischen der betrieblichen Interessenvertretung und der Landesregierung muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Architektur der Treuhandanstalt verstanden werden. Beide konnten »keinen direkten Einfluss« auf deren Entscheidungen ausüben. Die noch im Juli 1990 diskutierte Gründung von Treuhand-Aktiengesellschaften, die dem bundesdeutschen Mitbestimmungsgesetz unterlegen hätten, hatte Breuels Vorgänger Rohwedder gestoppt. So entstand ein »Defizit an Demokratie«, das die Proteste beförderte.⁹¹ Der ungewöhnlich breiten Allianz aus Belegschaft, Betriebsrat, Gewerkschaft, Kommunalpolitik und Landesregierung stand letztlich vor allem die Treuhandanstalt gegenüber.

Ende September 1993 legte der Konkursverwalter Winfried Andres ein erstes Gutachten vor. Nach Einsicht des Kaufvertrags und eigenen Recherchen sah dieser den Betrug durch die Dalmia-Gruppe als bewiesen an. Eine Anzeige und weitere Ermittlungen folgten. Das Gutachten enthielt auch ein Sanierungskonzept, das vorsah, 700 Arbeitsplätze im produzierenden Bereich zu erhalten. Als Voraussetzung dafür galten Investitionen seitens der Landesregierung sowie die vorübergehende Rücknahme des Betriebes durch die Treuhandanstalt. Letztere kündigte daraufhin an, das Konzept innerhalb von zehn Tagen prüfen zu wollen.⁹² Der Betriebsrat gab sich zuversichtlich, die Zahl der Arbeitsplätze noch nach oben hin korrigieren zu können, und versuchte, im Vorfeld der Entscheidung den politischen Druck noch einmal zu erhöhen.⁹³ In einem Brief an Breuel warnte sogar der Bundesvorsitzende der IG CPK Hermann Rappe – selbst Mitglied im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt – vor »schwierigen Auseinandersetzungen«, sollte eine Entscheidung zu Ungunsten der Faser AG fallen.⁹⁴ Dennoch verschob die Treuhandanstalt ihre Ent-

88 »Faser AG hängt am seidenen Faden«, OTZ, 19.08.1993.

89 Ebd.

90 Vgl. Vernehmung Völkerling, S. 225.

91 Jörg Roesler: Nur den Anforderungen des Marktes verpflichtet? Autokratische Züge und demokratische Ansätze der Treuhandprivatisierung, Deutschland Archiv 07.03.2011, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/54068/treuhandprivatisierung> (zuletzt 11.05.2023).

92 »Faser AG: Treuhand offenbar getäuscht«, OTZ, 24.09.1993.

93 »Sanierungskonzept: Faser AG schreibt 1998 schwarze Zahlen«, OTZ, 29.09.1993.

94 »Betriebsrat droht mit massiven Protesten«, OTZ, 12.10.1993.

scheidung um eine weitere Woche – mit entsprechender Reaktion aufseiten des Betriebsrats. Eine weitere Verschiebung würde die Belegschaft »nicht ohne spektakuläre Gegenwehr« hinnehmen. »Am 21. Oktober muß eine endgültige Entscheidung für die TFS fallen. Ansonsten brennt das Saaletal.«⁹⁵

Die Investitionen in die überbetriebliche Vernetzung als »Fortsetzung der Betriebsarbeit mit besonderen Mitteln«⁹⁶ machten sich jetzt bezahlt. Das Bündnis plante für den mittlerweile neunten Dienstag mit dem »GegenZUG« eine besondere Aktion. In Eisenach startend, sollte ein Zug über Meiningen und Sonneberg eine von der Presse begleitete Delegation zur großen Kundgebung vor der Faser AG bringen. Insgesamt fanden etwa 250 Betriebsräte und Beschäftigte sowie Verantwortliche aus der Politik im Zug Platz. Zu den Kundgebungen kamen insgesamt rund 3.500 Menschen, allein in Rudolstadt versammelten sich 2.000.⁹⁷ Ihr Motto: »Gegen Arbeitsplatzvernichtung. Gegen Sozialabbau. Gegen Resignation und Politikverdrossenheit – Ein Zug in eine bessere Zukunft! Für die Wende in der Politik!«⁹⁸ Nun schienen sich die Verantwortlichen in der Treuhandanstalt zu bewegen. Obwohl sie die Rücknahme des Betriebes weiterhin ablehnten, zeigten sie sich bereit, gemeinsam mit dem Betriebsrat an einer Lösung zu arbeiten.⁹⁹

Die Beschäftigten führten den Protest für ihre Arbeitsplätze dennoch fort.¹⁰⁰ Die Entscheidung über die Zukunft der Faser AG wurde schließlich auf der Gläubigerversammlung Ende November getroffen. Diese beschloss zwar einerseits, dass die Faser AG zum 30. Juni 1994 die Produktion einstellen und als Unternehmen verschwinden würde. Der Standort aber sollte durch die Ansiedlung neuer Unternehmen erhalten bleiben. Auch das Stadtparlament Rudolstadt kam bei einer Sondertagung im Dezember 1993 zu dem Schluss, dass die Konzepte zum Erhalt der Faser AG als Ganzes gescheitert waren. »Die Faser AG ist tot – es lebe der Industriestandort«, so das Fazit.¹⁰¹

Der Jahresbeginn 1994 war entsprechend von Gesprächen mit neuen Investor:innen geprägt. Aufseiten der Belegschaft fürchtete man weiterhin, die Landesregierung würde ihre Zusagen nicht einhalten.¹⁰² Bei einer Demonstration vor dem Werkstor verabschiedeten die Beschäftigten einen weiteren Brief an Ministerpräsident Vogel und forderten ihn auf, Klarheit über den Flächenerwerb zu schaffen.¹⁰³ Tatsächlich dauerte es noch bis zum Juni 1994, ehe die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) die Flächen der Faser AG

95 »TFS-Belegschaft bekräftigte Forderungen an Treuhand«, OTZ, 16.10.1993.

96 Kädler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 218.

97 »Über 2000 protestieren in Rudolstadt«, OTZ, 20.10.1993.

98 Flyer für Aktion »GegenZUG«, in: Gehrke (Hg.), Dokumente Aktionsbündnis.

99 Vgl. »Gespräche zur Faser AG werden fortgeführt«, OTZ, 23.10.1993.

100 Vgl. »Rund 3000 Thüringer an Protesten gegen Arbeitsplatzabbau beteiligt«, OTZ, 03.11.1993 und »Faser AG: Druck durch Aktionen«, OTZ, 16.11.1993.

101 »Die TFS geht – Neue sind schon da, Industriestandort Schwarzta rückt nun in den Vordergrund«, OTZ, 23.12.1993.

102 Vgl. »Landesregierung soll bis Mitte März Flagge zeigen«, OTZ, 03.03.1994.

103 »Demo vor Faser AG fordert: Land soll zur Tat schreiten«, OTZ, 04.03.1994.

übernahm. Erst jetzt war der Standort endgültig gesichert.¹⁰⁴ Ab Juli 1994 führten unterschiedliche Unternehmen die einzelnen Abteilungen weiter.¹⁰⁵ 635 der knapp 1.000 verbliebenen Beschäftigten konnten damit unmittelbar nach der Liquidierung der Faser AG am selben Ort weiterarbeiten.

Schon wenige Jahre später galt die Standortsicherung als gelungenes Beispiel eines industriellen Strukturwandels. Früher sei Schwarza »ein ökologischer Schandfleck auf der Landkarte« gewesen, hieß es im deutschen Pavillon bei der EXPO 2000. Nun hätte sich die Region »von den Sünden der Chemie-Industrie« erholt und den Standort zu einem »modernen Industriepark« entwickelt.¹⁰⁶ Tatsächlich stieg die Zahl der Arbeitsplätze wieder ein wenig an und pendelte sich bei etwa 1.200 Beschäftigten in heute 43 Unternehmen ein.¹⁰⁷ Der langjährige Wirtschaftsminister Thüringens, Frank Schuster, führte diese insgesamt positive Entwicklung rückblickend auf die Politik der Landesregierung zurück. »Nur durch die Integrierte Standortentwicklung der LEG ist es gelungen, diesen alten Industriestandort wieder zukunftsfähig zu gestalten.«¹⁰⁸ Für Bodo Ramelow hingegen war der Erhalt des Standortes eher ein Erfolg der Proteste: »Das Faserwerk, der Kampf hat länger gedauert. Und erfolgreich: Das Faserwerk produziert ja.« In seinen Augen hatte das Aktionsbündnis daran einen entscheidenden Anteil: »Wir haben ein Ergebnis erreicht, was die Transformation verbessert hat.«¹⁰⁹ Auch Kädtler, Kollwitz und Weinert deuteten 1997 die »Bildung landeseigener Trägergesellschaften für die Teile des schließlich liquidierten Betriebes, denen separate Privatisierungschancen in absehbarer Zeit eingeräumt wurden«, als Erfolg der Aktionen, da es sich um eine Forderung handelte, gegen die »sich die Landesregierung zunächst hartnäckig gesperrt hatte«.¹¹⁰

Insgesamt deutet vieles darauf hin, dass die Landesregierung ohne den Druck der Proteste nicht dieselbe Politik verfolgt hätte. Innerhalb eines Dreivierteljahres organisierten die Beschäftigten und ihre Verbündeten – allen voran der Betriebsrat – mehr als 20 Protestaktionen und versuchten mittels offener Briefe und Petitionen, einer Reihe von Demonstrationen, Kundgebungen und wöchentlichen Straßenblockaden erst ihren Betrieb und dann zumindest noch den Standort zu sichern. Von den etwa 6.300 Arbeits-

104 »Vertrag sichert Faser-Industriestandort«, OTZ, 02.06.1994.

105 Die Polyesterherstellung wurde von der Polymer und Filmend GmbH Rudolstadt fortgeführt und beschäftigte 300 Menschen, die Schwarza-Faser-GmbH übernahm mit 173 Beschäftigten die Viskosefertigung. In einer »Gesellschaft für Ingenieurdienstleistung« kamen weitere zwölf Beschäftigte unter, im Kraftwerk 80 und etwa 60 bis 70 in Dienstleistungsbereichen. Für 374 nun ehemalige Faser-Beschäftigte ging es in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die unter anderem aus Sanierungsarbeiten am Standort bestanden. Vgl. »Neue Arbeit für Beschäftigte der Faser AG«, OTZ, 25.06.1994.

106 Website des deutschen Pavillons bei der EXPO 2000, <http://dp.expo2000.de/weltweitprojekte/wp01-27.html> (zuletzt 23.11.2020).

107 Vgl. Website der LEG, <https://www.standortmanagement-thueringen.de/ueber-uns/referenzprojekte/rudolstadt-schwarza/> (zuletzt 06.05.2020).

108 Schuster, Thüringens Weg, S. 194.

109 Transkription Ramelow, S. 4.

110 Kädtler/Kollwitz/Weinert, Betriebsräte, S. 227.

plätzen 1989 konnten sie auf längere Sicht dennoch nur 1.200 erhalten. Auch den Betrieb als Ganzes mussten sie aufgeben. Das erklärte politische Ziel vom Sommer 1993 aber, den Industriestandort zu sichern, erreichten sie.

Schluss

Nachdem die Treuhandanstalt die Faser AG übernommen hatte, setzten sowohl Betriebsrat und Gewerkschaft als auch die Landesregierung auf eine schnelle Privatisierung. In dieser sah man lagerübergreifend die einzige Chance für eine Zukunft des Betriebes. Die Entlassungen im ersten Jahr nach der Übernahme, die immerhin fast die Hälfte der Belegschaft betrafen, versuchte der Betriebsrat zu bremsen und abzufedern. Für größere Proteste sorgten sie in Rudolstadt-Schwarza indes nicht. Der folgende Verkauf der Faser AG an die Dalmia-Gruppe im Oktober 1991 erwies sich rückblickend als Fehler. Anstatt in den Betrieb zu investieren, zog der scheinbare Investor Kapital ab und verschärfte so die prekäre Lage. Der Millionenbetrug verhalf Rudolstadt kurzfristig zu internationaler Bekanntheit. Vor allem aber fungierte er als Initialzündung für den Aufbau einer Protestbewegung. In dessen Zentrum stand der Betriebsratsvorsitzende der Faser AG, Jürgen Völkerling, der zunächst die lokalen Proteste vorantrieb und wenig später zum Architekten des Aktionsbündnisses »Thüringen brennt!« wurde, in dem der DGB nach der Erfahrung von Bischofferode offensiver agierte. In einer monatelangen Auseinandersetzung um Gelder und Zuständigkeiten gelang es den Protesten, die Landesregierung dazu zu bewegen, selbst Millionen in den Standort zu investieren und so anstatt der Faser AG insgesamt zumindest Arbeitsplätze in einem Industriepark zu sichern.

Die Geschichte des Konfliktes um die Zukunft der Thüringer Faser AG zeigt damit, dass seitens der Belegschaften, der Betriebsräte und der Gewerkschaften neben der Niederlage von Bischofferode – dem noch bekanntesten Beispiel der insgesamt wenig erinnerten ostdeutschen Protestbewegung – auch mit relativem Erfolg um Einfluss auf die Transformation gerungen wurde. Diese wurde im vorgestellten Fall vor allem deshalb entscheidend von gewerkschaftlichem Handeln und betrieblichem Protest beeinflusst, weil Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft gemeinsam vorgingen. Sie reagierten damit auch auf vorangegangene Niederlagen. Völkerling erkannte, dass die Betriebe einzeln und ohne gewerkschaftliche Unterstützung zu schwach waren, und warb für einen Zusammenschluss. Angesichts des Drucks aus den Betrieben und vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus Bischofferode korrigierte daraufhin der DGB in Thüringen seine zurückhaltende Linie in Teilen und erklärte sich bereit, den Protest zu bündeln, politisch zu rahmen und als soziale Bewegung weiterzuentwickeln. So wurde der betriebliche Konflikt in einen gesellschaftlichen Richtungskonflikt eingebettet und die Landesregierung letztlich zum Einlenken bewegt. Zwar verschaffte die Standortsicherung nur rund einem Sechstel der ursprünglichen Belegschaft Perspektiven. Für die Region insgesamt war der Erhalt von 1.200 Arbeitsplätzen gleichwohl ein Erfolg.

Die Auseinandersetzung mit Transformationsprozessen auf lokaler und regionaler Ebene eröffnet so neue Einsichten in die komplexen Konfliktkonstellationen im postrevolutionären Übergang. Ihr Ausgang war wie im vorgestellten Fall durchaus offen und damit Gegenstand heftiger gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, deren Verständnis von großer Bedeutung für die historische Transformationsforschung ist. Denn erst auf dieser konkreten Ebene ist es möglich, die Millionen ostdeutschen Beschäftigten als »handelnde Subjekte mit all ihren Erfolgs- und Misserfolgserfahrungen«¹¹¹ wahrzunehmen und ihren Einfluss auf die Geschichte der bundesdeutschen »Transformationsgesellschaft«¹¹² zu vermessen.

Der Prozess der Abwicklung einer ganzen Volkswirtschaft bleibt in der neueren deutschen Geschichte zwar bis auf Weiteres einmalig. Gleichwohl deuten sich im Kontext des notwendigen ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft zahlreiche und tiefgreifende Transformationskonflikte in den Kernbereichen des deutschen Industrie- und Wirtschaftsmodells an, die die kommenden Jahre und wohl auch Jahrzehnte prägen werden und nicht nur in Ostdeutschland politische Sprengkraft enthalten.¹¹³ Die Gewerkschaften und die politischen Akteure, die sich ihnen verbunden fühlen, sind angesichts der Erfahrung der Transformation Ostdeutschlands daher gut beraten, eine »selbstkritische Erinnerungsarbeit« zu leisten, in der die Erfahrungen der Vergangenheit zu einer »Mobilisierungsressource« für gewerkschaftliche Erneuerungsprozesse der Gegenwart entwickelt werden können.¹¹⁴ Zumindest wäre dies ein hilfreicher Schritt, um im Sinne der Belegschaften Einfluss auf die kommenden Umbrüche zu nehmen.

111 Brunner, Mitbestimmung und Protest, S. 104.

112 Michael Schwartz: Transformationsgesellschaft. DDR-Geschichte im vereinigten Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 69. Jahrgang, Heft 2, April 2021, S. 346–360.

113 Vgl. dazu aus soziologischer Perspektive Klaus Dörre, Madeleine Holzschuh, Jakob Köster, Johanna Sittel (Hg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt am Main 2020.

114 Rau: Bischofferode, S. 240–241.

Transformation der Automobilindustrie Ostdeutschlands

Soziale Ungleichheiten im Umbruchprozess am Beispiel Eisenach

Die Stadt Eisenach zählt zu den ältesten Standorten der Automobilproduktion in Deutschland. Seit 1898 werden am Fuße der Wartburg ununterbrochen Fahrzeuge hergestellt. Die Geschichte der Fabrik war geprägt durch zwei Weltkriege, wirtschaftliche Rezessionen sowie durch die gut 40 Jahre andauernde SED-Diktatur und letztlich ebenso durch die »Friedliche Revolution« 1989. Der VEB Automobilwerk Eisenach (AWE) war seinerzeit neben dem VEB Sachsenring Zwickau eines der beiden Automobil-Herstellungswerke in der DDR und zugleich größter Arbeitgeber im Kreis Eisenach. Im Jahr 1989 waren in dem Betrieb gut 10.000 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Mit dem 1989 eingeläuteten Ende des Staatssozialismus veränderten sich – neben sozialpolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen – auch bestehende soziale Ungleichheiten, die in diesem Beitrag im Fokus stehen. Dabei soll im zweiten Teil die Rolle der Gewerkschaft in den Blick genommen werden – wie sich diese einerseits selbst wandelte und andererseits, welche Aufgaben sie in der Transformationsphase in Eisenach übernahm.

Soziale Ungleichheiten in der DDR

Die DDR sah sich in ihrem ideologischen Selbstverständnis und mit der Überwindung kapitalistischer Verhältnisse als sozial homogene Gesellschaft ohne soziale Differenzierung.¹ Erwerbsarbeit stellte im SED-Staat einen zentralen Faktor für gesellschaftliche Teilhabe dar. Vor allem diejenigen, die aktiv im Erwerbsleben standen, profitierten bis zuletzt von den verschiedenen Versorgungs- und Betreuungsangeboten der Volkseigenen Betriebe (VEB), die im sozialpolitischen Arrangement eine besondere Rolle einnahmen. Im Leben der Mitarbeiter:innen besaßen die Arbeitsorte in der DDR einen großen Stellen-

1 Christoph Lörke: »Soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit«: Kinderreiche Familien in der DDR, www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/206153/soziale-ungleichheit-und-soziale-ungerechtigkeit-kinderreiche-familien-in-der-ddr (zuletzt am 22.05.2023).

wert, denn sie übernahmen die Vermittlung und die Verteilung sozialpolitischer Teilhabe.² Sie fungierten als natürliche Schnittstelle zwischen dem SED-Staat und der berufstätigen Bevölkerung. Entgegen dem Versprechen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) waren zu allen Zeiten Personen außerhalb von regulären Arbeitsverhältnissen in der DDR-Gesellschaft sozial benachteiligt. Aber auch innerhalb der Betriebsbelegschaften gab es deutliche Unterschiede. Die Kompetenzen der Betriebe reichten damit weit über die reinen Lohn- und Gehaltszahlungen hinaus, womit sie Produzenten sozialer Ungleichheiten waren. Historisch und definitorisch wird soziale Ungleichheit zumeist an den Polen Armut und Reichtum gemessen. Im Selbstbild der DDR galten diese extremen Erscheinungsformen allerdings als fremd und dem Kapitalismus zugehörig. Soziale Ungleichheit ergab sich in der DDR zum Beispiel durch das Geschlecht, durch (ethnische/religiöse) Herkunft, aber auch durch die Position in der Gesellschaft, das Alter oder die körperliche Verfasstheit und die politische Loyalität gegenüber der Staatspartei.³

Soziale Ungleichheiten wurden im Prozess der Deutschen Einheit transformiert. Der mitunter markante Wandel lässt sich anhand der Betrachtung verschiedener Beschäftigungsgruppen und Akteur:innen vor und nach der »Friedlichen Revolution« nachvollziehen. Im Folgenden möchte ich mich dabei auf den weiblichen Teil der Belegschaft fokussieren.

Frauen in der Automobilproduktion

Die »Wende« beeinflusste nicht nur politische oder wirtschaftliche Aspekte, sondern prägte auch auf nachhaltige Weise soziale Ungleichheitsverhältnisse. Grundsätzlich lassen sich für bestimmte Beschäftigungsgruppen nicht nur Verbesserungen, sondern auch Kontinuitäten und teils Verschlechterungen beobachten.⁴ Berufstätige Frauen waren besonders von Verschlechterungen und teilweise sogar von neuen (Armuts-)Risiken betroffen. Infolge des Mauerfalls und in der Transformationsphase verschlechterten sich ihre Erwerbschancen deutlich und sie wurden schnell zu den »Wendeverlierer:innen«.⁵ Dies traf auch für einen Großteil der weiblichen Betriebsangehörigen im Automobilwerk Eisenach (AWE) zu, denn vor dem Mauerfall 1989 waren immerhin gut 20 Prozent der Beschäftigten Frauen.

2 Rüdiger Hachtmann: Rationalisierung, Automatisierung, Digitalisierung. Arbeit im Wandel, in: Frank Bösch (Hg.): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Bonn 2015, S. 195–237, S. 199.

3 Jens Gieseke: Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: *Zeithistorische Forschung/Studies in Contemporary History* 2010/2, 2013, S. 171–198.

4 Christoph Lörke: Von alten und neuen Ungleichheiten. »Armut« in der Vereinigungsgesellschaft, in: Thomas Großbölting/Christoph Lörke (Hg.): *Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft*, Stuttgart 2017, S. 271–294, S. 279.

5 Ebd., S. 281.

Schon vor dem Mauerfall existierten für Frauen in DDR-Betrieben – und folglich auch im AWE – intersektionale soziale Ungleichheiten. Die postulierte allumfassende Gleichstellung sollte bis 1989 nicht erreicht werden. Nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes standen vor allem Frauen vor Zukunftsängsten. Der Verlust des betrieblichen Betreuungsangebotes für Kinder und sonstiger sozialer Versorgungsleistungen (Verkaufsstellen im Betrieb, Feriendienst oder die gesundheitliche Betreuung), die bisher über die Betriebe bereitgestellt worden waren, wurden schnell zum Hauptproblem, denn dadurch wuchs die Schwierigkeit, Erwerbstätigkeit und Familienarbeit weiter miteinander vereinen zu können.⁶ Dazu kamen weitere Aspekte, wie die an den Arbeitsplatz gekoppelten Leistungen: Prämien, Wohnungsvergabe, subventionierter Nahverkehr und das Kantinenessen in den Betrieben. Auch wenn sich viele dieser sozialpolitischen Leistungen nicht ausschließlich an die weiblichen Beschäftigten richteten, wurden diese jedoch damit in Bezug auf die besagte Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit, Haushaltsführung und Versorgung der Familie deutlich entlastet. All diese Vergünstigungen, die an eine Beschäftigung in einem Großbetrieb gekoppelt waren, verschwanden zum Großteil infolge von Währungsunion und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Für Frauen hatte dies ungleich negativere Folgen als für die Männer.⁷

Nicht nur Frauen insgesamt, vor allem Alleinerziehende und ältere berufstätige Frauen waren in der Transformationsphase von neuen Ungleichheiten und Armut stärker betroffen.⁸ Rentner:innen waren bereits vor der politischen Wende 1989 besonders von Altersarmut betroffen, Frauen jedoch weit häufiger als Männer, weil ihre Arbeitsverhältnisse in der DDR von weniger Wochenarbeitszeit und weniger Erwerbsjahren geprägt waren. Insbesondere bei einem Bezug von Mindest- oder Witwenrente konnte es zu teils massiven sozialen Problemen kommen. Auch wenn sich die soziale Lage der Rentner:innen nach 1989 in den ostdeutschen Ländern insgesamt verbesserte, entstanden für Frauen mit der Übertragung des bundesdeutschen Rentenrechts auf die ostdeutschen Länder neue Ungleichheiten, denn die Freistellungen für Kindererziehungszeiten fanden dort zunächst keinen Eingang (Mütterrente). Auch der Beziehungsstatus hatte Einfluss auf soziale Ungleichheitsverhältnisse nach 1989/90.⁹ Grund hierfür war, dass der bundesdeutsche »Versorgungsausgleich« für geschiedene Frauen zunächst nicht für ostdeutsche Frauen galt, sodass Männer bis einschließlich zum 31. Dezember 1991 für ihre geschiedenen Ehefrauen keinen finanziellen Ausgleich zahlen mussten.

6 Anna Kaminsky: Frauen in der DDR, Erfurt 2014, S. 119.

7 Ebd., S. 120; Gisela Müller: Sozialisation und Identität von Frauen in der DDR – Voraussetzungen für die Bewältigung von Arbeitslosigkeit, in: Thomas Kieselbach/Peter Voigt (Hg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR, Weinheim 1992, S. 152–169, S. 167.

8 Lorke, Von alten und neuen Ungleichheiten, S. 280f.

9 Christoph Lorke: Die Einheit als »soziale Revolution«, www.zeitgeschichte-online.de/themen/die-einheit-als-soziale-revolution (zuletzt am 22.05.2023); Lorke, Von alten und neuen Ungleichheiten, S. 280.

Die finanziellen Unterschiede zwischen den Ost- und Westrenten sollten schrittweise abgebaut werden, beispielsweise durch das 1991 verabschiedete Rentenüberleitungsgesetz.¹⁰ Bedingt durch die Arbeitsverhältnisse in der DDR waren Frauen weniger in der Lage, die durch den Arbeitsplatzverlust verbundenen finanziellen Verluste auszugleichen.¹¹ Ostdeutsche verfügten insgesamt über weniger finanzielle Rücklagen und Vermögen sowie Wohneigentum, was das Armutsrisiko erhöhte, denn neben Arbeitsplatzverlusten und veränderten Arbeitsverhältnissen stiegen die Kosten für Lebenshaltung und Mieten nach der »Wiedervereinigung« deutlich an.¹²

Die Einheit Deutschlands brachte für viele Frauen größere Schwierigkeiten und deutlich höhere Risiken als für Männer, (dauerhaft) arbeitslos zu werden (und für unbestimmte Zeit zu bleiben).¹³ Die höhere Arbeitslosenquote von Frauen war kein alleiniges Resultat von höheren Entlassungsquoten, sondern ein Ergebnis von geringeren Chancen gegenüber Männern, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.¹⁴ Mit der Stilllegungs- und Abwicklungswelle der ostdeutschen Betriebe durch die Treuhandanstalt waren Frauen überdurchschnittlich von Entlassungen betroffen. Dies betraf, so bilanzierte es die IG Metall für Eisenach, vor allem junge Frauen und alleinerziehende Mütter.¹⁵

Schon im August 1990, als im AWE die ersten Veränderungen der Personalstruktur durchgesetzt wurden, vermeldete die *Südthüringer Zeitung*, dass die Arbeitslosenquote in Eisenach auf 5,4 Prozent angestiegen sei und sich zum September auf fast sieben Prozent erhöhen dürfte. Der Frauenanteil unter den Betroffenen wurde zu dieser Zeit auf etwa 60 Prozent beziffert; vor allem junge Frauen, alleinerziehende Frauen, und Menschen mit Behinderungen wurden als »besonders betroffen« herausgestellt.¹⁶ Diese Zunahme und der hohe Anteil weiblicher Beschäftigter unter den Arbeitslosen lässt sich für das AWE dahingehend verstehen, dass schon nach dem Mauerfall und bis in die Sommermonate hinein zunächst der Verwaltungsapparat im Werk abgebaut wurde, in dem – wie es in anderen DDR-Betrieben ebenfalls üblich war – durchschnittlich mehr Frauen als Männer arbeiteten.

10 Heike Schimkat: Alter(n) und Alterssicherung von Frauen in der DDR und im Transformationsprozess, 21.09.2020, www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/altern-und-alterssicherung-von-frauen-der-ddr-und-im-transformationsprozess (22.05.2023).

11 Thomas Kieselbach: Massenarbeitslosigkeit und Gesundheit in der Ex-DDR: Soziale Konstruktion und individuelle Bewältigung, in: Thomas Kieselbach/Peter Voigt (Hg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR, Weinheim 1992, S. 43–72, S. 70.

12 Lorke, Von alten und neuen Ungleichheiten, S. 277 f.

13 Kaminsky: Frauen in der DDR, S. 7.

14 Karl Ulrich Mayer/Heike Solga: Lebensverläufe im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess, in: Peter Krause/Ilona Ostner (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010, Frankfurt a.M. 2010, S. 39–56, S. 46.

15 Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Eisenach/Gotha: Geschäftsbericht 05.04.1991–31.12.1992, 25.02.1993, Privatarchiv der Verfasserin, S. 77.

16 Zahl der Arbeitslosen stieg auch im September an: In der Mehrzahl sind die Frauen betroffen, in: *Südthüringer Zeitung* 181/177, 11.10.1990, S. unpag.

Diese Entwicklungen lösten Verunsicherung und Ängste aus. Die Befürchtung, den Arbeitsplatz zu verlieren, existierte gewiss nicht nur unter Frauen, doch war vermutlich vielen von ihnen bewusst, dass sie es aus verschiedenen Gründen schwerer haben dürften, danach wieder in eine Festanstellung zu gelangen. Diese Stimmung lässt sich auch für das im Umbruch befindliche AWE erahnen: In der letzten Ausgabe der Betriebszeitschrift *Neuer Motor* für das Jahr 1990 wurden mehrere Mitarbeiter:innen befragt, was sie vom Jahr 1991 erwarten würden. Die 26-jährige Bettina Schmitz war als Lagerfacharbeiterin im AWE beschäftigt. Mit ihrem arbeitslosen Mann hatte sie zwei Kinder im Krippen- und Kindergartenalter. Sie artikuliert vor allem einen Wunsch: »Ich möchte unbedingt meinen Arbeitsplatz behalten [...]«. ¹⁷ Damit war sie sicherlich nicht allein, aber in dieser Einschätzung wurde die besondere Lage mit zwei kleinen Kindern und einem nicht erwerbstätigem Partner deutlich. Die soziale Lage hätte sich beim Verlust des zweiten Einkommens sicherlich dramatisch verschlechtert.

Als im Januar 1991 deutlich wurde, dass die Treuhandanstalt bald eine Entscheidung über die Zukunft des AWE treffen würde, und sich abzeichnete, dass die Produktion vorfristig eingestellt werden würde, demonstrierten und protestierten in Eisenach mehrfach Tausende Arbeiter:innen. Am 19. Januar 1991 veröffentlichte die *Thüringer Allgemeine* einen Artikel, in dem sechs Mitarbeiter:innen des AWE befragt wurden, warum sie an der Demonstration teilnehmen wollten. ¹⁸ Die Antworten der Befragten verdeutlichen, wer ihrer Meinung nach von der Treuhandentscheidung im AWE besonders betroffen war: Gudrun Böse, 49 Jahre alt, seit 26 Jahren im AWE und zuletzt im Rechenzentrum beschäftigt, fragte: »Wo soll ich jetzt einen anderen Arbeitsplatz herkriegem?« Das Rechenzentrum war keine AWE-eigene Einrichtung, sondern wurde gemeinsam mit anderen Betrieben und der Stadt betrieben, der nun mit der beabsichtigten Produktionseinstellung ein großer Auftraggeber wegbrach. Die 27-jährige Bärbel Fischer, die ebenfalls im Rechenzentrum angestellt war, nahm an der Demonstration teil, weil sie sich dem Artikel zufolge selbst betroffen fühlte: Sie sei »eigentlich zu jung, um auf Sozialhilfe angewiesen zu sein.« Auch die 53-jährige Rosemarie Günther, die in der Wareneingangskontrolle arbeitete, nahm an dem Protestzug durch die Stadt teil, weil sie, seit 35 Jahren im AWE beschäftigt, »auf einmal arbeitslos werden« sollte. Sie war der Meinung, dass sie »kaum Chancen [habe], was Neues zu kriegen«. Zudem mutmaßte sie, dass wenn sie – gemeint waren die weiblichen Mitarbeiter:innen der Abteilung – jünger wären, Arbeitslosigkeit oder der Arbeitsplatzverlust nicht mit so vielen Problemen und Ängsten verbunden sei, denn, so beendete sie ihre resignative Einschätzung, »da würden wir rüber gehen«. ¹⁹ Das Motiv des »Rübergehens« nach dem Mauerfall war vor dem Hintergrund neuer Möglichkeiten,

17 J. Voß: Das Jahr 1990 neigt sich dem Ende entgegen, was erwarten Sie persönlich vom Jahr 1991?, in: *Der Neue Motor* 29, 17.12.1990, S. 3.

18 Hier und im Folgenden: Birgit Schellbach: Aktuelle EA-Umfrage: Warum sind Sie bei der Demo der Metall-Gewerkschaft dabei?, in: *Thüringer Allgemeine*, 19.01.1991, S. 5.

19 Ebd.

Freiheiten und den Versprechungen des Westens weitverbreitet und wurde in Eisenach sicherlich auch durch die relative Nähe zu Hessen begünstigt. In der Transformationsphase kamen vor allem wirtschaftliche Beweggründe hinzu: Arbeitsplatzverluste und die vermeintlich besseren Chancen, in Westdeutschland einen neuen Arbeitsplatz zu finden, führten zu einer massiven Ost-West-Wanderungsbewegung, vor allem von jungen und gut ausgebildeten Menschen.²⁰

Fast ausnahmslos befürchteten die befragten Mitarbeiter:innen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Bei zwei der hier zitierten Frauen war sicherlich vor allem das Alter einer der Gründe hierfür. Sie räumten sich selbst weniger Chancen ein und nahmen an, dass sie, wenn sie jünger wären, insgesamt weniger negative Folgen und Probleme durch den Arbeitsplatzverlust hätten. Die Frauen rekurrten in ihren Aussagen auch auf das bis 1989 unbekannte Phänomen der Arbeitslosigkeit, denn zumindest die beiden älteren Mitarbeiter:innen waren vermutlich seit der Berufsausbildung im beziehungsweise für das AWE beschäftigt und mussten ihren Arbeitgeber bis dahin nicht wechseln. Auch die, vor allem von jüngeren, ungebundenen Frauen (als auch Männern) ergriffene Möglichkeit, die berufliche Perspektive in die alten Bundesländer zu verlegen, wurde von der 53-jährigen Rosemarie Günther genannt, die für sie aber aufgrund ihres Alters nicht infrage kommen würde.²¹

Bis zum April 1991, just, als die Wartburgproduktion eingestellt wurde, bilanzierte das Arbeitsamt Eisenach/Gotha einen Frauenanteil von 57 Prozent unter den über 132.000 als arbeitslos gemeldeten Thüringer:innen²² In Eisenach lag die Arbeitslosenquote im Jahr 1991 zeitweise bei über 20 Prozent. Dies besserte sich im Jahresverlauf zwar wieder etwas, doch gerade der Anteil arbeitsloser Frauen in der Wartburgstadt war mit über 70 Prozent sehr hoch.²³ Nach dem Abbau der Verwaltung und bedingt durch die Produktionseinstellung wurden nun zunehmend auch Frauen aus den Produktionsbereichen entlassen und in Kurzarbeit-Null geschickt, was den Anstieg der Zahlen erklärt. Dass vor allem Frauen von den neuen sozialen Ungleichheiten stärker betroffen waren, wird auch an der Ausgestaltung des AWE-Sozialplans deutlich. Dieser sah höhere Abfindungen für diejenigen Mitarbeiter:innen vor, denen im Zusammenhang mit dem Produktionsende im Betrieb gekündigt wurde. In seiner Ausgestaltung wurde berücksichtigt, dass es vor allem (alleinerziehende) Mütter auf dem neuen Arbeitsmarkt schwer haben würden. Am Tag der Produktionseinstellung gab es noch 6.977 Anspruchsberechtigte für eine Abfindung, wie viele davon Frauen waren, lässt sich nicht beziffern. Für jeden zum Jahresende 1991

20 Marcus Böick/Christoph Lorke: Zwischen Aufschwung und Anpassung. Eine kleine Geschichte des »Aufbau Ost«, Bonn 2022, S. 28.

21 Die Nachteile auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt veranlassten viele junge Frauen in die alten Bundesländer abzuwandern. Vgl. dazu Mayer et al., Lebensverläufe, S. 47.

22 Eva-Maria Rahneberg: Welche Chancen hat SIE auf dem Arbeitsmarkt? Arbeitslose Frauen sprechen sich über ihre Situation aus, in: Thüringer Allgemeine, 11.04.1991, S. 3.

23 Arbeitslosenzahlen im Monat Juli: Betroffen sind viele Frauen, in: Thüringer Allgemeine, 14.08.1991, S. 5.

entlassenen Betriebsangehörigen stellten die Treuhandanstalt und die Betriebsleitung insgesamt durchschnittlich 5.700 D-Mark bereit. Eltern hatten aus dem Sozialplan heraus Anspruch auf 1.000 D-Mark je Kind, wobei bei der Beschäftigung beider Elternteile im AWE nur die Person anspruchsberechtigt war, deren Einkommen niedriger war. Bei alleinerziehenden Arbeitnehmer:innen erhöhte sich die Abfindung um ein Bruttomonatseinkommen, mindestens aber um 1.200 D-Mark. Der Sozialplan sah auch für ältere Mitarbeiter:innen eine Steigerung vor, weil die »Vermittelbarkeit von Arbeitslosen im höheren Lebensalter« als schwieriger eingeschätzt wurde. Insgesamt konnte die individuelle Abfindungssumme für AWE-Mitarbeiter:innen bis zu 15.000 D-Mark betragen.

Im Jahr 1991 wurden in Thüringen zwei Drittel aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) von Frauen belegt.²⁴ Für viele von ihnen war es auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt deutlich schwieriger, nach ABM- oder Umschulungsmaßnahmen in eine Festanstellung zu wechseln.²⁵ Die Gründe hierfür waren mehrdimensional: Die Qualifikation, das Alter und die Ethnie spielten eine große Rolle bei der individuellen (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt.²⁶ Das Qualifikationsniveau der ostdeutschen Frauen war zwar im Vergleich zu anderen Ländern und auch der alten Bundesrepublik sehr hoch, jedoch war es immer noch niedriger als das der Männer, mit denen sie nun um die noch verfügbaren Arbeitsplätze konkurrieren mussten.²⁷ Auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt erwies sich die Qualifikation oftmals als entscheidender Indikator für Arbeitslosigkeit und den Wiedereinstieg in das Berufsleben. Derart bilanzierte dies auch die IG Metall in ihrem Geschäftsbericht für die Jahre 1991 und 1992 für die Stadt Eisenach: Frauen hätten in der Region gegenüber Männern eine geringere Wiedereinstellungschance.²⁸

Vor allem ältere Frauen verfügten trotz langjähriger Tätigkeit im AWE teilweise über keinen Berufsabschluss und waren als »an- oder ungelernte« Arbeitnehmer:innen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht ohne Weiteres weiter zu beschäftigen. Häufig fanden diese Frauen dann trotz absolvierter Umschulungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur befristete Arbeitsplätze, solche unterhalb ihrer Qualifikationen – oder aber gar nicht mehr zurück in eine reguläre Anstellung.²⁹ Ebenso waren viele Frauen mit dem Umstand konfrontiert, dass sie an spezifischen Arbeitsplätzen oder Frauenarbeits-

24 Welche Chancen hat SIE auf dem Arbeitsmarkt? Arbeitslose Frauen sprechen sich über ihre Situation aus, in: Thüringer Allgemeine, 11.04.1991.

25 Albrecht Kretzschmar: Arbeitslosigkeit – Resultat und Ferment sozialen Wandels in Ostdeutschland, in: Thomas Kieselbach/Peter Voigt (Hg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR, Weinheim 1992, S. 138–151, S. 145.

26 Johannes Giesecke/Roland Verwiebe: Erwerbschancen und Arbeitsmarktintegration im wiedervereinigten Deutschland, in: Peter Krause/Ilona Ostner (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010, Frankfurt a.M. 2010, S. 247–275, S. 249.

27 Regine Hildebrandt: Vorwort, in: Kieselbach, Thomas; Voigt, Peter (Hg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR, Weinheim 1992, S. 11–14, S. 11.

28 Geschäftsbericht 05.04.1991–31.12.1992, 25.02.1993, S. 77.

29 Lorke, Von alten und neuen Ungleichheiten, S. 281.; Geschäftsbericht 05.04.1991–31.12.1992, 25.02.1993, S. 77.

plätzen beschäftigt waren, für die es in der sozialen Marktwirtschaft schlicht keine Entsprechung gab.

Ein weiteres Hindernis für eine erfolgreiche Weiter- oder Wiederbeschäftigung war das Alter der Frauen. Ab einem Lebensalter von über 40 Jahren verschlechterten sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich.³⁰ Genau diesen Umstand schilderte auch die 35-jährige Silvia Brandt, die als Disponentin in der Werkzeugausgabe tätig war, in einem Artikel im *Neuen Motor* vom Februar 1991.³¹ Brandt führte aus, wie sie und ihre drei Kolleg:innen die Situation in der Abteilung wahrnahmen: »Angst, keinen Arbeitsplatz wieder zu bekommen, haben wir alle. Ist es nicht das Alter, dann sind es die Kinder. Welcher Unternehmer nimmt jemanden, der so um die fünfzig ist oder jemanden, der kleine Kinder hat.«³²

Verstärkend auf soziale Ungleichheiten nach 1989/90 konnte sich, wie im Zitat deutlich wurde, der familiäre Status auswirken. Durch die in Verbindung mit dem Abbau sozialer Einrichtungen der Betriebe veränderten und verkürzten Betreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen waren Frauen, besonders Alleinerziehende, nicht mehr im gleichen Maße flexibel wie zuvor.³³ Oftmals wurden auch ganze Betreuungseinrichtungen geschlossen. Auf neuen Arbeitsplätzen hatten Frauen andere Arbeitszeiten oder mussten darüber hinaus nicht selten längere Wegstrecken zum Arbeitsort zurücklegen. Die schon zitierte Bettina Schmitz äußerte darum als Hoffnung für das Jahr 1991, »dass meine Kinder auch 1991 in die Krippe bzw. Kindergarten gehen können«.³⁴ Im Lichte der neuen, bis dato weitgehend unbekannten Konkurrenz um Arbeitsplätze hatte die Betreuungssituation darum Einfluss auf die Weiter- oder Wiederbeschäftigung von Frauen. Männer wurden im Umkehrschluss vielfach bevorzugt eingestellt, weil sie aus Sicht der Arbeitgeber weniger wirtschaftliche und soziale Risiken bargen als junge Frauen, mit oder ohne Kinder.³⁵

Frauen absolvierten deutlich häufiger Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Qualifizierungsangebote.³⁶ Darum befürchteten nicht nur die Mitarbeiter:innen selbst, sondern auch Vertreter:innen der Gewerkschaft, dass sich gerade oder besonders für Frauen die Situation verschlechtern würde, konkret durch die zum Jahresende 1992 geplanten Kür-

30 Kretzschmar, Arbeitslosigkeit, S. 147.

31 Wie empfinden Sie persönlich als Arbeitnehmer das Aus des Automobilbaus bei AWE, in: *Der Neue Motor* 3, 14.02.1991.

32 Ebd.

33 Karin Beckmann: Zerstörte Hoffnungen, neue Herausforderungen. Die Erwerbsituation ostdeutscher Frauen in den frühen 1990er-Jahren, 23.01.2020, www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/zerstoerte-hoffnungen-neue-herausforderungen-die-erwerbsituation-ostdeutscher-frauen (zuletzt am 17.05.2023).

34 Das Jahr 1990 neigt sich dem Ende entgegen, was erwarten Sie persönlich vom Jahr 1991?, in: *Der Neue Motor*, 17.12.1990.

35 Geschäftsbericht 05.04.1991–31.12.1992, 25.02.1993, S. 77.

36 Ostdeutsche Frauen gehören zu den Verlierern der Einheit, in: *Thüringer Allgemeine*, 27.08.1992, S. 15.

zungen der finanziellen Mittel für ABM-Maßnahmen.³⁷ Wie viele Frauen in Eisenach und entsprechend ehemalige AWE-Mitarbeiter:innen diese ABM-Maßnahmen letztendlich beanspruchten, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.

Infolge des Treuhandbeschlusses zur Produktionseinstellung im Januar 1991 kamen in der *Thüringer Allgemeine* einige Frauen aus dem AWE zu Wort, denn diese Entscheidung, so die Einschätzung des Journalisten, würde eben allen voran Frauen besonders »hart« treffen.³⁸ Eine Mitarbeiterin wurde in dem Bericht wie folgt zitiert: »Ich komme gerade aus der Kurzarbeit, hatte hier in der Montage eine neue Beschäftigung gefunden und gehe nun wieder auf Null-Stunden-Arbeitszeit zurück. Finanziell rutsche ich weiter bergab.« Eine andere Kollegin, die seit 1966 im AWE arbeitete, meinte, es treffe abermals die Schwächeren.³⁹ Damit meinte sie sicherlich auf die Tatsache, dass Frauen, neben Älteren sowie den ausländischen Mitarbeiter:innen, als Erste von Kurzarbeiterregelungen betroffen waren.⁴⁰

Auch wenn Frauen in der DDR niemals vollständig gleichberechtigt waren, sie gegenüber den Männern weiterhin den Hauptteil der Care-Arbeiten übernahmen und die Doppelbelastung zwischen Erwerbstätigkeit und Familienleben oftmals kritisierten, waren es gerade die Emanzipation in den Betriebsalltag und die Möglichkeiten der ökonomischen Teilhabe, die nach der Vereinigung oftmals verloren gingen. Mit der »Wiedervereinigung« war auch eine Veränderung des Rollenbildes der Frauen zu beobachten, da sie durch den Arbeitsplatzverlust nicht selten zurück in die Rolle als Hausfrau und Mutter gedrängt wurden.⁴¹ Der Arbeitsmarkt sollte so zusätzlich entlastet werden.

Auch die IG Metall Verwaltungsstelle Eisenach bilanzierte in ihrem Geschäftsbericht von 1991 und 1992, dass Frauen in allen Lebensbereichen benachteiligt seien, und hob hervor, dass sich dies insbesondere in der Erwerbsarbeit zeige.⁴² Während die IG Metall auf diese Problematik relativ schnell hinwies, wurde das Thema durch die Betriebsgewerkschaftsleitung nach der »Wende« kaum explizit thematisiert, wenngleich es hinreichend bekannt war. Hier standen zunächst andere Themen und Fragen im Mittelpunkt, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen im Allgemeinen und der Aufbau von Mitbestimmungsstrukturen.

37 Ebd.; Beckmann, *Zerstörte Hoffnungen*.

38 Dietmar Grosser: AWE: Zwischen Resignation und Autobahnblockade. Nach der Treuhand-Entscheidung zum Wartburg-Stop, in: *Thüringer Allgemeine* 19, 23.01.1991, S. 3.

39 Ebd.

40 Automobilwerk Eisenach GmbH: Antrag zur Bestätigung von Kurzarbeit in der AWE-GmbH mit Wirkung vom 01.08.1990, 03.07.1990, Aawe, 30.8.4 38.

41 Kieselbach: *Massenarbeitslosigkeit*, S. 68.

42 Geschäftsbericht 05.04.1991–31.12.1992, 25.02.1993, S. 77.

Gewerkschaftliche Mitbestimmung im Transformationsprozess

Die Gespräche und Forderungen im Herbst 1989 drehten sich öffentlich wie auch im Betrieb um die Rolle und Zukunft des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund). Bis zum Herbst 1989 war dieser mit seinen Mitgliedsgewerkschaften keine wirkliche Interessenvertretung und besaß auch keine Gegenspieler, denn er gehörte zum »herrschenden Dreigestirn der Macht von Partei, staatlicher Leitung und BGL« (Betriebsgewerkschaftsleitung).⁴³ In den Betrieben agierte die Betriebsgewerkschaftsleitung als Arbeitnehmervertretung, die jedoch kaum Eigenständigkeit oder Durchsetzungskraft gegenüber der Partei im Betrieb besaß. Dies zeigte sich zum Beispiel bei Gewerkschaftsversammlungen im Betrieb, auf denen die Betriebsleitung und die Parteisekretäre die Diskussion und Redner:innen bestimmten. Für die Mitarbeiter:innen im Betrieb spielte der FDGB dennoch eine zentrale Rolle, denn er fungierte als Vermittlungs- und Verteilungsinstanz, beispielsweise für Wohnungen oder Ferienreisen.

Veränderungen im FDGB mit seinen betrieblichen Strukturen waren im Herbst 1989 noch kaum DDR-weit spürbar. Es waren vor allem Einzelpersonen, die in diesen Monaten hervortraten, Veränderungen und Reformen forderten und sich neu positionierten.⁴⁴ Die Ereignisse während der »Friedlichen Revolution«, der Bildung von »Runden Tischen« und den Initiativen vom Neuen Forum bewirkten, dass sich auch in den Betrieben Forderungen verbreiteten, die hauptamtlichen FDGB-Funktionäre:innen und Gewerkschaftsleitungen abzusetzen und neue Vertreter:innen zu wählen.⁴⁵ Ab November 1989 begannen Gewerkschaftsmitglieder und Mitarbeiter:innen im AWE, die Rolle des FDGB im Betrieb offen zu kritisieren, und forderten strukturelle wie personelle Veränderungen.

In der Betriebszeitschrift *Der Motor* vom 20. November finden sich gleich mehrere Wortmeldungen. Der Grund für die kritischen Berichte lag in einer gewerkschaftlichen Diskussionsrunde, zu der nicht nur die Betriebsgewerkschaftsleitung, sondern auch Funktionär:innen des Bezirksvorstandes des FDGB eingeladen waren.⁴⁶ Unmut löste die Tatsache aus, dass nicht wie angekündigt mehrere gewerkschaftliche Funktionär:innen teilnahmen, sondern lediglich eine Mitarbeiterin des FDGB Kreisvorstandes Eisenach und dass der Austausch durch einen stellvertretenden Parteisekretär geleitet wurde. »Schafft

43 Renate Hürtgen: Betriebliche und gewerkschaftliche Basisbewegung 1989/90 in der DDR, in: Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018, S. 69–93, S. 70.

44 Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Gewerkschaften und deutsche Einheit, in: Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018, S. 45–67, S. 47; Hürtgen, Basisbewegung, S. 72.

45 Uellenberg-van Dawen: Gewerkschaften und deutsche Einheit, S. 48; Ilko-Sascha Kowalczyk: Revolution ohne Arbeiter? Die Ereignisse 1989/90, in: Peter Hübner (Hg.): Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution, Bonn 2014, S. 539–610, S. 583.

46 Hans-Joachim Hähnlein: Kostenstelle 2190 meldet sich zu Wort. Werte Mitarbeiter der ZGBL, in: *Der Motor* 39/23, 20.11.1989, S. 5.

man so Vertrauen?« – lautet die eindringliche Frage des Verfassers zu diesem Umstand.⁴⁷ Während der Diskussion kamen einige Fragen auf, die nach der Sitzung noch einmal in der Betriebszeitschrift veröffentlicht wurden. Die Mitglieder fragten kritisch, wie weit die Betriebsgewerkschaftsleitung überhaupt noch in der Lage sei, unabhängig von der Parteileitung »die Interessen der Werktätigen zu vertreten?«. Oder warum die Gewerkschaftsleitung nicht fähig sei, sich »für eine reale Lohnzuführung, bei ständig steigenden Preisen hochwertiger Konsumgüter, einzusetzen?« Und schließlich auch, warum die Betriebsgewerkschaft nicht dafür eintreten würde, dass »Versorgungslücken geschlossen werden, damit [...] [die] Werktätigen nicht während der Arbeitszeit einzukaufen brauchen?«⁴⁸ Viele Stimmen forderten, die Betriebsgewerkschaftsleitung solle endlich als Arbeitnehmervertretung agieren. Beim Aufbrechen der alten Strukturen nutzen die Betriebsangehörigen meistens vorhandene, wie hier zum Beispiel das Wort eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes, der sich über die Jahre hinweg bei den Kolleg:innen bewährt hatte. Vielerorts, und so auch im AWE, wurden Vertrauensleutevollversammlungen zum »Forum für betriebliche Auseinandersetzungen«.⁴⁹

Die Gewerkschaftsmitglieder im AWE äußerten ziemlich direkt, was sie sich von der zukünftigen Interessenvertretung im Betrieb erwarteten: Freie Meinungsäußerung, problemorientierte Lösungen sowie den Beistand der Gewerkschaft.⁵⁰ Insgesamt waren die Mitarbeiter:innen im AWE – wie auch in anderen Betrieben – sehr interessiert an der Gewerkschaftsarbeit und forderten den Auf- oder Umbau in demokratische Interessenvertretungen in den Betrieben.⁵¹

Neben Fragen um die zukünftige Struktur und Ausrichtung des FDGB sprachen Mitglieder einer Gewerkschaftsgruppe im *Motor* im November 1989 auch offen Ungleichheiten hinsichtlich des Lohnes und der Besserstellung gleichwertiger Tätigkeiten in anderen Arbeitsbereichen an: »Seit langem wird über die Frage der Lohngruppen für die Lagerfacharbeiter, die Lagerverwalter und Meister diskutiert. Unser Standpunkt dazu ist, daß endlich damit aufgehört werden muß, die Lager- und Umschlagprozesse als Stiefkind unseres Betriebes zu betrachten. Wir sind der Meinung, daß es nicht mehr gerechtfertigt ist, daß z. B. ein Lagerfacharbeiter in der Stunde 4,80 Mark und ein Lagerarbeiter der vorbereitenden Abteilungen der Produktion bei gleicher Tätigkeit einen Stundenlohn von 5,80 Mark erhält.«⁵²

Nicht nur die Gesprächsinhalte wandelten sich in den letzten Monaten des Jahres 1989. Auch die Betriebsgewerkschaft im AWE insgesamt veränderte in diesen Monaten

47 Ebd.

48 Ebd.

49 Hürtgen, Basisbewegung, S. 84.

50 Kostenstelle 2190 meldet sich zu Wort. Werte Mitarbeiter der ZGBL!, in: *Der Motor*, 20.11.1989, S. 5.

51 Uellenberg-van Dawen, Gewerkschaften und deutsche Einheit, S. 48.

52 Wortmeldung der Gewerkschaftsgruppe der Kostenstelle 4320 der HA Lagerwirtschaft, in: *Der Motor* 39/23, 20.11.1989, S. 5.

IG Metall

Auch das ist neu!

Industriegewerkschaft Vertrauen der Metaller neu gewonnen

Kolleginnen und Kollegen!

Wir wenden uns an Euch, die Ihr in den Betrieben und auf der Straße aktiv für die Erneuerung in der DDR eintretet. Wir wissen uns mit Euch einig in dem gemeinsamen Ziel, einen lebenswerten, demokratischen, attraktiven Sozialismus in unserem Land zu schaffen. Unumkehrbar.

Das wollen wir in breiter, schöpferischer, demokratischer Zusammenarbeit gemeinsam erstreiten und erarbeiten. Es geht nicht um Zugehörigkeit zu Parteien, Organisationen, Religionen. Es geht um unser Land.

Erneuerung in unser aller Interesse erfordert:

- ☐ Eine gründliche Bestandsaufnahme.
- ☐ Aufdeckung aller Fälle von Amtsmissbrauch und Korruption.
- ☐ Gerechte Bestrafung aller, die sich dafür zu verantworten haben.
- ☐ Rückgabe unrechtmäßig angeeigneten Vermögens an das Volk.
- ☐ Garantien, daß nie wieder eine korrupte Clique auf Kosten unserer angestregten, ehrlichen Arbeit leben kann.

Erneuerung in unser aller Interesse erfordert, daß sich die IG Metall von ihrer Gewerkschaftsbasis aus neu profiliert!

Was will die IG Metall?

1 Konsequente Gewerkschaftsdemokratie

- Unabhängigkeit und eigene Finanzgewalt für die Interessenvertretung ihrer Mitglieder.
- Eigenständigkeit und Gleichberechtigung in einem Gewerkschaftsdachverband, gegliedert nach dem Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“.
- Ein eigenes Statut für den Schutz und die Vertretung der Mitgliederinteressen.
- Eine eigene demokratische Wahlordnung
Jedes Mitglied kann wählen und gewählt werden.
Geheime, namentliche Direktwahl der Vorsitzenden, Stellvertreter, Leitungs- und Sekretariatsmitglieder.
Begrenzung der Wahl in gleiche Gewerkschaftsvertretungen auf zwei Wahlperioden.
Soziale Sicherheit in sowie nach dem Ausscheiden aus Wahlfunktionen.
- Ein Gewerkschaftsgesetz, das Rechte und Pflichten der Gewerkschaften sichert.
- Neues AGB und gesetzliche Regelungen für ein Streikrecht.

2 Leistungsgerechtigkeit und Tarifautonomie

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Nationalität.
- Rechtsverbindliche Sicherung in Rahmenkollektivverträgen, Tarifverträgen, Urlaubsvereinbarungen usw.
- Steigender Lohn bei steigender Leistung. Öffentliche Leistungsbewertung.
- Lohnfondseinsatz in betrieblicher Verantwortung. Festlegungen dazu im BKV.
- Verantwortungsgerechte Entlohnung für Meister, ihnen gleichgestellte Kollektivleiter, Lehrmeister.

Bitte wenden. ➔

Industriegewerkschaft Metall der DDR · Zentralvorstand

Fritz-Heckert-Straße 70, Berlin 1026

Abb. 1: Brigadebuch des Büros für Neuererwesen: Auch das ist neu!, 1989.

- Wirksame, leistungsfördernde Entlohnung für wissenschaftlich-technische und technisch-ökonomische Fachkräfte.
- Neue Tarife für die Metaller in Handwerk und Gewerbe. Ohne Unterschied zur volkseigenen Wirtschaft.
- Überarbeitung des Montage- und Kundendienstabkommens und Reisekostenrechts.
- Gleiche Besteuerung aller Beschäftigten und überschaubare Lohnabrechnung.
- Neuregelung der Bildung und Verwendung des Prämiensfonds. Mit steigender Leistung steigende Jahresendprämie.
- Soziale Sicherheit bei technologisch oder altersbedingter Veränderung des Arbeitsplatzes. Einführung eines sozialen Ausgleichsfonds.
- Gewerkschaftliches Mitspracherecht. Reallohn- und Rentenausgleichsgarantie bei Subventions- und Preisveränderungen.
- Einheitliches Rentenrecht.

3 Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz, Arbeitsumwelt

- Sichere, erschwernisfreie, gesundheitlich gefahrlose Arbeitsplätze. Keine neuen Erschwernisse an neuen Arbeitsplätzen.
- Keine Abstriche an geplanten und bilanzierten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.
- Keine gewerkschaftliche Zustimmung zu Ausnahmegegenehmigungen für Arbeitsbedingungen.
- Materiell und finanziell gesicherte Sofortmaßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz entsprechend den Arbeitsplatzanalysen.
- Kurzfristige, konsequente Beseitigung von Umweltbelastungen. Ökologie als Erfordernis der Ökonomie.
- Rechtsverbindliche Sozialprojekte als Bestandteil der betrieblichen Entwicklungskonzeptionen.

4 Bildung und Weiterbildung

- Berufliche Bildung und Weiterbildung als gesichertes gleiches Recht für alle.
- Bessere Chancen für Metallerinnen.
- Einsatz entsprechend Qualifikation und Befähigung.
- Berufsausbildung, die stärker solide handwerkliche Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt.

- Eigenständiges Schulungssystem für Gewerkschaftsvertreter der IG Metall mit eigener Gewerkschaftsschule. Bezahlte Bildungsfreistellung.

5 Urlaub und Freizeit

- Neue Urlaubsregelung nach einheitlichen Maßstäben.
- Überführung aller staats- und parteieigenen Ferienheime in den Feriendienst der Gewerkschaften.
- Vergabe gewerkschaftlicher Ferienplätze unter Verantwortung der Leitungen der IG Metall.
- Gestaffelte Schulferienzeiten für bessere Familienerholung.
- Vielfältige, interessante Kultur- und Freizeitangebote durch den Betrieb.

6 Wirtschaftsreform

- Sicherung des Volkseigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln.
- Recht auf Arbeit für alle. Vollbeschäftigung.
- Öffentliche Diskussion und gewerkschaftliche Mitsprache bei volkswirtschaftlichen und betrieblichen Struktur- und Eigentumsveränderungen.
- Radikal vereinfachte, bedürfnisorientierte zentrale Planung.
- Mehr marktorientierte betriebliche Entscheidungsfreiheit.
- Kurzfristige Veränderung solcher AGB-Regelungen, die dem flexibleren Reagieren der Wirtschaft auf innere und äußere Marktanforderungen entgegenstehen – ohne soziale Ungerechtigkeiten.
- Betriebsvereinbarungen (BKV), die steigende Sozialleistungen mit steigendem Gewinn sichern.

Das will die IG Metall!

Um das durchzusetzen, ist eine starke, finanzkräftige und nur den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtete Industriegewerkschaft Metall nötig. Jeder Metaller der DDR braucht eine solche Industriegewerkschaft als Garant für den Schutz und die Vertretung seiner Interessen. Und die

IG Metall
braucht jeden Metaller!

Industriegewerkschaft Metall der DDR · Zentralvorstand

Fritz-Heckert-Straße 70, Berlin 1026

ihr Profil, was sicherlich auch mit den Aktivitäten und Angeboten der westdeutschen IG Metall zusammenhing.⁵³ Diese signalisierte schon kurz nach dem Mauerfall in Richtung Osten, dass sie beim Aufbau demokratischer Gewerkschaften und Strukturen behilflich sein wollte, um so erst gar keine »mitbestimmungsfreien Zeiten« zuzulassen.⁵⁴ Im Brigadebuch des Büros für Neuererwesen im Dezember 1989 wurde ein Flyer der IG Metall (Ost) eingeklebt.⁵⁵ Mit der Aufschrift »Auch das ist neu« informierte die Gewerkschaft über ihre Pläne und Zielsetzungen und wie sie das Vertrauen der Mitglieder zurückgewinnen wollte.

Unterdessen schwand für den FDGB die Daseinsberechtigung in altbekannter Form, weshalb der FDGB-Bundesvorstand am 9. Dezember 1989 zurücktrat.⁵⁶ Ab Jahresbeginn 1990 arbeiteten die West- und Ostdeutsche IG Metall dann offiziell zusammen.⁵⁷ Dies war erst möglich geworden, als in Vorbereitung des FDGB-Kongresses Ende Januar 1990 die Einzelgewerkschaften, die bisher im FDGB aufgegangen waren, gemeinsam mit Bezirksvorständen des FDGB und Gewerkschaftsexperten eine »Erklärung für eine grundlegende Erneuerung des FDGB als Gewerkschaftsbund freier, unabhängiger Industriegewerkschaften und Gewerkschaften der DDR« verabschiedeten, womit der FDGB seinen Allmachtsanspruch verlor und nun nur noch als Dachverband agieren konnte.⁵⁸

Die DGB-Gewerkschaften schlossen auch in Eisenach und dem Kreis mit den DDR-Einzelgewerkschaften Kooperationen, um so gemeinsam Beratungen, Lehrgänge und Schulungen anzubieten.⁵⁹ Die Metall-Gewerkschaft richtete darum in Erfurt und Eisenach Geschäftsstellen ein, die sich mit ihren Mitarbeiter:innen vor allem um die örtlichen (Groß-)Betriebe kümmerten.⁶⁰ Der DGB selbst stand dem Reformprozess jedoch skeptisch gegenüber und setzte voraus, dass sich die aus dem FDGB herauslösenden Einzelgewerkschaften an demokratische Grundprinzipien, wie parteipolitische Unabhängigkeit und demokratische Legitimierung, Betriebsratswahlen, Tarifstrukturen und Streikrechte orientieren würden, was faktisch nicht überall umgesetzt wurde.⁶¹ Deswegen entschied sich der DGB nach den letzten Volkskammerwahlen am 18. März dazu, eigene Strukturen in der DDR aufzubauen und die Kooperationen mit den FDGB-Gewerkschaften weitge-

53 Uellenberg-van Dawen, Gewerkschaften und deutsche Einheit, S. 48.

54 Jörg Roesler: Die kurze Zeit der Wirtschaftsdemokratie. Zur »Revolution von unten« in Kombinat und Betrieben der DDR während des 1. Halbjahres 1990. Hefte zur DDR-Geschichte, 95, Berlin 2005, S. 37.

55 Brigadebuch des Büros für Neuererwesen: Brigadebuch des Büros für Neuererwesen: Auch das ist neu!, 1989, Aawe.

56 Hürtgen, Basisbewegung, S. 72.

57 Roesler, Die kurze Zeit der Wirtschaftsdemokratie, S. 36.

58 Theo Pirker u. a. (Hg.): FDGB – Wende zum Ende. Auf dem Weg zu unabhängigen Gewerkschaften?, Köln 1990.

59 Uellenberg-van Dawen, Gewerkschaften und deutsche Einheit, S. 49.

60 Nach der Strukturierung der Gebietsgeschäftsstellen wurde Eisenach zu Gotha gezählt, vgl. dazu: Betriebsgewerkschaftsleitung: Protokoll der BGL-Sitzung am 16.05.1990, 16.05.1990, Aawe, 30.8.4 1, S. 65.

61 Uellenberg-van Dawen, Gewerkschaften und deutsche Einheit, S. 50.

hend zu unterbrechen.⁶² Infolgedessen kamen vermehrt westdeutsche Gewerkschaftsfunktionär:innen in die DDR, um den Aufbau der neuen Strukturen zu begleiten.

Im AWE arbeitete die alte Betriebsgewerkschaftsleitung auch nach dem Jahreswechsel weiter. Am 8. März 1990 kam die Gewerkschaftsleitung dann zu einer Leitungssitzung zusammen, auf der die Mitglieder neue Personalvorschläge für die Wahl zum neuen Vorsitzenden und Stellvertreter diskutierten.⁶³ In der Sitzung besprachen die Gewerkschaftsmitglieder dazu ihre persönlichen Ansichten zur zukünftigen und gegenwertigen Gewerkschaftsarbeit, die wenig überraschend nicht sonderlich positiv ausfiel. Mehrere Mitglieder forderten, dass sich die BGL im Betriebsalltag und zu Problemen viel stärker positionieren müsste. Begonnen werden müsste dies schon damit, dass die zur Wahl stehenden Mitglieder im Betrieb bekannt gemacht werden. Zwei Mitglieder sprachen auch die Debatten um die Wahl eines zukünftigen Betriebsrates an. Sie äußerten Befürchtungen, dass die Betriebsgewerkschaft dadurch obsolet würde.⁶⁴ Auch von Spaltung war die Rede, denn immer noch würden viele Mitarbeiter:innen im AWE die Meinung vertreten, dass »die Alten« ihre Ämter abgeben sollten.⁶⁵ Den Mitgliedern der BGL war also im Frühjahr 1990 bewusst, dass sich an der Gewerkschaftsarbeit- und Ausrichtung im Betrieb bald etwas ändern müsste, und auch, dass ein Betriebsrat nach bundesdeutschem Vorbild bald im Betriebsgeschehen mit agieren würde.⁶⁶ Im Zuge der Wahl für die Vorsitzenden der BGL kamen, so ist es dem Protokoll vom 30. März zu entnehmen, auch die persönlichen und politischen Einstellungen der Mitglieder auf den Prüfstand: Ein Mitglied wurde gefragt, ob er bei der Staatssicherheit war, und der gewählte Stellvertreter nahm die Wahl unter anderem deshalb nicht an, weil ihm immer wieder eine SED-Mitgliedschaft nachgesagt wurde.⁶⁷ Scheinbar setzte auch unter den Mitgliedern ein Umdenken hinsichtlich der bisher akzeptierten Verschränkung mit der SED ein, die im Betriebsalltag wohl nicht mehr toleriert wurde.⁶⁸

Die Wahrnehmung über die Aufgaben der Gewerkschaft im Betrieb veränderte sich nicht nur unter den Mitgliedern, sondern auch innerhalb der Belegschaft, die von der BGL immer häufiger eine Positionierung und Unterstützung forderte.⁶⁹ Durch wiederholt kursierende Gerüchte über die Zukunft des AWE forderten die Mitarbeiter:innen beispielsweise im Mai 1990, die Gewerkschaft solle an den Ministerpräsidenten der DDR schreiben, um einer unbeantworteten Anfrage zur Zukunft des Automobilwerkes aus der

62 Ebd., S. 51.

63 Betriebsgewerkschaftsleitung: Protokoll der Leitungssitzung der BGL am 8. März 1990, 08.03.1990, Aawe, 30.8.4 I, S. 112.

64 Ebd., S. 113.

65 Ebd., S. 115.

66 Ebd., S. 112–115.

67 Protokoll der Leitungssitzung am 20.03.1990, 02.04.1990, Aawe, 30.8.4 I.

68 Protokoll der Leitungssitzung am 24.04.1990, 09.05.1990, Aawe, 30.8.4 I, S. 75.

69 Protokoll der Leitungssitzung der Betriebsgewerkschaftsleitung am 18.05.1990 und Brief an den Ministerpräsidenten der DDR vom 22.05.1990, 21.05.1990, Aawe, 30.8.4 I.

Belegschaft an die DDR-Regierung Nachdruck zu verleihen.⁷⁰ Unterdessen nahm die BGL im Diskussionsgeschehen im Betrieb eine, aus heutiger Sicht, wirkliche Vermittlerrolle ein, was nicht zuletzt anhand der Häufigkeit der BGL-Sitzungen im ersten Halbjahr 1990 deutlich wurde. Zu einer weiteren Sitzung im März wurde der Betriebsdirektor hinzugezogen, denn die Planungen der Adam Opel AG, in Eisenach ein neues Automobilwerk zu errichten, waren nun allen AWE-Mitarbeiter:innen bekannt und schon in die Gründung einer gemeinsamen GmbH zwischen Opel und AWE gemündet.⁷¹

Das Thema »Arbeitsplatzsicherung« nahm neben Lohn- und Gehaltsfragen in den Gewerkschaftssitzungen und in der Arbeit der Betriebsgewerkschaftsleitung im AWE nunmehr den zentralen Raum ein. In der Leitungssitzung am 9. Mai 1990 der Gewerkschaft sprachen zwei Mitglieder die dringende Notwendigkeit an, ein Sozialprogramm zu erarbeiten und damit für materielle und finanzielle Absicherung zu sorgen, wenngleich eine genaue Ausgestaltung oder Anspruchsberechtigte hier noch nicht benannt wurden.⁷² Ein Kollege benannte die Aufgabe der Interessenvertretung hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse so: »Unsere vordringlichste Aufgabe ist es, Arbeitsplätze zu sichern, das bedeutet, Strukturen zu bilden, die eigenständig bestehen können.«⁷³ Mit Strukturen waren hier die Verselbständigungen einzelner Betriebsteile gemeint sowie die Umwandlung des Betriebes in eine GmbH. Wichtig erschien für die Mitglieder auch, dass im gerade beschlossenen Joint-Venture mit Opel die Verantwortlichen dazu bewegt werden sollten, Mitarbeiter:innen des AWE für die bald beginnende Opel-Montage zu beschäftigen.⁷⁴ Im Betrieb musste die Gewerkschaft immer wieder Kritik an dem Auswahl- beziehungsweise Bewerbungsverfahren für die Opel-Montage vernehmen: »Viele Kollegen, die jahrelange praktische Erfahrungen in ihrer Arbeit haben und keine in den vorgegebenen Berufen abgeschlossene Ausbildung haben, sehen keine Chance für sich.«⁷⁵ Der Gewerkschaft gelang es, eine Korrektur beziehungsweise Anpassung der Kriterien zu erreichen, sodass sich nun auch Mitarbeiter:innen ohne entsprechenden Berufsabschluss bewerben konnten, wenn sie »langjährige Erfahrungen im Automobilbau« nachweisen konnten.⁷⁶

Die in Erfurt eingesetzte Gewerkschaftsfunktionärin Renate Hemsteg von Fintel,⁷⁷ die später in Eisenach Geschäftsführerin der regionalen IG Metall wurde, berichtete ab April 1990 über ihre Arbeit in der Region Erfurt. So bemängelte sie beispielsweise, dass der damalige Geschäftsstellenleiter der IG Metall Eisenach offensichtlich keinen Kontakt zu

70 Ebd., S. 59.

71 Protokoll der Leitungssitzung am 24.03.1990, 24.03.1990, Aawe, 30.8.4 1.

72 Protokoll der Leitungssitzung am 24.04.1990, 09.05.1990.

73 Ebd., S. 74.

74 Ebd., S. 75.

75 IG Metall AWE Eisenach: Vertrauensleutenvollversammlung, 14.05.1990, Aawe, 30.8.4 5, S. 10.

76 Nachtrag zum Aushang der Personalabteilung vom 2.5, ohne Datum, Aawe, 30.8.4 5, S. 11.

77 Vgl. etwa: Rüdiger Paura: »Hier ist die Herausforderung für gewerkschaftliche Arbeit«. Von der 1. Vertreterversammlung der IG Metall Eisenach/Gotha am Freitag in Mechterstädt, in: Südthüringer Zeitung 2, 08.04.1991.

den Betrieben in der Stadt hatte.⁷⁸ Dieser wusste weder über die Betriebsgrößen noch die Vorgänge im Betrieb Bescheid. Vor allem in den ersten Monaten nach der Auflösung des FDGB waren dessen alte Mitglieder in den Betrieben noch sehr präsent und viele hielten auch an den alten Strukturen fest. Ein Großteil der einfachen Mitglieder der Betriebsgewerkschaft wollte sich in Sachen demokratischer Gewerkschaftsarbeit weiterentwickeln, jedoch bestand auch im AWE noch eine Zeit lang eine Diskrepanz zwischen alten FDGB-Funktionären und neuen Gewerkschaftsmitgliedern.⁷⁹

Die IG Metall bot im Mai 1990 im AWE für Mitglieder der Betriebsgewerkschaft Schulungen, kostenlose Rechtsberatungen und Qualifizierungsangebote an – und die Resonanz war groß.⁸⁰ »Es ist dringend erforderlich«, so Renate Hemsteg von Fintel in ihrem zweiten Bericht an den IG Metall Vorstand, »den betrieblichen Funktionären von AWE Basiswissen über gewerkschaftliche Betriebsarbeit zu vermitteln.«⁸¹ Fintel sah auch Bedarf an juristischer und wirtschaftlicher Beratung, denn die Mitglieder der Betriebsgewerkschaft im AWE sollten in den folgenden Monaten tatsächlich in den strukturellen Wandlungsprozess auf der Betriebsebene mit einbezogenen werden.⁸² Noch bevor im AWE ein Betriebsrat gewählt wurde, bildeten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, wohl im April 1990, einen Wirtschaftsrat, damit dessen Vorsitzender oder Stellvertreter an den Betriebsleitungssitzungen teilnehmen und öffentlich über dortige Ergebnisse berichten konnten. Doch die Betriebsleitung verpflichtete den Wirtschaftsrat zur Geheimhaltung.⁸³

Auf oder während der Gewerkschaftsversammlungen im AWE wurden die Themen unterdessen immer breiter und deutlicher: Im Protokoll der BGL-Sitzung vom 15. Mai 1990 richtete die BGL offen Fragen an die Betriebsleitung, unter anderem, wie hoch die Kosten der Pkw-Herstellung gegenwärtig seien. Dazu forderten sie die Offenlegung der Finanzen sowie die Erstellung eines Sozialplans und unterstellten der Betriebsleitung gleichzeitig Zeitverzögerung mit der eindringlichen Frage »was habt ihr bisher gemacht?«⁸⁴ Um diese und andere Fragen und Probleme auf der Ebene der Interessenvertretung zu erörtern, waren hin und wieder auch Gäste bei den Gewerkschaftssitzungen anwesend: Die IG Metall Geschäftsstellenleiterin Renate Hemsteg von Fintel, der Betriebsdirektor oder aber auch Betriebsratsmitglieder aus dem Opel-Werk nebst IG Metall-Sekretären aus Bochum kamen Anfang Juni im AWE zusammen, um Beispielsweise über die Einführung des in

78 Renate Hemsteg-von Fintel: Erster Bericht aus dem Büro Erfurt vom 8.4.90, 08.04.1990, AdsD, 5/IGMZ 100648.

79 Ebd.

80 Protokoll der Leitungssitzung am 24.04.1990, 09.05.1990, S. 74f.

81 Renate Hemsteg-von Fintel: Zweiter Bericht aus dem Büro Erfurt vom 6.5.90, 06.05.1990, AdsD, 5/IGMZ 100648.

82 Ebd.

83 Ebd.

84 Protokoll der BGL-Sitzung am 16.05.1990, 16.05.1990, S. 66.

der hessischen Metallindustrie gültigen Tarifsystems im AWE zu beraten.⁸⁵ In einem zur Sitzung vorgelegten Forderungsprogramm waren aus Sicht der IG Metall die wesentlichen Wegmarken und Schwerpunkte niedergeschrieben, die im AWE zunächst Priorität besaßen: Beschäftigungssicherheit, Umschulung, Qualifizierung und Kurzarbeit bis hin zum Kündigungsschutz; Einführung der 40-Stunden Arbeitswoche noch 1990 und dazu 20 Tage Grundurlaub; ein Entgeltvertrag, mit dem eine schrittweise die Lücke zwischen dem Lohn- und Gehaltsniveau zur Bundesrepublik geschlossen werden sollte; ab 1. Juli ein Urlaubsgeld für alle Mitarbeiter:innen in Höhe von 500 D-Mark und anstelle der Jahresendprämie sollte ein 13. Monatsgehalt gezahlt werden.⁸⁶

Daneben war auch der Sozialplan wiederholt Gegenstand der Unterredung, was deutlich macht, dass den Gewerkschaftsmitgliedern bewusst war, dass mit den veränderten wirtschaftspolitischen Strukturen und mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die Lage im Betrieb hinsichtlich der Arbeitsplätze und der sozialen Sicherung für die Betriebsangehörigen einige bisherige Garantien und Arrangements auf den Prüfstand gestellt werden würden. Die Betriebsgewerkschaft (dann der Betriebsrat) nahm hier also auch ihre neue Aufgabe als Gremium für die Interessen der Mitarbeiter:innen wahr und beteiligte sich maßgeblich an der Ausarbeitung des Sozialplanes.⁸⁷ Für das AWE wurden zwei Sozialpläne unter der Mitarbeit der Betriebsgewerkschaft beziehungsweise des Betriebsrates erarbeitet.⁸⁸ Der erste Sozialplan sollte für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 Gültigkeit besitzen.⁸⁹ Die Interessenvertretung sollte bei Problemen oder bei »besonderen Härten«, die sich aus dem Sozialplan und in der Umsetzung und Durchführung der Maßnahmen ergaben, zwischen Arbeiter:innen und Arbeitgeber vermitteln.⁹⁰

Am ersten Entwurf der Betriebsleitung bemängelten die Mitglieder zum Beispiel die darin vorgesehene außerbetriebliche Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter:innen, wozu ein Bedarfskatalog entwickelt werden sollte.⁹¹ »Im Sozialplan vermisse ich« – so ein Gewerkschaftsmitglied – »die Unterstützung der Kollegen, die entlassen werden müssen.«⁹² Er regte an, bei einer Wiederbesetzung von freien Stellen sollten die schon ent-

85 Betriebsgewerkschaftsleitung: Protokoll der Leitungssitzung der BGL am 08.06.1990, 12.06.1990, Aawe, 30.8.4 I, S. 52. Hessen war Partnerbezirk Thüringens, weswegen das hessische Tarifsysteem in Thüringen angewendet wurde.

86 Ebd., S. 54.

87 Norbert Engelhard: Betriebliche Mitbestimmung im Praxistest: Ostdeutsche Betriebsräte als Wegbereiter der Marktwirtschaft, in: Otfried Mickler/Norbert Engelhard/Ralph Lungwitz/Bettina Walker, (Hg.): Nach der Trabi-Ära: Arbeiten in schlanken Fabriken. Modernisierung der ostdeutschen Autoindustrie, Berlin 1996, S. 211–260, S. 222.

88 Automobilwerk Eisenach GmbH: Sanierungskonzept nach Leitfaden der Treuhandanstalt, 01.10.1990, Aawe, 30.8.4 40.

89 Sozialplan 2. Halbjahr '90, Eisenach, 18.07.1990, S. 1.

90 Ebd., S. 14.

91 Protokoll der Leitungssitzung der BGL am 08.06.1990, 12.06.1990, S. 52.

92 Ebd., S. 53.

lassenen AWE-Mitarbeiter:innen als erstes berücksichtigt werden. Ein anderer Kollege forderte, im Sozialplan einen Kündigungsschutz für Alleinerziehende zu verankern und den Geltungsbereich ganz klar zu erläutern.⁹³ Die besondere Situation von Frauen, insbesondere Alleinerziehender, wurde hier also schon hervorgehoben.

Als anerkannte Interessenvertretung sollte die BGL bis zur Wahl eines Betriebsrates aktiv bleiben, denn mit der zum 1. Juli 1990 in Kraft tretenden Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sollte in der DDR auch die Arbeits- und Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik gelten, womit der Betriebsrat als gesetzmäßiges Organ der Belegschaft gewählt werden musste.⁹⁴ Dessen Kompetenzen lagen hier weit über denen der DDR-Betriebsgewerkschaft, denn neben neuen Aufgabenfeldern, wie Kurzarbeit, Umschulungsmaßnahmen, Vorruhestandsregelungen und dergleichen, hatte der Betriebsrat nun Mitbestimmungs- und Entscheidungsrecht bei Maßnahmen, die direkt die Arbeitnehmer:innen im AWE betrafen.⁹⁵ Zur GmbH-Gründung im Mai 1990 gab die Betriebsgewerkschaftsleitung unterdessen »in Erwartung der Sicherung der Arbeitsplätze und der sozialen Belange« ihre Zustimmung, wie es dazu in der Betriebszeitschrift hieß.⁹⁶ Mit der Umwandlung musste innerhalb von drei Monaten im Betrieb auch ein Aufsichtsrat gebildet werden, der sich aus zwölf Mitgliedern, je zu einem Teil aus Vertreter:innen der Arbeitnehmenden und zum anderen Teil aus Vertreter:innen der Treuhandanstalt, zusammensetzte.⁹⁷ Dementsprechend verteilten sich die Stimmen auf sechs AWE-Angehörige, darunter zwei Arbeitnehmer:innen, zwei Angestellte sowie zwei Vertreter:innen der Gewerkschaft.⁹⁸ Ab dem 1. Juli 1990 galt in der DDR das bundesrepublikanische Betriebsverfassungsgesetz, womit die Wahl eines Betriebsrats anstelle der bisherigen BGL verpflichtend wurde.⁹⁹

Im AWE fanden die ersten Betriebsratswahlen im August 1990 statt.¹⁰⁰ Für die Gruppe der Arbeiter:innen wurden 23 Mitglieder und für die Angestellten acht Mitglieder gewählt – damit zählte der Betriebsrat der AWE-GmbH insgesamt 31 Mitglieder, darunter insgesamt fünf Frauen.¹⁰¹ Als Vorsitzender des Betriebsrates wurde Klaus-Dieter Herzog gewählt und als sein Stellvertreter Peter Bachmann, zudem wählten die Mitglieder einen Betriebsausschuss mit zehn Mitgliedern aus dem Betriebsrat. Im selben Monat fand auch

93 Ebd., S. 52f.

94 Brigadebuch des Büros für Neuererwesen: Brigadebuch des Büros für Neuererwesen: 1990, 1990, Aawe.

95 Protokoll der Leitungssitzung der BGL am 08.06.1990, 12.06.1990, S. 54.

96 Umwandlung des VEB Automobilwerk in eine Kapitalgesellschaft, in: Der Neue Motor 40/12, 05.06.1990, S. 1.

97 Ebd.

98 Aufsichtsratswahlen, in: Der Neue Motor, 40/17, 16.07.1990, S. 3

99 Ebd., S. 58.

100 Betriebsratsvorsitzender der AWE GmbH: Bekanntmachung des endgültigen amtlichen Wahlergebnisses der Betriebsratswahl 1990, 10.09.1990, Aawe, 30.8.4 1.

101 Ebd.

die Wahl zu einem Aufsichtsrat statt, in den fünf Mitgliedern aus der Arbeitnehmervertretung gewählt wurden.¹⁰²

Mit der Treuhandentscheidung und der damit beabsichtigten Produktionseinstellung traten für die Interessenvertretung im AWE neue Aufgabenfelder in den Mittelpunkt. Als die endgültige Entscheidung zum Produktionsende in Berlin am 21. Januar getroffen wurde, waren auch Vertreter:innen des Betriebsrates der AWE GmbH anwesend. Nachdem durch die Pressemitteilung der Privatisierungsagentur der Eindruck entstanden war, der Betriebsrat und die Treuhandanstalt hätten die Entscheidung zur Einstellung der Produktion übereinstimmend getroffen, bat der Betriebsratsvorsitzende Klaus-Dieter Herzog um die Klarstellung, da »dies inhaltlich nicht der Verfahrensweise in dieser Beratung« entspreche.¹⁰³

In der Öffentlichkeit entstand angesichts solcher Mitteilungen ein widersprüchliches Bild von den Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretung. Einerseits unterstützten diese das Zustandekommen von sozialverträglichen »Deals«, denn ohne Stellenabbau war zumeist kein Betrieb »sanierungsfähig«. Andererseits befürworteten sie aber auch die Demonstrationen und Proteste der Belegschaften nach solchen Entscheidungen. Dies war auch in Eisenach der Fall.¹⁰⁴ Im Zuge der Entscheidung zum Produktionsstopp, der von der Treuhandanstalt mehrfach korrigiert wurde, organisierten die IG Metall und der Betriebsrat gemeinsam mehrere Kundgebungen in der Stadt und als Höhepunkt die Blockade der Autobahn A4 zwischen den Anschlussstellen Eisenach Ost und West für eine Stunde am 25. Januar 1991.¹⁰⁵ Der damit öffentlich generierte Druck beeinflusste die Treuhandanstalt zur Verschiebung des Produktionseinstellungsdatums, sodass nun noch bis Ende März die Materialbestände aufgebraucht werden konnten.

In Vorbereitung auf die Produktionseinstellung und die Zeit danach lag das Hauptaufgabenfeld des Betriebsrates in der Interessenvertretung der noch im AWE beschäftigten Mitarbeiter:innen inkl. der Kurzarbeiter:innen sowie der bereits in den Vorruhestand oder die Erwerbslosigkeit Entlassenen. So wurde im April 1991, kurz nachdem der letzte Wartburg vom Band gelaufen war, zwischen der Geschäftsführung der AWE GmbH und dem Betriebsrat eine Vereinbarung zum Interessenausgleich getroffen.¹⁰⁶ Darin aufgenommen wurde beispielsweise ein Kündigungsschutz bis zum Jahresende für die Mitarbeiter:innen, die nach der Produktionseinstellung in Null-Stunden Kurzarbeit geschickt wurden.¹⁰⁷

102 Interessenvertreter der Arbeitnehmer der AWE GmbH Peter Bachmann: Mitteilung über das Ergebnis der Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der AWE GmbH vom 6.8.–8.8.1990, 14.08.1990, Aawe, 30.8.4 8, S. 13 f.

103 Betriebsratsvorsitzender der AWE GmbH: Klarstellung, 22.01.1991, BArch, B 412/3765, S. 545.

104 Uellenberg-van Dawen: Gewerkschaften und deutsche Einheit, S. 64.

105 Manfred Hitzeroth: Ab fünf vor zwölf ist heute die Eisenacher Autobahn dicht. AWE-Arbeiter protestieren mit Blockade gegen die Schließung des Werks, in: Thüringische Landeszeitung, 25.01.1991.

106 Betriebsratsvorsitzender der AWE GmbH; Geschäftsführer AWE GmbH: Vereinbarung zum Interessenausgleich, 17.04.1991, BArch, B 412/36786.

107 Ebd.

Damit statuierte der Betriebsrat, dass er gegen Kündigungen zum 31. Dezember 1991 keine Einwände geltend machen würde. In der Vereinbarung fand sich eine Reihe weiterer Regelungen, zum Beispiel zu Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen sowie die Ausarbeitung eines zweiten Sozialplanes. Auch die betriebsseitigen Verpflichtungen wurden dargelegt: Das AWE musste sich verpflichten, die bestehenden Ausbildungsverträge vertragsgemäß zu beenden sowie bei der Sanierung verbliebener Betriebsteile (unter Treuhandverwaltung) dafür zu sorgen, dass dort vorrangig AWE-Mitarbeiter:innen eingestellt werden würden.

Maßnahmen zur sozialen Abfederung sollte der zweite Sozialplan nun auch für die Mitarbeiter:innen bereitstellen oder diese einschließen, die bis zum 31. März 1991 Betriebsangehörige gewesen waren.¹⁰⁸ Die Ausgestaltung und der letzte Abschluss dieser zweiten Fassung im August 1991 wurde jedoch von Konflikten zwischen dem Betriebsrat der AWE GmbH und der Treuhandanstalt begleitet, die den Sozialplan erst nach langen Verhandlungen unterzeichnete. Uneinig waren sich die Verhandlungspartner über Abfindungszahlungen für Mitarbeiter:innen des AWE, die schon vor der Produktionseinstellung den Betrieb verlassen hatten.¹⁰⁹ Nach Auffassung der Treuhandanstalt sollten all diejenigen, die vor dem 1. April 1991 aus dem AWE ausgeschieden waren, keine Abfindung erhalten, sondern nur die, die zur Produktionseinstellung noch über einen Arbeitsvertrag mit dem AWE verbunden waren – was etwa 7.000 Personen betraf.¹¹⁰ Der Sozialplan wurde letztlich für eben jenen Kreis der Anspruchsberechtigten bestätigt, sodass für ca. 2.200 vor dem 1. April 1991 ausgeschiedene Mitarbeiter:innen zunächst kein Konsens erzielt werden konnte.

Ausblick und Zusammenfassung

Der Aufbau von parteiunabhängigen Gewerkschaften in der DDR und die Wahl von Arbeitnehmerververtretungen und Betriebsräten nach westdeutschem Vorbild können als positive und gelungene Beispiele des Institutionentransfers nach 1989 gesehen werden.¹¹¹ Bis zur ersten Betriebsratswahl im AWE im August 1990 blieben die Mitglieder der Betriebsgewerkschaft im Amt und agierten für die Mitarbeiter:innen im Betrieb als freie Interessenvertretung ohne Parteiauftrag, übten Kritik und setzten sich für Verbesserungen im Arbeitsleben ein. Dadurch wurden viele soziale Disparitäten des sozialistischen Betriebsalltags offen angesprochen und kritisiert sowie nach Lösungsstrategien gesucht.

108 Sozialplan & Betriebsvereinbarungen, 13.08.1991.

109 Helmut Ingrisch: Absturz statt Abfederung. Soziale Gleichstellung für AWE-Beschäftigte abgelehnt, in: Thüringer Allgemeine 2, 10.08.1991, S. 4.

110 Ebd., S. 4; Claudia Lippert: AWE-Betriebsrat stellt Ultimatum. Treuhand soll Sozialplan unterzeichnen, in: Eisenacher Tagespost, 10.08.1991.

111 Engelhard, Betriebliche Mitbestimmung im Praxistest, S. 211.

Betriebsgewerkschaftsleitung und später der Betriebsrat übernahmen im Automobilwerk die Rolle des Vermittlers zwischen den Mitarbeiter:innen und der Betriebsleitung sowie der Treuhandanstalt. Nach der Währungsunion mussten die Mitglieder neue soziale Ungleichheiten verhandeln, wie Personalfragen, Entlassungen, und den ersten Sozialplan. Dazu kam die Mitwirkung an Beschäftigungsgesellschaften, die Verhandlung von besonderen (Härte-)Fällen, Kündigungsschutzklagen und auch die Begleitung der Liquidierung und Abwicklung des Betriebes.¹¹² Auch die besonderen Schwierigkeiten für Frauen, insbesondere für ältere, Mütter oder Alleinerziehende, verhandelten die Betriebsgewerkschaft sowie der Betriebsrat in ihrer Arbeit, beispielsweise in der Ausgestaltung des Sozialplanes. Die Angehörigen des Betriebsrats AWE blieben unterdessen auch noch Jahre nach der Liquidation aktiv – seine letzten Mitglieder gründeten den bis 2014 bestehenden Verein »Freunde des Automobilbaus der Region Eisenach«.

Frauen waren auch im Automobilwerk Eisenach die »Wendeverliererinnen« und ungleich häufiger von Entlassungen, Arbeitslosigkeit und neuen prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen. In Eisenach waren zeitweise über 60 Prozent der als arbeitslos gemeldeten Einwohner:innen weiblich. Alleinerziehende, ältere Frauen sowie Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern waren von den Folgen der »Wiedervereinigung« stärker betroffen als Frauen ohne Kinder und solche im mittleren Alter. Der Verlust betriebseigener Betreuungs- und Versorgungsangebote stellte sich besonders für weibliche Beschäftigte als Nachteil dar, weil diese die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben deutlich vereinfacht hatten. Damit wurden auch die Chancen des beruflichen Wiedereinstieges auf dem Arbeitsmarkt negativ beeinflusst, denn Frauen wurden so zu einer unsicheren betriebswirtschaftlichen Komponente. Männer besaßen darum auf dem Arbeitsmarkt bedeutend bessere Möglichkeiten, um nach dem Verlust des Arbeitsplatzes auch ohne ABM-Maßnahmen in eine Neuansstellung zu gelangen. Frauen waren insgesamt besonders und häufiger von den Begleiterscheinungen des marktwirtschaftlichen »Aufbau Ost« betroffen.

112 Betriebsratsvorsitzender der AWE GmbH i.L.: Gütevergleich – Kündigungsschutzklage, 05.05.1992, Aawe, 30.8.4 9, S. 2.

Akteure im Transformationsprozess

Das Beispiel der ADDINOL Mineralöl GmbH 1990–1998¹

Der Schmierstoffhersteller Addinol in Krumpa, Sachsen-Anhalt war ein mittelgroßes Unternehmen im »Mitteldeutschen Chemiedreieck«. Sein Standort lag etwa 15 Kilometer von dessen Zentren Leuna und Buna entfernt, im Braunkohlerevier Geiseltal. Das ursprüngliche Mineralölwerk Lützkendorf in Krumpa stammte aus der Zeit der nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen. Hier sollten aus Braunkohle der Geiseltal-Tagebaue Kraft- und Schmierstoffe hergestellt werden. Nach Kriegsende stieg der Standort zum wichtigsten Schmierstoffproduzenten der DDR auf. Bis 1967 gingen neue Ausbauten und Werksteile in Betrieb. Über Leuna an das Druschba-Pipelinesystem angeschlossen, fertigte Lützkendorf veredelte Schmierstoffe auf Basis sowjetischen Erdöls. Spätestens in den 1980er Jahren prägten Investitionsstau und verschlissene Anlagen das Bild. Als hochintegrierter Fertigungsstandort mit über 3.500 Arbeitskräften sah sich das überalterte Mineralölwerk Anfang 1990 schlecht gerüstet für den kapitalistischen Wettbewerb. Im Frühjahr 1990 löste sich der VEB Mineralölwerk Lützkendorf aus der Verwaltungsstruktur des PCK Schwedt. Der jetzt eigenständige Betrieb nutzte seinen Markennamen und firmierte unter ADDINOL Mineralöl GmbH Lützkendorf. Um die Zukunftsperspektiven des ausgedehnten Chemiekomplexes entspann sich ein zähes Ringen, das fast die gesamten 1990er Jahre über andauerte.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Rolle der einflussreichen Akteure in diesem Prozess. Dazu gehörten die Geschäftsführung, der Betriebsrat, die Treuhandanstalt bzw. später Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (THA/BvS), die Landespolitik und die Chemiegewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) bzw. später IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Die Anrainerkommunen des Geiseltals waren zwar direkt betroffen und engagierten sich, ihr Einfluss auf die Entscheidungen blieb aber verhältnismäßig gering. Ihnen blieb größtenteils die Aufgabe, das soziale und kulturelle Leben der Region zu restrukturieren, als dessen Herzstück Addinol ausfiel. Auch mussten sie ihre bisher rein industriell gedachten Infrastrukturen an die Bedürfnisse der Einwohner:innen und des Tourismus am neu entstehenden Geiseltalsee anpassen.

1 Dieser Beitrag basiert auf der unveröffentlichten Masterarbeit des Autors: Konrad Bunk: Akteure im Transformationsprozess – Die ADDINOL Mineralöl GmbH 1990–1998, Universität Leipzig, Leipzig 2021.

Modernisierung, Privatisierung, Optimismus verbreiten – die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der ADDINOL Mineralöl GmbH bemühte sich ab 1990, das Unternehmen zu modernisieren. Das war notwendig, um die Privatisierung und als deren Voraussetzung ökonomische Effizienz zu erreichen. 1990 ging die Addinol-Geschäftsführung ein Joint-Venture mit Shell ein, das sich allerdings zum Desaster auswuchs. Die Tochterfirmen hätten Addinols Produkte abnehmen und mit denen Shells gemeinsam vertreiben sollen. Tatsächlich waren die Verträge aber unkonkret, was Shell geschickt ausnutzte. Mithilfe der Insiderkenntnisse des Addinol-Personals über die Kunden flutete der »Partner« den ostdeutschen Markt. Addinols Industriegeschäft brach sofort ein.²

Um die Produktion zu modernisieren, legte die Geschäftsführung besonders verschlissene Werksteile, wie das Braunkohlekraftwerk aus den 1930er Jahren, still. Auch das neuere Öl-Kraftwerk brauchte dringend Investitionen.³ Um die hohen Produktionskosten zu senken, setzte die Geschäftsführung beim Energieverbrauch an und investierte in bessere Isolierungen der Anlagen. Trotzdem blieb der Verbrauch um ein Vielfaches höher als bei vergleichbaren Konkurrenzbetrieben.⁴ Eine modernisierte Abfallentsorgung sollte die Umweltbelastung verringern. Hier investierte die Geschäftsführung in Anlagen, die Produktionsabfälle deponiefähig machten, statt sie wie bisher in den Tagebau einzuleiten.⁵

Die Produktpalette profitierte von der guten Entwicklungsabteilung des Unternehmens. Die neuen Öle im Kfz-Bereich erreichten schnell alle bundesdeutschen Marktstandards. Bis 1997 war Addinol Erstausrüster bei etwa 20 Prozent aller in Deutschland hergestellten Neuwagen geworden. Ab 1993 stellte Addinol die Produktion der Raffinerie auf andere Rohstoffe um und konnte so mit seinen alten Anlagen erfolgreich ins Marktsegment moderner Hochleistungs-Schmierstoffe einsteigen. Der Absatz dieser Gruppe verdoppelte sich bis 1997 in jedem Jahr.⁶

Die Bemühungen zur Privatisierung erbrachten allerdings 1990 und 1991 keine Ergebnisse. 1992 plante die THA, Addinol gemeinsam mit den nahen Leunawerken und der

2 Vgl. Konrad Bunk: Transkript des Zeitzeugengesprächs mit Georg Wildegger vom 10.12.2020, S. 18.

3 Vgl. Annemarie Lukesch: Kraftwerk Süd künftig allein Energie-Zentrale für Raffinerie und Territorium, in: Analyse 9/91, o. D., Privataarchiv Gerd Seela, S. 4.

4 Vgl. Annemarie Lukesch: Schutzhülle aus Trapezalu unterstützt Energiesparprogramm und beugt Korrosionsschäden vor. Isolierarbeiten im Zwischentanklager bringen Unternehmen 80-prozentige Einsparung an Wärmeenergie, in: Analyse 2/92, o. D., Privataarchiv Gerd Seela, S. 5 sowie Frank Zimnol: Ein Schuß Frischöl im Addinol-Getriebe – Aufwärtstrend nach Privatisierung unverkennbar – Weg bis zur Gewinnzone aber noch steinig, in: Mitteldeutsche Zeitung, 25.08.1994, S. 6.

5 Vgl. Annemarie Lukesch: Unbedenkliche Entsorgung: Zwei-Phasen-Dekanter für Schlammmentwässerung, in: Analyse 2/92, o. D., Privataarchiv Gerd Seela S. 6 f.

6 Vgl. Joachim Pöhler: ADDINOL – Zwei Jahre Wirtschafts- und Währungsunion. Privatisierungsfreundlich, aber noch nicht über den Berg, in: Analyse 2/92, o. D., Privataarchiv Gerd Seela, S. 3; Gerhard Grulke: Von Trabi-Wissen zu Mercedes-Know-how – Moderner Hydro-Cracker soll in Krumpa gebaut werden – Rahmenbedingungen wurden erfüllt, in: Mitteldeutsche Zeitung, 11.09.1997.



Abb. 1: Luftaufnahme Krumpa (Vordergrund), Addinol-Werk (Mitte) aus Richtung Westen, ca. 1990–1993.

Tankstellenkette Minol als Paket zu privatisieren. Leuna war Addinols wichtigster Rohstofflieferant, Minol der bedeutendste Kunde. Auch die Geschäftsführung setzte ihre Hoffnungen in diese Lösung. Im Sommer 1992 entschied sich das Konsortium um den französischen Staatskonzern Elf Aquitaine aber gegen einen Kauf von Addinol. Zusammen mit Betriebsrat und Gewerkschaft wehrte sich die Geschäftsführung verbissen gegen die latent drohende Abwicklung. Sie verwies gegenüber der THA auf wachsende Absätze, neue Lieferverträge mit Volkswagen und präsentierte ein »Überlebenskonzept«. Außerdem schaltete sie die Landesregierung ein und beklagte, wegen der laufenden Elf-Verhandlungen der THA habe sie keine eigene Lösung suchen dürfen. Tatsächlich konnten im Abwicklungsreferat der THA nun wieder Verhandlungen geführt werden, zum Teil intensiver als zuvor. Dass die Geschäftsführung in der zweiten Jahreshälfte 1992 die Erdölbranche regelrecht durchkämmte, bewahrte das Unternehmen vor dem unmittelbaren Aus. Trotz der öffentlich präsentierten Selbstsicherheit des Geschäftsführers scheiterten aber alle Gespräche. 1993 sollte deshalb eine Konsortiumslösung gefunden werden. Verschiedene Optionen mit Unternehmen aus den GUS-Staaten lagen auf dem Tisch. Der Geschäftsführer kündigte schließlich im Mai die Privatisierung binnen fünf Wochen an, was auch eintrat. Ein Konsortium um das Staatsunternehmen Baschresursy aus der rus-

sischen Teilrepublik Baschkortostan sollte den Zuschlag bekommen. Allerdings erhielt der Konzern keine Exportgenehmigungen für sein Erdöl, womit er den Deal hatte bezahlen wollen. Im November 1993 stand Addinol nach rückabgewickelter Verkauf deshalb erneut vor dem Aus.⁷

Schon lange hatte der Betrieb Kontakte zur Mineralölraffinerie Dollbergen in Niedersachsen unterhalten. Über dieses Netzwerk entstanden seit 1990 immer wieder Verbindungen zu verschiedenen Wirtschaftsprüfern und der Prüfungsgesellschaft KPMG. Einer der Prüfer vermittelte in der schwierigen Lage 1993/94 eine neue Privatisierungsoption, sodass schließlich der Anwalt Ludger-Anselm Versteyl im Mai 1994 Addinol mit einer GmbH übernahm. Versteyl berief den KPMG-Mann Georg Wildegger, seit 1990 in verschiedenen Rollen bei Addinol, als Geschäftsführer und brachte mit Hans Koehn einen Branchenexperten und ehemaligen Besitzer der Dollbergener Raffinerie in den Aufsichtsrat. Vertriebschef wurde Peter Streletz, vormals THA-Manager.⁸

Addinols Umsätze wuchsen seit der Privatisierung, die Verluste schrumpften 1994 um ein Drittel. Trotz dieser positiven Entwicklung veranlasste Versteyl die Geschäftsführung, auf zweifelhaften Wegen den Kapitalbedarf des Unternehmens zu sichern. Dies geschah etwa durch Rückzahlungsforderungen eines Treuhand-Darlehens über 3,36 Millionen DM vom ehemaligen Tochterunternehmen ADDINOL Sanierungsgesellschaft mbH, womit die Tochtergesellschaft per Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) das Werksge­lände saniert hatte. Gegen den Abzug unverhältnismäßig hoher Beraterhonorare durch den Investor wehrte sich die Geschäftsführung teilweise. Weil Versteyl seine verpflichtenden Investitionsversprechen nicht einhielt, hielten Land und BvS ihre Mittel zurück. Die Geschäftsführung konnte nur vermitteln. Als 1996 die Konflikte zwischen Versteyl, dem Land Sachsen-Anhalt, der BvS, der Geschäftsführung und nun auch dem Betriebsrat eskalierten, musste das Unternehmen aus Geldmangel in Liquidation gehen. Ende 1996 ließ Versteyl seine Anteile ruhen, mit der Auflage, sie für eine DM an künftig Interessierte abtreten zu müssen.⁹

Damit lag die Initiative wieder bei der Geschäftsführung. Sie entwickelte ein neues Konzept, wie die durchaus erfolgreichen Addinol-Produkte künftig hergestellt werden sollten. Denn weil in den neuen Leunawerken bisherige Nebenprodukte nicht mehr entstehen sollten, brachen der Krumpaer Raffinerie Rohstoffe weg. Die Geschäftsführung plante, die Rohstoffe künftig selbst zu gewinnen, entweder mittels Altanlagen aus Leuna oder neuer Technologie. Mit einem Investitionsbedarf zwischen 120 und 300 Millionen DM sollten so langfristig 500 bis 600 Arbeitsplätze am Standort gesichert werden. Elf

7 Vgl. Gerd Seela: Chronik der Addinol Mineralöl GmbH, hier S. 8 sowie Frank Zimnol, Schmierstoffspezialist in festgefahrener Lage – Treuhand machte Kaufvertrag mit Baschkiren rückgängig – Nun Verhandlungen mit Russen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 10.11.1993, S. 5.

8 Vgl. Bunk, Transkript Wildegger, S. 5.

9 Vgl. Millionen-Finanzhilfe sichert den Fortbestand von Addinol Einigung im Streit mit Land und Treuhandnachfolgerin erzielt, in: Mitteldeutsche Zeitung, 27.12.1996.

Aquitaine weigerte sich jedoch, überflüssige Anlagen aus Leuna an Addinol zu verkaufen.¹⁰ Trotz stetig wachsender Absätze und immer besserer Umsätze scheiterten auch 1997 alle Verhandlungen mit Investoren auf Grundlage der neuen Technikkonzepte. Die ADDINOL Mineralöl GmbH musste deshalb am 23. Oktober 1997 die Gesamtvollstreckung anmelden, das Ende der Schmierstoffraffinerie stand fest. Nach zähen Verhandlungen stimmten Land und BvS einem MBO / MBI¹¹ als Auffanglösung für 130 bis 150 Arbeitsplätze zu. Mit neuen Mischanlagen sollten zugekaufte Grundöle zu Endprodukten der Marke Addinol verarbeitet werden. Georg Wildegger, Hans Koehn und Peter Strelitz gründeten in der Gesamtvollstreckung die ADDINOL Lube Oil GmbH, die die neuen Anlagen betreiben sollte. Diese Lösung scheiterte 1998, denn die EU-Kommission genehmigte die umfangreichen Umstrukturierungsbeihilfen von Land und BvS nicht.¹² Die drei Manager konnten und wollten ihren Eigenkapitalanteil von 5 Mio. DM nicht auf geforderte 10 Mio. DM erhöhen. Sie verließen stattdessen mit der nunmehr reinen Vertriebsfirma ADDINOL Lube Oil GmbH und 50 Mitarbeitenden den alten Standort Krumpa im Jahr 2000.

Schrumpfung sozial abfedern, Standort erhalten – der Betriebsrat

Seit den ersten Betriebsratswahlen im Sommer 1990 hatte Addinol ein Vertretungsorgan nach bundesdeutschem Recht. Betriebsratsvorsitzender wurde Gerd Seela, der zuvor schon Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung gewesen war. Nach seiner Wiederwahl 1994 blieb Seela bis zum Ende der Krumpaer Raffinerie im Amt.¹³

Auf den Betriebsrat kamen ab 1990 langwierige Sozialplanverhandlungen zu. Anfangs hielt er selbst einen Personalabbau für notwendig. Gemäß dem Sozialplan 1990/91 schrumpfte Addinols Belegschaft um 1.813 Stellen oder 53 Prozent bezogen auf den Stand vom Juli 1990. Hier ging es aus Sicht des Betriebsrats nicht um das »Ob«, sondern

10 Vgl. Addinol steht vor der Abwicklung Schmierstoff-Hersteller in Sachsen-Anhalt mußte Gesamtvollstreckung beantragen. Auffanglösung in wenigen Wochen, in: Die Tageszeitung, 28.10.1997, S. 8; Frank Zimmler: Konzern aus Thailand hat Pläne mit Addinol – Politiker haben nun das letzte Wort – Kauf alter Leuna-Anlagen von Elf Aquitaine verhindert, in: Mitteldeutsche Zeitung, 02.08.1997; Bunk, Transkript Wildegger, hier S. 8 ff.

11 Management Buy Out / Management Buy In, internes und externes Managementpersonal übernimmt ein Unternehmen.

12 Vgl. Entscheidung der Kommission vom 16. Dezember 1998 über eine Beihilfe Deutschlands zugunsten der ADDINOL Mineralöl GmbH i.GV und der ADDINOL LUBE Oil GmbH & Co. KG (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 3867) sowie Bei Addinol nun selbst kleine Lösung in Gefahr EU will mehr Privatkapital – Geldgeber lehnen ab – Nur noch Chance für Vertrieb, in: Mitteldeutsche Zeitung, 24.10.1998.

13 Vgl. Konrad Bunk: Transkript des Zeitzeugengesprächs mit Gerd Seela vom 12.11.2020, S. 4, 14 sowie Dieter Kropp: Wir wollten den Wandel. Über den Beitrag der Beschäftigten und ihrer Vertretungen zum Erhalt des ostdeutschen Chemiedreiecks, Magdeburg 2003, S. 69.

das »Wie«. Grundsätzlich war er nicht davon überzeugt, dass Abspaltungen und Ausgliederungen der richtige Weg sein würden. Die Geschäftsführung sollte mit Kosten-Nutzen-Analysen deren Wirksamkeit konkret belegen.¹⁴

Für zwei Drittel aller vom Stellenabbau Betroffenen gelang es, am Ende andere Auswege als betriebsbedingte Kündigungen zu finden. 601 Beschäftigte erhielten die Kündigung. Energisch pochte der Betriebsrat auf Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen für Belegschaftsangehörige ab 57 Jahren. Das setzte er in insgesamt 442 Fällen durch, z. T. gegen den Widerstand der Betroffenen. 446 Beschäftigte fanden (zumindest zeitweise) einen Arbeitsplatz bei abgespaltenen Unternehmensteilen. In vielen Fällen blieben diese Jobs aber direkt vom Kernunternehmen abhängig. Nur 51 Mitarbeitende fielen in den Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Sie sollten stillgelegte Werksteile abreißen.¹⁵

Am 20. März 1991 fand in Leuna eine Großdemonstration von Belegschaften des »Chemiedreiecks« in Leuna statt. Anlass war die prekäre Lage der Unternehmen, der massenhafte Stellenabbau in allen Betrieben und die damit verbundene Politik der THA. Im Vorfeld präsentierten die Betriebsratsvorsitzenden u. a. von Buna, Leuna und Addinol ihre Forderungen in der Presse. Gerd Seela beschrieb den Absatzeinbruch, den Schrumpfungsprozess und sein Hauptproblem: die Sozialplanverhandlungen. Größtes Hindernis sei, dass die THA sich weigere, die Sozialkosten zu tragen. Während andere Betriebsratsvorsitzende lauthals Sanierungen ihrer Betriebe durch die THA einforderten, beschränkte sich Seela auf die Sozialplankosten. Die THA müsse die soziale Abfederung der Schrumpfung mittragen.¹⁶

Nach dem ersten Sozialplan schwand die Bereitschaft des Betriebsrats zum weiteren Arbeitskräfteabbau. 1992 konnte er sich lange nicht mit der Geschäftsführung auf einen Sozialplan zur Schrumpfung auf 1.000 Beschäftigte einigen.¹⁷ Anfang 1993 liefen weitere Verhandlungen für einen Sozialplan im Zeitraum von Oktober 1992 bis März 1994. Die Geschäftsführung visierte 800 Beschäftigte zum 1. April 1993 und 650 zum 1. Januar 1994 an. Der Betriebsrat lehnte das ab. Er forderte, auf anderem Wege Mittel einzusparen und sich mehr auf niedrigere Produktionskosten sowie höhere Absätze zu konzentrieren. 800 Arbeitsplätze bewertete er als Untergrenze, um Addinols Bedeutung in der Region

14 Vgl. Zuarbeit zur Stellungnahme »Personalabbau« vom 05.02.1993, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 255; Aufsichtsrat der ADDINOL Mineralöl GmbH Lützkendorf: Darstellung des Personalabbaus für den Zeitraum 01.07.90–31.12.91, 10.03.1991, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 236 sowie Bunk, Transkript Seela, S. 4.

15 Vgl. Bunk, Transkript Seela, S. 14 sowie Aufsichtsrat der ADDINOL Mineralöl GmbH Lützkendorf: Darstellung des Personalabbaus für den Zeitraum 01.07.90–31.12.91, 10.03.1991, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 236.

16 Vgl. Frank Zimnol: Chemiewerker wollen klare Aussagen über die Zukunft ihrer Unternehmen – Regierungen und Treuhand sollen Beschlüsse fassen – Großdemo in Leuna, in: Mitteldeutsche Zeitung, 09.03.1991, S. 5.

17 Vgl. Interessenausgleich und Sozialplan 1992, in: Betriebsratsmagazin, 27.04.1992, S. 3.

nicht zu gefährden. Das hohe Überstundenaufkommen bestätigte seine Haltung. Drohungen der Geschäftsführung, die THA würde von Addinol nur noch eine Abfüllstation übriglassen, dürften dazu beigetragen haben, dass der Betriebsrat während der Privatisierungsverhandlungen 1993 den Schrumpfungsplänen schließlich doch noch zustimmte. Diesmal sollten nach seinem Willen alle Betroffenen in Sanierungsmaßnahmen wie der ADDINOL Sanierungsgesellschaft untergebracht werden. Dort warteten mit befristetem Arbeitsvertrag u. a. Tätigkeiten in Grün- und Landschaftspflege der Region.¹⁸

Betriebsrat und Geschäftsführung hielten 14-tägig gemeinsame Beratungen ab. Hier besprachen sie unternehmensinterne Konflikte und stimmten ihre Strategien bei den Privatisierungsbemühungen ab. Im November 1992 machte die Geschäftsführung Druck, Kündigungsschutzklagen der Belegschaft belasteten die vertrauensvolle Kooperation mit dem Betriebsrat beim Personalabbau, so der Vorwurf. Es müssten dann andere Leute entlassen werden.¹⁹ 1994 sah der Betriebsrat sich veranlasst, die Belegschaft in einer eigenen Publikation darauf hinzuweisen, dass Kündigungsdrohungen von Führungskräften in Beschwerdefällen beim Betriebsrat nicht rechtmäßig sind. Der Betriebsrat kündigte an, gegen solche Drohungen vorzugehen.²⁰

Für »normale« Gremienarbeit, das Aushandeln von Betriebsvereinbarungen und die Information der Belegschaft über ihre Rechte hatte der Betriebsrat laut Seela im Zeitraum 1990 bis 1994 nur wenig Kapazitäten. Die Zukunftsperspektiven des Unternehmens hätten das meiste Engagement gefordert. Deshalb blieben auch brisante Konflikte mit der Geschäftsführung nicht lange ohne Einigung. Als eigentlichen »Gegner« sah der Betriebsrat äußere Akteure, wie die THA oder »die« Politik.²¹

Von Beginn an betrachtete der Betriebsrat neben der permanenten Schrumpfung die Suche nach Privatisierungsmöglichkeiten als wichtigstes Aufgabenfeld. Spätestens seit 1992 bei der THA Bewegung in den Fall Addinol kam, reiste auch der Betriebsratsvorsitzende regelmäßig nach Berlin, nach Magdeburg oder zur Gewerkschaft nach Hannover. Geschäftsführung und Betriebsrat bereiteten solche Reisen gemeinsam vor, stimmten ihre Strategien ab und informierten einander über die Ergebnisse. Von Neuigkeiten der

18 Vgl. Aufsichtsrat der ADDINOL Mineralöl GmbH Lützkendorf, Ablauf, 26.02.1993, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl. 236; Protokoll über die Arbeitsabstimmung vom 01.02.1993, LASA Merseburg, I524, 2. Abl. 297; Protokoll über die außerordentliche Betriebsratssitzung zur Aufnahme der Verhandlungen zum Interessensausgleich, 05.02.1993, LASA Merseburg, I524, 255; Interessensausgleich vom 07.04.1993, LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 297 sowie Rainer Wissenbach: Jungen Eichen Luft verschafft – ABM-Mitarbeiter schwangen die Sensen – Nachgepflanzte Bäume sind gut angewachsen – Der Chef sorgte für scharfe Blätter, in: Mitteldeutsche Zeitung, 31.07.1996.

19 Vgl. Protokoll über die Arbeitsabstimmung vom 09.11.1992, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 297.

20 Vgl. Wer sich noch einmal beim Betriebsrat beschwert, kann sich seine Papiere holen!, in: Betriebsratsmagazin, 01.08.1994, Privatarchiv Gerd Seela, S. 3.

21 Vgl. Bunk, Transkript Seela, S. 14.

Reisen berichtete der Betriebsratschef dann auch der Belegschaft, etwa der geplanten Privatisierung mit Leuna und Minol im April 1992.²²

Im Herbst dieses Jahres nahmen auch Addinol-Betriebsräte an der »Betriebsräteinitiative«²³ ostdeutscher Unternehmen teil. Sie reisten zu Demonstrationen nach Bonn und beteiligten sich dort an Gesprächen mit den Parteien. Hatte Gerd Seela noch im März 1991 vor allem Sozialkostenübernahme von der THA verlangt, so bekundete er jetzt das Einverständnis mit der SPD, die wirtschaftliche Investitionen der THA in die Betriebe forderte. Als Erfolg aus Addinol-Sicht galt, dass Seela an einem Gespräch mit der Regierungskoalition im Bundestag teilnehmen sollte, um dort Krumpaer Interessen zu vertreten.²⁴

Oft traten Geschäftsführer und der Betriebsratsvorsitzende gemeinsam in Verhandlungen auf, so zum Beispiel, als es im Sommer und Herbst 1993 Probleme beim Verkauf an Baschresursy gab. Die beiden Krumpaer Vertreter nahmen mehrfach an Krisengesprächen mit Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) teil. Auch vor Besuchen von politischer Prominenz im Betrieb koordinierten Betriebsrat und Geschäftsführung das Programm gemeinsam. Seela betont heute, der Betriebsrat sei umfassend an den Privatisierungsgesprächen beteiligt gewesen, nicht aber gleichrangig mit der Geschäftsführung.²⁵

Die Betriebsratswahlen 1994 fielen zusammen mit dem Verkauf des Unternehmens an den Anwalt Versteyl. Seela und mehrere andere Betriebsratsmitglieder wurden wiedergewählt, einige traten auch aus Frustration über die Schrumpfung des Betriebs nicht erneut an. Die Belegschaftsvertretung glaubte Versteyls Investitionsversprechen für 1.250 Arbeitsplätze und störte sich zunächst nicht daran, dass die Energieversorgung künftig auch durch Müllverbrennung gedeckt werden sollte. In den bald entstehenden Konflikten mit Versteyl entfaltete der Betriebsrat hektische Betriebsamkeit. Er schickte Vertreter zu Krisengesprächen mit der Landesregierung nach Magdeburg, führte fortlaufend Telefonate mit allen wichtigen Konfliktparteien, mobilisierte Gewerkschaftsfunktionäre und bemühte sich um einen Ausgleich zwischen Versteyl und dem Landeswirtschaftsministerium. Hinter den Kulissen war der Betriebsrat seit Herbst 1994 jedoch unzufrieden mit dem Investor, 1995 wuchsen die Konflikte. Der Investor hatte erkannt, dass das Engagement des Betriebsrats bei Addinols Geldgebern wirksam sein konnte, und wollte

22 Vgl. z. B. Protokoll über die Arbeitsabstimmung vom 07.03.1994, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 297; Protokoll über die Arbeitsabstimmung vom 15.02.1994, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 297; Protokoll über die Arbeitsabstimmung vom 13.12.1993, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 297 sowie Wie steht's um die Privatisierung unseres Unternehmens?, in: Betriebsratsmagazin, 22.04.1992, Privatarchiv Gerd Seela, S. 1.

23 Vgl. dazu den Beitrag von Jary Koch in diesem Band.

24 Vgl. Bericht aus Bonn, in: Betriebsratsmagazin, 02.11.1992, Privatarchiv Gerd Seela, S. 1 f.; Wahrheit aus erster Hand für den Kanzler, in: Neues Deutschland, 10.09.1992.

25 Vgl. Wie steht's um die Privatisierung, in: Betriebsratsmagazin, 07.10.1993, Privatarchiv Gerd Seela, S. 1; Wir kümmern uns um jedes Gewerbe, in: Betriebsratsmagazin, 07.10.1993, Privatarchiv Gerd Seela, S. 2; Protokoll über die Arbeitsabstimmung vom 01.02.1993, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 297; Bunk, Transkript Seela, S. 7.

den Vorsitzenden in seinem Sinne einspannen. Seela wies Versteyl aber darauf hin, dass es nichts bringe, wenn er bei der BvS versuche »Druck auszuüben«, weil er, Versteyl, es sei, der Hilfe brauche.²⁶

Im Frühjahr 1996 positionierte der Betriebsrat sich offen gegen Versteyl, als dieser den Aufsichtsrat im Konfliktfall um die zu hohen Beraterhonorare umbesetzte. Mit einer Unterschriftenaktion forderte die Belegschaftsvertretung Versteyl im Herbst 1996 auf, den Forderungen des Landes nachzugeben und als Investor zurückzutreten. Addinols Geldmangel war zu diesem Zeitpunkt schon so groß, dass Löhne und Gehälter nicht mehr gezahlt werden konnten. Seelas Darstellung nach bereute er, Versteyls Versprechen geglaubt zu haben, man sei von ihm »veralbert« worden.²⁷

Alle Mühe und Zugeständnisse des Betriebsrats für eine Perspektive bei Addinol konnten die Gesamtvollstreckung im Oktober 1997 nicht verhindern. Als es am Jahresende um die sofortige Notabschaltung mit Entlassung des restlichen Personals ging, verließ die Belegschaftsvertretung erstmals ihren kooperativen Kurs. Um eine Auffanglösung zu erzwingen, organisierte der Betriebsrat ab 29. November 1997 über einen Monat lang Streiks und Mahnwachen am Werkstor. Er drohte, im Notfall werde man den Betrieb besetzen.²⁸ Der erbitterte Widerstand hatte nur kurzen Erfolg. 1998 lehnte die EU-Kommission die Subventionen der Auffanglösung wegen des geringen Eigenkapitals der Gesellschafter ab. Auf die Entscheidung der neuen ADDINOL Lube Oil GmbH, Krumpa aufzugeben und als Vertriebsfirma weiterzumachen, hatte der alte Betriebsrat keinen Einfluss mehr. Der Vorsitzende Seela ging in »Kurzarbeit null« und anschließend in Rente.²⁹

Ein einflussreicher Fürsprecher – die Chemie-Gewerkschaft

Im Jahr 1989 und Anfang 1990 gingen die innerbetrieblichen Umwälzungen im Mineralölwerk Lützkendorf wesentlich auf Basisleute der FDGB-Gewerkschaft zurück. Sie brachten den Wandel in Gang, die SED verschwand aus dem Betrieb, die Werkszeitung erschien nicht mehr unter Parteikontrolle. Gerd Seela, bisher Funktionär der FDGB-Gewerkschaft IG Chemie, Glas und Keramik (IG CGK) und Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), gelangte im April 1990 erneut in den Zentralvorstand, der auf eine Integration in

26 Vgl. Bunk, Transkript Seela; Die Privatisierung ist vollzogen, in: Betriebsratsmagazin, 01.09.1994, S. 1 sowie Seela, Chronik der Addinol Mineralöl GmbH, S. 13f., 16.

27 Bunk, Transkript Wildegger, S. 14. Vgl. außerdem Seela, Chronik der Addinol Mineralöl GmbH, S. 18f.; Brüssel gibt Kredite frei – Lage damit aber noch nicht entspannt – Lohnzahlungen offen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 21.11.1996; Bunk, Transkript Seela, S. 19.

28 Vgl. Elke Jäger: Das Geiseltal steht an der Seite von Addinol – Gestern Mahnwachen mit Trillerpfeifen – Betriebsversammlung an der Kreuzung im Dorf, in: Mitteldeutsche Zeitung, 29.11.1997.

29 Vgl. Entscheidung der Kommission vom 16. Dezember 1998 über eine Beihilfe Deutschlands zugunsten der ADDINOL Mineralöl GmbH i.GV und der ADDINOL LUBE Oil GmbH & Co. KG (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 3867) sowie Bunk, Transkript Seela, S. 13.

die westdeutsche IG CPK hinarbeitete.³⁰ Die Vereinigung zur gesamtdeutschen Gewerkschaft unter dem Namen IG CPK war bis Juli 1991 vollzogen.³¹

Viele der neuen Betriebsratsmitglieder bei Addinol waren zuvor BGL-Mitglieder gewesen und auch weiterhin in der Gewerkschaft engagiert. Der BR-Vorsitzende Seela saß in der vereinigten IG CPK auch im Vorstand der Verwaltungsstelle Merseburg. Die Gewerkschaft leistete wichtige Beratungsarbeit bei der ersten Betriebsratswahl bei Addinol im Sommer 1990. Das geschah über das »Beratungsbüro«, das die westdeutsche IG CPK in Leipzig aufgebaut hatte, um die ostdeutschen Gewerkschafter bei der Transformation hin zu westdeutscher Arbeitsweise und Rechtslage zu unterstützen.³²

Bei der Großdemonstration in Leuna am 20. März 1991 machte die Gewerkschaft öffentlichkeitswirksam auf die drastischen sozialen Probleme aufmerksam, die seit der Währungsunion in den Betrieben des »Chemiedreiecks« entstanden waren. Gewerkschaftschef Hermann Rappe richtete seine Forderungen an THA und Bundesregierung. Er verlangte »Sanierung vor Privatisierung«, Erhaltung der Großindustrie als Gravitationszentren für einen neuen Mittelstand und staatliche Lösung der Altlastenproblematik.³³ Damit richtete die Gewerkschaft von Beginn an ihren Kurs nicht auf Kampf um jeden Arbeitsplatz, sondern auf unbedingte Strukturhaltung hin aus. Drastischen Arbeitskräfteabbau erachtete sie als unvermeidlich. Als Bedingung der Schrumpfung galt aber, dass Ersatzarbeitsplätze, Qualifizierungsmaßnahmen und ABM zur Verfügung stünden. Dies sei wichtiger als Abfindungszahlungen per Sozialplan.³⁴

Hermann Rappe war seit Herbst 1990 als einer von vier Gewerkschaftsfunktionären im Verwaltungsrat der THA vertreten und konnte so Einfluss auf deren Politik nehmen. Er machte sein Verständnis der IG CPK als Gewerkschaft, die verantwortungsvoll mitwirke und Einfluss nehme, deutlich. Man brauche Partner für den Wandel, die man aber nicht einfach herbeistreichen oder -demonstrieren könne.³⁵ Getreu der kooperativen, auf Strukturhaltung ausgerichteten Grundsätze nahm die Gewerkschaft von Beginn an die Rolle des einflussreichen Fürsprechers von Addinol gegenüber der THA, später BvS und der Politik ein.

30 Vgl. Konrad Bunk: Veränderungen für die Belegschaft im Mineralölwerk Lützkendorf in der Transformationsphase der ostdeutschen Wirtschaft, unveröffentlichte Bachelorarbeit, Universität Leipzig, 2018, S. 10f. sowie Bunk, Transkript Seela, S. 15f.

31 Vgl. Eric Weiß: Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess: die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in der Transformationszeit 1990–1994, Berlin-Brandenburg 2018 (= Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Band 6), S. 22–30.

32 Vgl. Bunk, Transkript Seela, S. 4, 16 sowie Weiß, Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess, S. 21.

33 Vgl. Zimnol, Chemiewerker wollen klare Aussagen über die Zukunft ihrer Unternehmen – Regierungen und Treuhänder sollen Beschlüsse fassen – Großdemo in Leuna, in: Mitteldeutsche Zeitung, 09.03.1991, S. 5.

34 Vgl. IG Chemie fordert Ersatzstellen, Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung vor Abfindung, in: Mitteldeutsche Zeitung, 19.03.1991, S. 5.

35 Vgl. Weiß, Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess, S. 55.

Gleichwohl schlugen Rappe Wut und Verzweiflung der Krumpaer Belegschaft entgegen, als er Ende Juli 1992 die Raffinerie besuchte und die gescheiterte Privatisierung mit Leuna und Minol bestätigte. Vor Ort ließ er sich überzeugen, dass die Entwicklung des Unternehmens eigentlich durchaus positiv verlaufe.³⁶ Zwei Wochen später formulierte der Hauptvorstand der IG CPK seine Position zu Addinol. Der Betrieb benötige ein weiteres Jahr zur Investorensuche, die THA zerstöre alle bisherigen Bemühungen mit ihren Abwicklungsplänen. Die Standortschließung würde unverantwortlich hohe Arbeitslosigkeit im Geiseltal und Umgebung nach sich ziehen.³⁷ Die Gewerkschaft hatte Erfolg, Addinol erhielt weiterhin Überbrückungshilfen und suchte fieberhaft nach Privatisierungsoptionen.

Gerd Seela betont rückblickend, es sei Rappes Engagement im Verwaltungsrat zu verdanken gewesen, dass der Standort nicht bereits 1992 aufgegeben wurde. Er habe dort immer wieder kurzfristige Übergangsfristen und Liquiditätszahlungen erwirkt.³⁸ Um den gewichtigen Einfluss der IG CPK wusste auch die Addinol-Geschäftsführung und wollte ihn gezielt nutzen. Sie bat den Betriebsrat im November 1992, er solle bei Gewerkschaftsfunktionären für politisches Engagement zur Verlängerung des Altersübergangsgeldes werben.³⁹

Mit der »Betriebsräteinitiative« aus Ostdeutschland war die IG CPK nicht einverstanden. Sie sah einen ehernen Grundsatz verletzt. Die Betriebsräte kümmerten sich um die internen betrieblichen Fragen, übergreifende regionale oder Branchenthemen und politisches Engagement waren Sache der Gewerkschaft. Rappe forderte deshalb unmissverständlich, das »Treiben« der Initiative müsse ein Ende haben. Um den Konflikt beizulegen, beteiligten sich die Betriebsräte der mitteldeutschen Chemieindustrie seit November 1992 nicht mehr an der Initiative und setzten Rappes Forderung um.⁴⁰ Schon am 1. Dezember traten die Betriebsräte und der Gewerkschaftschef wieder geschlossen auf der »Chemiekonferenz« in Leuna mit Kanzler Kohl und THA-Vorstand Klaus Schucht auf. Rappe stellte klar, die Gewerkschaft lehne weiteren Stellenabbau entschieden ab, denn die von der THA geplante Untergrenze von 20.000 Chemie-Jobs in den Kernbereichen sei schon erreicht.⁴¹

Diese Festlegung konnte die IG CPK danach jedoch nicht durchsetzen. Stattdessen versuchte sie weiterhin, den Stellenabbau abzufedern. Im April 1993 einigte sie sich mit

36 Vgl. Frank Zimnol: Schmierölproduzent wehrt sich energisch gegen Vorurteil – IG-Chemie-Chef Rappe will Treuhand zu weiterem Engagement in Lützkendorf bewegen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.07.1992, S. 4.

37 Vgl. IG Chemie für Erhalt von Addinol – Rappe: Treuhand muß umgehend andere Lösungen erarbeiten, in: Mitteldeutsche Zeitung, 11.08.1992, S. 5.

38 Vgl. Bunk, Transkript Seela, S. 6, 14, 16.

39 Vgl. Protokoll über die Arbeitsabstimmung vom 26.11.1992, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 297.

40 Vgl. Kropp, Wir wollten den Wandel. Über den Beitrag der Beschäftigten und ihrer Vertretungen zum Erhalt des ostdeutschen Chemiedreiecks, S. 20.

41 Vgl. Frank Zimnol: Forderungen der Arbeitnehmer dröhnten Kanzler in den Ohren – Demonstranten bekundeten »Trauer« über den Zustand des Chemiedreiecks – Gewerkschaft will weiterem Arbeitsplätzeabbau nicht zustimmen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 02.12.1992, S. 3.

der THA auf eine Rahmenvereinbarung, wonach weitere 17.000 Beschäftigte im »Chemiedreieck« in Sanierungsgesellschaften untergebracht werden sollten. Bei Addinol betraf dies 250 Beschäftigte. Sie sollten fünf Jahre lang einen Tarif-Arbeitsplatz erhalten, finanziert von der THA zu 75 Prozent und dem Land Sachsen-Anhalt zu 25 Prozent. Der Krumpaer Betriebsrat lobte das Verhandlungsergebnis.⁴²

Ende 1992 änderten schließlich THA und Bundesregierung ihren Kurs. Mit dem angestrebten Ziel des Erhalts »industrieller Kerne« schwenkten sie auf eine ähnliche Linie ein, wie sie die Gewerkschaften schon seit 1990 vehement vertreten hatten. Dazu zählten explizit auch schwierige Fälle, in denen die THA bisher keinen Erfolg gehabt hatte.⁴³

Während der Konflikte mit Investor Versteyl zwischen 1994 und 1996 war die Gewerkschaft permanent in beratender Rolle aktiv. Sie vermittelte Gesprächstermine zwischen Versteyl und der Dresdner Bank, die trotz vorhandener Bürgschaften Kreditsummen nicht auszahlen wollte. Mehrfach trafen Seela und Wildegger den Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik in der IG CPK, Peter-Michael Preusker.⁴⁴ Als Versteyl den Mineralöl-unternehmer Koehn aus dem Aufsichtsrat entfernen wollte, empfahl Preusker diesen als angesehenen Fachmann der Branche, der auch weiterhin Fachwissen in das Unternehmen einbringen könne. Versteyl und sein Wirtschaftsprüfer aus dem Umfeld der Raffinerie Dollbergen hätten dagegen kein gutes Ansehen in der Branche. Preusker beriet den Betriebsrat außerdem bei dessen Versuchen, die Energieversorgung in Krumpa zu modernisieren, obwohl Versteyl kein neues Kraftwerk finanzieren konnte.⁴⁵

Seit 1991 hatte die IG CPK versucht, das Tarifniveau zwischen Ost und West anzugleichen. 1994 erreichte das ostdeutsche etwa 75 Prozent des bayrischen Niveaus. In den Tarifverhandlungen 1996 ließ sie »kleine Öffnungen« für schwache Unternehmen wie Addinol und die alte Leuna-Raffinerie zu. 1997, im letzten Betriebsjahr der Addinol-Raffinerie hatte das Unternehmen einen Haustarifvertrag, auch wenn die Gewerkschaft bis dahin am Flächentarifvertrag festgehalten hatte.⁴⁶

Hubertus Schmoldt, Nachfolger von Hermann Rappe als Vorsitzender, kritisierte die Zahlungsstopps von Land und BvS im Konflikt mit Versteyl 1996 scharf. Das bringe die Existenz der Beschäftigten und ihrer Familien in Gefahr. Gleichzeitig forderte er den angeschlagenen Investor auf, den Forderungen nachzugeben und seine Anteile an Addinol

42 Vgl. Soziales Netz für die Chemie – Treuhand und Gewerkschaft stellen Beschäftigungsangebot vor, in: Mitteldeutsche Zeitung, 01.04.1993, S. 1 sowie Informationsschreiben 31.03.1993 in: LASA Merseburg, 1524, 2. Abl., 297.

43 Vgl. Weiß, Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess, S. 64f. sowie Marcus Böick: Die Treuhand: Ideen – Praxis – Erfahrung: 1990–1994, Bonn 2018 (= Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10334), S. 115.

44 Vgl. Seela, Chronik der Addinol Mineralöl GmbH, S. 12, 13.

45 Vgl. ebd., S. 17, 18f.

46 Vgl. Weiß, Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess, S. 46–50 sowie Frank Zimnol: Betriebsräte fordern Arbeitgeber-Angebot – Druck auf Unternehmer soll erhöht werden – Bereitschaft zur Öffnung der Entgeltregelung, in: Mitteldeutsche Zeitung, 18.09.1996; Grulke, Von Trabi-Wissen zu Mercedes-Know-how – Moderner Hydro-Cracker soll in Krumpa gebaut werden – Rahmenbedingungen wurden erfüllt.

zurückzugeben. Es brauche einen industriellen Investor, der Krumpa eine Zukunft geben könne.⁴⁷

Nachdem Versteyl abgetreten war, ließ sich die mittlerweile zur IG BCE fusionierte Gewerkschaft von der Idee der Geschäftsführung überzeugen, in Krumpa selbst die Rohstoffversorgung mit neuer Technologie und neuen Investoren zu bewältigen. Sie sagte aber voraus, dass dieses etwa 300 Millionen DM teure Vorhaben auf harte Widerstände stoßen würde.⁴⁸ Schmoldt teilte im Dezember 1997 mit – die Mahnwachen am Werkstor liefen noch –, dass der Erhalt der Raffinerie nach ihrer gescheiterten Privatisierung nicht mehr politisch durchsetzbar gewesen sei. Man habe sich stattdessen jetzt mit BvS und Land auf die neuen Mischanlagen als Minimallösung und Auffangmöglichkeit geeinigt. In weiteren ABM-Maßnahmen sollten Beschäftigte über zwölf Monate hinaus unterkommen. Die Gewerkschaft habe sich »nach Kräften« für Addinol eingesetzt.⁴⁹

Privatisieren, Sanieren, Abwickeln – die Treuhandanstalt/BvS

Addinol galt in den Augen der »Privatisierungsagentur« Treuhandanstalt von Anfang an nicht als Musterbeispiel für schnelle Privatisierungserfolge. Deshalb befasste sie sich im Jahr 1990 noch wenig mit dem Unternehmen. Grundsätzlich verfolgte die Organisation einen Kurs absoluter Sparsamkeit. Addinol hatte aber hohe Betriebskosten und fuhr Verluste ein. Schon der Bezug sowjetischen Erdöls kostete für die Standorte Krumpa, Leuna und Zeitz zusammen durchschnittlich 150 Millionen DM pro Monat.⁵⁰

Im Frühjahr 1991, zeitgleich mit den Protesten der Belegschaften des »Chemiedreiecks«, konsolidierte sich die THA unter Birgit Breuel, die die Nachfolge des ermordeten Detlev Rohwedder angetreten hatte. Anfang Mai übernahm Klaus Schucht den Unternehmensbereich Chemie mit Addinol. Der Manager entwickelte sich durch wiederholte ungeschickte öffentliche Äußerungen schnell zum sprichwörtlichen »Lieblingsgegner« der Beschäftigten im »Chemiedreieck.«⁵¹ Gleichzeitig beschäftigte sich die THA jetzt intensiver mit Addinol.

Am 27. August 1991 entschied der THA-Vorstand, das Unternehmen solle noch bis Jahresende Finanzmittel erhalten. Im dritten Quartal handelte es sich um Kreditbürgschaften in Höhe von 16 Millionen DM zur Liquiditätssicherung und 5,6 Millionen DM

47 Vgl. Addinol vorerst die Mittel gestrichen – Land und Bundesfinanzministerium stellen Zahlungen ein, in: Mitteldeutsche Zeitung, 14.12.1996 sowie Brief von Hubertus Schmoldt an Liquidatoren von ADDINOL, in: LASA Merseburg, I524, 2. Abl., 256.

48 Vgl. Bunk, Transkript Wildegger, S. 10.

49 Vgl. Frank Zimnol: Bonn soll ABM nicht antasten – Vorsitzender Schmoldt warnt vor sozialen Verwerfungen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 10.12.1997.

50 Vgl. Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung am 14.05.1991, in: BArch, B 412/2686, Bl. 277.

51 Ein Beispiel für Schuchts undiplomatisches Auftreten vgl. Minister-Bemerkung über Buna führt zu Ärger: Schucht entschuldigt sich für »Furz«-Äußerung, in: Berliner Zeitung, 10.02.1995.

für Investitionen. Der Grund war, dass die THA die chemische Industrie jetzt in Paketen privatisieren wollte, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Verflechtungen. Addinol sollte also so lange weiter existieren, bis Verhandlungen dazu geführt und abgeschlossen werden konnten. Ihre Zahlungen knüpfte die THA pauschal an die Höchstgrenze von 1.000 Beschäftigten zum Jahresende 1992.⁵² Sie griff damit den Ergebnissen einer Studie für die ganze ostdeutsche Mineralölbranche vor, die sie bei McKinsey in Auftrag gegeben hatte. Bevor sie aber günstigere Konditionen für Addinol gewährte, wollte sie die Ergebnisse abwarten. Gleichzeitig übte sie direkten Druck auf das Unternehmen aus und verlangte den Verkauf weiterer »überflüssiger« Sozialeinrichtungen.⁵³

Im September legte McKinsey seine Mineralölstudie vor. Das Papier gab Empfehlungen, die ohnehin den Grundsätzen der THA entsprachen. Auf keinen Fall dürften aus »ordnungspolitischen Gründen« Firmen zeitweise als Staatsholding betrieben werden. »Dauersubventionierung« von Kostenverursachern sei unbedingt zu vermeiden. Für Addinol zeichnete McKinsey ein pessimistisches Bild. Chancen gebe es nur als Filialstandort eines anderen Mineralölunternehmens. 1993 hätten im Fall eines Verkaufs an einen entsprechenden Kandidaten noch 600, 1997 noch 300 Beschäftigte im Unternehmen bleiben können. Investitionen solle die THA daher nur dann zahlen, falls sich konkrete Privatisierungsmöglichkeiten abzeichneten. Sollte der Verkauf bis Ende 1992 nicht gelingen, empfahl McKinsey die Abwicklung. Die Beratungsfirma gab unumwunden zu, dass die »notwendige Restrukturierung« die Region »hart treffen würde« und die sozialen Auswirkungen »nur zum Teil« in irgendeiner Weise ausgeglichen werden könnten. Es müssten trotzdem vor allem Kosten gespart werden.⁵⁴

Zur gleichen Zeit beschloss der THA-Vorstand, sich an den Kosten der ABM-Maßnahmen, konkret der Sanierungsarbeiten von alten Werksteilen zu beteiligen. Damit kam er Forderungen nach, die Betriebsrat und Gewerkschaft schon seit Monaten gestellt hatten. Er tat das nur, weil die Sanierungsarbeiten den Marktwert der Liegenschaften verbesserten, sodass die ABM-Maßnahme als lohnenswerte Investition galt. Gleichzeitig stellte er klar, dass sich die THA bei anderen ABM-Projekten keinesfalls an den Lohnkosten beteiligen werde.⁵⁵

Im Oktober 1991 legte der THA-Vorstand fest, Addinol müsse bis Jahresende privatisiert sein oder abgewickelt werden und bewilligte Kredite über 28 Millionen DM für das vierte Quartal. Damit ignorierte er McKinseys Empfehlungen, die Ende 1992 als Ablaufdatum genannt hatten.⁵⁶ Schuchts Chemiebereich wehrte sich intern gegen den

52 Vgl. Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung am 27.08.1991, in: BArch, B412/2686, Bl. 276.

53 Vgl. Annemarie Lukesch: Treuhand drängt auf Verkauf überflüssiger Einrichtungen, in: Analyse 8/91, o. D., Privatarchiv Gerd Seela, S. 7.

54 McKinsey&Company Inc, Mineralölkonzert für die neuen Bundesländer. Zusammenfassung der Ergebnisse, in: BArch, B412/2603, Bl. 361–369.

55 Vgl. Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung am 10.09.1991, in: BArch, B412/2686, Bl. 275.

56 Vgl. Ergebnisprotokolle der Vorstandssitzungen am 29.10.1991 und am 28.01.1992, in: BArch, B412/2686, Bl. 268, 274.

Beschluss, denn er verfolgte ja die Paketstrategie in der chemischen Industrie. Erst am 14. Januar 1992 erreichte Schucht beim Vorstand eine neue Übergangsfrist bis zum 30. Juni 1992, denn bis dahin sollte die Verkaufsoption mit Leuna und Minol an das Konsortium um Elf Aquitaine abgeschlossen sein.⁵⁷

Dass der Paketverkauf, in den alle Beteiligten große Hoffnungen gesetzt hatten, gemeinsam mit Leuna scheiterte, sorgte bei Addinol für große Wut und Unverständnis. Bis heute halten sich Gerüchte, im Vertrag zwischen THA und dem Konsortium rund um Elf seien Geheimklauseln enthalten gewesen, die das Ende von Addinol festgelegt hätten. Beteiligte berichten übereinstimmend, sie hätten das aus der Presse erfahren.⁵⁸ Tatsächlich raunte z. B. die *Mitteldeutsche Zeitung* 1997, »Beobachter sehen damit ihre Vermutung bestätigt, dass im Vertrag zum Bau von Leuna 2000 geheime Klauseln zu Addinol enthalten sind«.⁵⁹ Der ehemalige Leiter der Rechtsabteilung von Infra-Leuna dementiert solche Klauseln.⁶⁰ Es brauchte auch keine Klauseln als Erklärung für das Verhalten der THA und das Scheitern von Addinol Krumpa. Klaus Schucht hielt in seinem privaten Tagebuch fest, Addinol müsse als »Bauernopfer« in den Abwicklungsbereich, weil er nicht alle Problem-betriebe der Branche erhalten könne. Für andere Standorte habe man bessere Argumente, sodass unter dem Strich mehr zu gewinnen sei, wenn Addinol aufgegeben würde.⁶¹ Letztlich wickelte die THA Addinol 1992 nicht ab, sondern die BvS begleitete die Raffinerie noch bis 1997/98. Hätten schon 1992 Geheimklauseln zur Schließung existiert, hätte sie noch über fünf Jahre lang ein Unternehmen mit hohen Beträgen »dauersubventionieren« müssen, wohl wissend, dass diese Beträge zu nichts führen würden. Das erscheint wenig glaubhaft, war doch die THA stets auf unbedingte Kostensenkung und zügige Privatisierung bedacht.⁶² Im Falle eines vertraglich festgelegten Ablaufdatums hätte die THA Addinol 1992 geschlossen und sich nicht auf teure, riskante Privatisierungsabenteuer mit Baschresursy und Versteyl eingelassen. Bis 1998 brauchte es starken Druck aus vielen Richtungen, um auch die Nachfolgerin BvS noch zur Kooperation zu bewegen. Große Investitionen in Arbeitsplätze, außer der Lösung mit neuen Mischanlagen, und auch dort nur nach zähen Verhandlungen, hielt sie 1997/98 nicht für angemessen und möglich.

57 Vgl. Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung am 25.11.1991, in: BArch, B412/2686, Bl. 273; Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung am 14.01.1992, in: BArch, B412/2686, Bl. 272.

58 Vgl. Bunk, Transkript Wildegger, S. 9 sowie Bunk, Transkript Seela, S. 5.

59 Zimnol, Konzern aus Thailand hat Pläne mit Addinol – Politiker haben nun das letzte Wort – Kauf alter Leuna-Anlagen von Elf Aquitaine verhindert, in: *Mitteldeutsche Zeitung*, 02.08.1997.

60 Vgl. Email Werner Popp an den Autor, Aw: Anfrage über den Leuna-Minol-Vertrag von 1992, 17.02.2021.

61 Klaus Schucht: Tagebuch, in: BArch, N 1585, Bl. 749f., zitiert nach E-Mail von Rainer Karlsch an den Autor, Betreff: Re: Mineralölwerk Lützkendorf, 04.03.2021.

62 Vgl. Böick, *Die Treuhand*, S. 296f., 475f.

Zwischen Skepsis und Fürsprache – die Landespolitik Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt regierte zwischen 1990 und 1994 zunächst ein Bündnis aus CDU und FDP unter den Ministerpräsidenten Gerd Gies, Werner Münch und Christoph Bergner (alle CDU). Danach übernahm eine Minderheitsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Reinhard Höppner (SPD). Die Ministerpräsidenten des Landes waren jeweils im Verwaltungsrat der THA vertreten.⁶³ Ministerpräsident Gies zeigte sich im März 1991 überzeugt, dass in der Chemiebranche seines Bundeslandes ein großer Personalabbau unvermeidlich sei.⁶⁴ Unter dem Eindruck einer rasanten Deindustrialisierung wuchs seit 1992 aber das Engagement der Landespolitik für Addinol Krumpa. Wirtschaftsstaatssekretär Rudolf Bohn intervenierte am 6. August 1992 per Fax bei Klaus Schucht persönlich, als die THA den Betrieb in ihren Abwicklungsbereich überstellen und stilllegen wollte. Bohn richtete die Wirtschaftsförderung und das »Instrumentarium« seines Hauses auf Addinols Privatisierung hin aus. Addinol benötige, so Bohn, eine Übergangsfrist von drei Monaten, die Schucht am 29. Juli 1992 selbst noch mündlich zugesichert habe. Er verwies auf laufende Vertragsverhandlungen als Ausrüster von Volkswagen, die den Krumpaer Absatz vergrößern sollten.⁶⁵

Im Magdeburger Landtag traten unterschiedliche Bewertungen zur Zukunft von Addinol zutage. Die PDS versuchte im September 1992, eine Bestandsgarantie von der Landesregierung sowie 80 Millionen DM Investitionsmittel für das Unternehmen durchzusetzen. Außerdem sollte die Landesregierung bei den Leuna-Minol-Käufern Rohstoff- und Absatzregelungen erwirken. Der Wirtschaftsminister entgegnete, man könne in »solche Geschäftsbeziehungen nicht eingreifen«. Sein Haus unternehme aber alles, damit Addinol erhalten bleibe, und biete »optimale Fördermöglichkeiten« in laufenden Privatisierungsverhandlungen. Ein Abgeordneter der CDU kritisierte, die »Unternehmenskonzepte« der Geschäftsführung hätten sich bisher allesamt als untauglich erwiesen. Ein SPD-Abgeordneter hielt der Geschäftsführung vor, dass sie den Vertrieb gemeinsam mit Shell organisiert habe. Dadurch sei Addinol »von vornherein erledigt gewesen«.⁶⁶

Die SPD-Wirtschaftsministerin Katrin Budde kritisierte dagegen die Politik der THA 1993 scharf und unterstützte Initiativen der Bundespartei nach einem Untersuchungsausschuss gegen die THA. Aus ihrer Sicht sei Addinol ein wichtiges Unternehmen für Sachsen-Anhalt, das es nach dem Willen der Treuhand schon nicht mehr geben würde.

63 Vgl. ebd., S. 116–119.

64 Vgl. IG Chemie fordert Ersatzstellen, Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung vor Abfindung, in: Mitteldeutsche Zeitung, 19.03.1991, S. 5.

65 Vgl. Telefax von Rudolf Bohn an Klaus Schucht, in: BArch, B412/2686, Bl. 262.

66 Bestandsgarantie für Addinol abgelehnt – Koalitionsmehrheit gegen PDS-Antrag im Landtag, in: Mitteldeutsche Zeitung, 19.09.1992, S. 5.

Leistungsfähige Unternehmen wie Addinol müsse man aus der Regie der THA lösen, weil ihnen dort gezielt Steine in den Weg gelegt würden.⁶⁷

Höhere Repräsentanten der Landespolitik bekannten sich deutlich zu Addinol, so der Wirtschaftsminister bei einem Besuch in der Region. Er sei »gedämpft optimistisch«.⁶⁸ Und Ministerpräsident Münch sprach im März 1993 von »vielversprechenden« Verhandlungen für die Privatisierungen und sah »gute Chancen« dafür. Er wolle die Abwicklung des Unternehmens so lange unbedingt verhindern.⁶⁹ Der Regierungspräsident in Halle (Saale) betonte, das Unternehmen sei seiner Ansicht nach ein industrieller Kern Sachsen-Anhalts und müsse erhalten bleiben. Weiterer Personalabbau dürfe hier und an den anderen Chemiestandorten nicht stattfinden.⁷⁰

Im Oktober 1993 positionierte sich die Landesregierung klar gegen die andauernden Schließungspläne der THA, als der Verkauf von Addinol an die russische Baschresursy gescheitert war. Sie setzte das Unternehmen demonstrativ auf ihre »Liste der 46 sanierungsfähigen, noch nicht privatisierten Betriebe mit über 200 Beschäftigten« und konstatierte gute Zukunftschancen. Sie forderte aber, der Betrieb müsse seinen Absatz steigern.⁷¹

Im Wahljahr 1994 stand das Land weiterhin unter Druck, weil sich die Lage der Chemieindustrie, trotz einiger deutlicher Erfolge, kaum besserte. Weitere 8.000 der verbleibenden 43.000 Beschäftigten der Branche sollten ihre Jobs verlieren.⁷² Deshalb entschied das Land, eine riskante Privatisierung von Addinol an den Anwalt Versteyl zu unterstützen. Es übernahm eine 100-Prozent-Bürgschaft für einen Investitionskredit über 40 Millionen DM, verzichtete auf Altschulden des Unternehmens von vor Juli 1990 in Höhe von 220,6 Millionen DM und übernahm die Sanierung der Altlasten von vor Juli 1990.⁷³ Das waren zentrale Bedingungen der THA für die Privatisierung gewesen. Allein für erste Sanierungsprojekte plante die Landesregierung 51 Millionen DM ein.⁷⁴ Die neue Magdeburger Minderheitsregierung weigerte sich allerdings, den Bürgschaftskredit sofort freizugeben und verwies auf formale Mängel des Antrags sowie fehlende Sicherheiten. Der Dauerkonflikt mit Investor Versteyl begann.⁷⁵

67 Vgl. Ost-Firmen chancenlos? SPD-Kritik an Treuhand, in: Mitteldeutsche Zeitung, 29.06.1993, S. 3.

68 Vgl. Eckhard Jäckel: Rehberger: Großchemie wird Motor für Investitionen – Wirtschaftsminister sieht Land auf dem Weg zur Spitzenposition in Deutschland, in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.10.1992, S. 5.

69 Vgl. Addinol hat fünf Bewerber – Geld für Kommunen ab Juli, in: Mitteldeutsche Zeitung, 18.03.1993, S. 1.

70 Vgl. Weiteren Personalabbau in der Chemie nicht zulassen – Kleine: Industrielle Kerne erhalten – Mehr Geld in Qualifizierung investieren, in: Mitteldeutsche Zeitung, 21.12.1992, S. 6.

71 Vgl. Wir kümmern uns um jedes Gewerbe, in: Betriebsratsmagazin, 07.10.1993, S. 2, Privatarchiv Seela.

72 Vgl. Frank Zimmol: Chemisch bereinigt, in: Mitteldeutsche Zeitung, 06.05.1994, S. 2.

73 Vgl. Entscheidung der Kommission vom 16. Dezember 1998 über eine Beihilfe Deutschlands zugunsten der ADDINOL Mineralöl GmbH i.GV und der ADDINOL LUBE Oil GmbH & Co. KG (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 3867), S. 20.

74 Vgl. Bürokratie verzögerte bisher Ausbaubeginn an Bad Lauchstädter Kurparkgaststätte – Gestern: Umweltminister Rauls in Krumpa, in: Mitteldeutsche Zeitung, 08.06.1994, S. 13.

75 Vgl. Seela, Chronik der Addinol Mineralöl GmbH, S. 12f.

Die Landtagsabgeordnete Budde, die den Betriebsratsvorsitzenden auf Gewerkschaftsveranstaltungen kennengelernt hatte, wurde zum Bindeglied zwischen Addinol und der Landespolitik. Sie konnte mehrfach kurzfristig Gespräche mit Ministerpräsident Höppner und weiteren Spitzenpolitikern organisieren. Außerdem versorgte sie die lokalen Akteure mit Hintergrundwissen über Entwicklungen in den zuständigen Ministerien.⁷⁶ Nicht nur Budde war irritiert, als Klaus Schucht, vormals THA-Manager und öffentlich bisher durch Skepsis gegenüber Sachsen-Anhalts »Chemiedreieck« aufgefallen, 1995 Wirtschaftsminister des Landes wurde.⁷⁷ Auch mit Schucht als Minister blockierte das Land im Streit mit Versteyl weiterhin die Kreditfreigabe. Schucht machte im Sommer 1996 klar, dass das Geld »peu à peu« fließen werde, sofern das »unternehmerische Konzept« stimme, das Land einen leitenden Bevollmächtigten vor Ort habe und neben Versteyl ein potenter Investor gefunden werde. Er kritisierte zusätzlich, sein Ministerium sei zu sehr darauf ausgerichtet, notleidenden Unternehmen zu helfen. Es könne keine Daueraufgabe für sein Haus sein, kränkelnde Betriebe zu unterstützen. »Wir fühlen uns sehr unwohl in diesem Geschäft.« Er sei nicht bereit, dem Untergang geweihte Firmen mit Staatsmitteln am Leben zu halten. Wer Kapital erhalten solle und wer nicht, sei klassisches Bankengeschäft.⁷⁸

Ende 1996 gab Versteyl den Forderungen von Land und BvS nach, trat von seinen Gesellschafterrechten zurück und erklärte sich bereit, seine Anteile für eine DM an einen künftigen Investor abzutreten. Land und BvS gewährten dem Unternehmen 1997 daraufhin Rettungsbeihilfen in Höhe von insgesamt 28 Millionen DM in zwei Maßnahmenpaketen, die aber nicht vollständig ausgezahlt wurden.⁷⁹

In der Gesamtvollstreckung seit Oktober 1997 einigten sich Land und BvS nach zähem Ringen, der neuen Auffanggesellschaft ADDINOL Lube Oil Mischanlagen zu finanzieren, nachdem keine Option zum Weiterbetrieb der alten Raffinerie gefunden worden war. Die bisherige und die neue Addinol-Gesellschaft sollten gemeinsam 59,9 Millionen DM erhalten, finanziert jeweils zu 50 Prozent durch das Land und die BvS, wobei das Land schon bestehende Subventionstöpfe anzapfen wollte. Das Land wollte sich mit 29,95 Millionen DM an der Umstrukturierung von Addinol hin zum reinen Mischbetrieb beteiligen, dessen Mischanlagen schon rund 29 Millionen DM kosten sollten.⁸⁰ »Struktur- und arbeitsmarktpolitische Gründe« bewogen das Land, sich auf diese Minimallösung und weitere Millionenbeträge einzulassen.⁸¹ Niemand wollte die Verantwortung für das Ende des

76 Vgl. ebd., S. 15f.

77 Vgl. Bunk, Transkript Wildegger, S. 17 sowie Minister-Bemerkung über Buna führt zu Ärger.

78 Frank Zimnol: Schucht will Strukturen mit Zukunftschancen Klare Konzepte sollen Investoren überzeugen – Addinol bekommt 40-Millionen-Mark-Kredit, in: Mitteldeutsche Zeitung, 01.08.1996.

79 Vgl. Entscheidung der Kommission vom 16. Dezember 1998 über eine Beihilfe Deutschlands zugunsten der ADDINOL Mineralöl GmbH i.GV und der ADDINOL LUBE Oil GmbH & Co. KG (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 3867), hier S. 20.

80 Vgl. ebd.

81 Eckhard Jäckel: Bei Addinol zählt der Blick nach vorn – Standort gesichert – Verstärkte Arbeit auf Auslandsmärkten, in: Mitteldeutsche Zeitung, 24.12.1997.

letzten größeren Industriebetriebs im Geiseltal schultern. Das Wirtschaftsministerium vertrat den Standpunkt, man habe sich für Addinol Krumpa »so intensiv wie kaum für ein anderes Unternehmen« engagiert.⁸²

Nachdem die Europäische Kommission die 59,9 Millionen DM Subventionen untersagt und damit die neuen Mischanlagen verhindert hatte, nahm das Ringen um eine Zukunft des Krumpaer Schmierstoffherstellers aus Sicht des Bundeslandes ein Ende. Die Umweltministerin des Landes machte klar, dass vor allem die Kommunen sich um Neuansiedlungen auf dem einstigen Werksgelände kümmern müssten, weil in Sachsen-Anhalt kein Mangel an erschlossenen Industrieflächen herrsche. Das Land werde aber dabei unterstützen.⁸³ Ohnehin beim Land verblieben die Altlasten aus 70 Jahren Erdölverarbeitung am nun größtenteils brachen Standort.

Schluss

Die betrieblichen Akteure Betriebsrat und Geschäftsführung erzielten in der Transformation Erfolge, wenngleich im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Sie warben eng abgestimmt um Unterstützung für das Unternehmen. Trotz anfänglicher Fehlentscheidungen etablierte die Geschäftsführung Addinols Produkte wieder am Markt und senkte die Betriebsverluste stetig. Der Betriebsrat führte gezwungenermaßen »Rückzugsgefechte«. Er befürwortete nur anfangs den drastischen Personallabbau zur Kostensenkung. Sein Handlungsspielraum ließ aber letztlich nur den Kampf für soziale Auffangmaßnahmen zu. Dank ständiger Hilfe der Gewerkschaft, persönlichen Netzwerken und Kooperationsbereitschaft erreichte er gemeinsam mit der Geschäftsführung immer neue Überbrückungshilfen, Fristen und Lösungsversuche. Die Geschäftsführung band den Betriebsrat in ihre Privatisierungsbemühungen ein. Die überregionalen Akteure, THA/BvS, Land und die Gewerkschaft, legten den Möglichkeitsrahmen der betrieblichen Akteure fest. THA und BvS planten nie grundsätzliche Modernisierungsvorhaben ein, blieben kurzfristig orientiert und erwogen latent die Abwicklung. Ihre trotzdem jahrelang an Addinol geleisteten Zahlungen und Darlehen entfalteten auf diese Weise kaum nachhaltige Erfolge. Die IG Chemie unterstützte größere Modernisierungsvorhaben der Geschäftsführung, stellte langfristige ökonomische Überlegungen an und engagierte sich immer wieder erfolgreich gegen die Abwicklungspläne. Ihr Einfluss trug dazu bei, dass Addinol nicht bereits früh abgewickelt wurde. Das Land setzte sich lange für Privatisierungsoptionen ein und übernahm dazu auch die erheblichen Umweltlasten. Bis heute konnten Land und Kommunen keine zufriedenstellende Nachnutzung des alten Werksgeländes organisieren. Unter dem

82 Ebd.

83 Vgl. Industriestandort erhält eine Chance – Zukunft für Addinol-Gelände, in: Mitteldeutsche Zeitung, 06.03.1999.

Eindruck des Tourismus am heutigen Geiseltalsee streben kommunale Akteure mittlerweile eine Umwidmung der industriellen Vorrangflächen an. Im Industriepark Leuna nahm die einstige Auffanglösung des Managements, ADDINOL Lube Oil GmbH, 2007 wieder eine eigene Produktion mit Mischanlagen in Betrieb und verwirklicht seitdem ein ähnliches Konzept, wie knapp zehn Jahre zuvor für den alten Standort geplant. Das expandierende Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2021/22 nach eigenen Angaben über 100 Millionen Euro Umsatz.⁸⁴

84 Vgl. Bunk, Transkript Wildegger sowie Addinol produziert wieder in der Region – Einweihung neuer Werksteile in Leuna, in: Mitteldeutsche Zeitung, 26.05.2007 sowie vgl. Historie, ADDINOL, <https://addinol.de/unternehmen/historie/>, eingesehen 10.5.2023.

Transformation in Wort, Bild und Ton

Anti-Treuhand-Proteste in Thüringen und Sachsen im Spiegel der Medien

Einleitung

»Wir Ostdeutsche, Wir Westdeutsche: Wie groß ist die Kluft wirklich?«¹: Diese Frage stellte Frank Plasberg in der Talkshow »hart aber fair« seinen Gästen im September 2020 anlässlich des nahenden 30. Jubiläums der deutschen Wiedervereinigung. Die seit Jahren andauernde Flut an medialen Debatten zum Stand der »Inneren Einheit« machte auch vor Corona-Pandemie und jüngst dem deutschen Verhältnis zu Russland und der Ukraine nicht halt. Oft sind diese Diskussionen von einem Geschichtsbild geprägt, das Ostdeutsche als ein bloßes Produkt zweier Extreme – SED-Diktatur und neoliberalen Wirtschaftsumbau – sieht.² Mögliche Perspektiven jenseits dieser Extreme liegen dabei in den konkreten Umbruchserfahrungen der Menschen in Ostdeutschland: Hierzu zählen auch Proteste gegen den Wirtschaftsumbau in den neuen Ländern.

Dass es in Ostdeutschland auch über die Wiedervereinigung hinaus zu Protesten kam, die die wirtschaftliche Lage thematisierten, ist unstrittig: Politikwissenschaftler um Máté Szabó haben mit quantitativen Analysen allein für die Jahre 1991 bis 1993 842 Protestereignisse ermitteln können, von denen rund 27 Prozent in die Kategorie »ökonomisch« fallen.³ Die Formen des Protests waren dabei vielfältig: Neben konventionellen Protesten wie Märschen und Kundgebungen kam es wiederholt zu Straßenblockaden und anderen Formen mit »Happening«-Charakter. Genannt seien etwa das Verstreuen von Kali-Salz vor dem Brandenburger Tor oder das symbolische Zumauern der Leipziger Zentrale der Treuhandanstalt (THA).⁴

Die öffentliche Erinnerung an Proteste freilich beschränkt sich zumeist auf den Hungerstreik mehrerer Dutzend Kali-Kumpel 1993 in Bischofferode. Worin liegt diese selektive Erinnerungskultur begründet? Eine Untersuchung, wie die Proteste zeitgenössisch

1 WDR: Wir Ostdeutsche, wir Westdeutsche: Wie groß ist die Kluft wirklich?, Sendung vom 28.09.2020, <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/faktencheck/faktencheck-422.html> (zuletzt 27.02.2023).

2 Marcus Böick/Kerstin Brückweh: Weder Ost noch West. Ein Themenschwerpunkt über die schwierige Geschichte der Transformation Ostdeutschlands, in: Zeitgeschichte-online, März 2019, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/weder-ost-noch-west> (zuletzt 27.02.2023).

3 Grzegorz Ekiert/Jan Kubik: Contentious Politics in New Democracies: East Germany, Hungary, Poland, and Slovakia, 1989–93, in: World Politics, 50(4), S. 554–561.

4 Dietmar Dathe: Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990–1994, Berlin 2018, S. 19, 39.

medial rezipiert wurden, kann hierauf Hinweise geben. Folgende Fragen sollen daher im vorliegenden Text für Thüringen und Sachsen als Orte des Protestgeschehens behandelt werden:

1. Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen THA, Medien und Protestierenden?
2. Welchen Konjunkturen folgte die Berichterstattung über Anti-THA-Proteste in den westdeutschen Leitmedien (Untersuchungszeitraum: 1990 bis 1992)?
3. Wie unterschied sich die Berichterstattung über Anti-THA-Proteste in verschiedenen Presstypen (Untersuchungszeitraum: 1993 bis 1994)?

Zur Beantwortung von Frage 1 werden die drei Hauptakteure: THA, Protestierende und Medien in ihrem Verhältnis beschrieben. Dies geschieht zum einen anhand bereits bestehender Forschung, zum anderen anhand von Zeitzeugengesprächen mit Rolf Düber (IG Metall/DGB), Wolf Schöde (Chef des THA-Direktorats Kommunikation/Medien)⁵ sowie Johann Michael Möller (FAZ/MDR) und Martin Pollok (MDR).

Zur Beantwortung von Frage 2 wird die mediale Rezeption der Anti-THA-Proteste anhand einer qualitativen Auswertung von Artikeln in vier westdeutschen Leitmedien dargestellt, die den gesamtdeutschen Diskurs in besonders starkem Maße prägten und prägen⁶: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Süddeutsche Zeitung* (SZ), *Der Spiegel* und *Die Zeit*. Unter den anhand einer Journalistenbefragung 1993 ermittelten Leitmedien in Deutschland belegten diese Medien vier der ersten fünf Plätze.⁷ Es wurde auf Online-Archive mit Volltextsuche zurückgegriffen, ausgewertet wurde der Zeitraum vom 17. Juni 1990 (Verabschiedung des Treuhandgesetzes) bis zum 31. Dezember 1992.

Zur Beantwortung der dritten Frage wurde ein stärker quantitativer Zugang gewählt: Die Berichterstattung zu 19 Tagen mit exemplarischem Protestgeschehen im Rahmen der Proteste in Bischofferode und des Aktionsbündnisses »Thüringen brennt« (1993–94)⁸ wird hinsichtlich Beitragsformen und Tenor in verschiedenen Presstypen ausgewertet. Als westdeutsche Leitmedien wurden hierbei die FAZ und SZ, für die ostdeutschen Lokalzeitungen die *Erfurter Thüringer Allgemeine* (TA) und das *Suhler Freie Wort* (FW)⁹, für die linken Medien die *tageszeitung* (taz) und das *Neue Deutschland* (ND) sowie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk das *Thüringen Journal*¹⁰ und die *Tagesschau* ausgewählt.¹¹

5 Vgl. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hg.): »Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen«. Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S. 443.

6 Zum Begriff der Leitmedien vgl. Jürgen Wilke: Leitmedien und Zielgruppenorgane, in: ders. (Hg.): Medien-geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 302 f.

7 Ebd., S. 304. Platz 1: Der Spiegel, Platz 2: SZ, Platz 3: Stern, Platz 4: FAZ, Platz 5: Die Zeit.

8 Vgl. Anhang 1.

9 Verfügbar auf Mikrofilm in der Deutschen Nationalbibliothek.

10 Verfügbar über das MDR-Archiv.

11 Die systematische Sichtung basiert bei FAZ, SZ, taz und ND auf einer Volltextsuche in den Archiven, bei TA und FW der Sichtung von Mikrofilm, im Falle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeiträge einer Sichtung von Sendungen an Tagen mit nachgewiesenem Protestgeschehen.

Die Zweiteilung in einen qualitativen Zugang zu den Jahren 1990–92 und einen quantitativen zu den Jahren 1993–94 mit jeweils unterschiedlichen untersuchten Medien¹² ist erklärungsbedürftig. Hierfür gab es zunächst praktische Gründe. Für die meisten Medien war ein Zugriff auf den gesamten Untersuchungszeitraum nicht möglich: So waren etwa Ausgaben der Tagesschau aufgrund eines technischen Problems des tagesschau.de-Servers bis kurz vor Beendigung der diesem Text zugrundeliegenden Arbeit erst ab 1992 verfügbar. Ähnliches gilt für Ausgaben des ND aufgrund eines Hackerangriffs auf die ZEFYS-Datenbank. Schließlich waren auch durch die pandemiebedingte lange Schließung der Deutschen Nationalbibliothek die auf Mikrofilm vorliegenden Lokalzeitungsbestände erst spät einsehbar. Es wäre daher keine systematische Untersuchung aller Medien für die Jahre 1990–94 möglich gewesen – diesen Anspruch erhebt der vorliegende Text auch nicht.

Die Gliederung der Untersuchung in einen stärker qualitativen und einen stärker quantitativen Teil wiederum wurde schon in der 1993 erschienenen Studie »Die Treuhandanstalt im Bild der Öffentlichkeit« von Hans Mathias Kepplinger praktiziert: Diese beginnt mit drei qualitativen Fallstudien zur Presseresonanz je eines liquidierten, sanierten und privatisierten Betriebes. Es folgt eine systematische quantitative Auswertung von 3.609 Beiträgen aus 19 Publikationen hinsichtlich Anzahl, Thema und Tenor der Beiträge.¹³ In ihrer Gesamtheit geben die beiden Teile der Studie ein umfassenderes Bild von der Presseresonanz, als es mit einem rein qualitativen oder quantitativen Zugang möglich gewesen wäre.

Im letzten Abschnitt dieses Beitrags wird kursorisch der Blick über das Ende der THA hinaus erweitert: Dies geschieht anhand zweier TV-Dokumentationen über die Treuhand¹⁴ aus der jüngsten Vergangenheit. Damit soll ein Beitrag dazu geleistet werden, einen zeitlich breiteren Blick auf Transformationsprozesse zu werfen.

Das Verhältnis zwischen Treuhand, Protestierenden und Medien

Welche Erkenntnisse besitzen wir bereits über THA, Proteste und Medien nicht als Einzelphänomene, sondern in ihrem Zusammenwirken? Zum einen ist die zeitgenössische Berichterstattung über die THA bereits mehrfach beschrieben worden. Kepplinger stellt auf Basis einer quantitativen Auswertung fest, dass der Gesamttenor aller Artikel zur

12 In der Kategorie »Westdeutsche Leitmedien« in Abschnitt 4 wurden mit SZ und FAZ zwei der bereits in Abschnitt 3 untersuchten Medien ausgewählt. ZEIT und Spiegel kamen als *Wochenpresse* für Abschnitt 4 nicht infrage, da die Auswertung sich auf exemplarische *Tage* mit Protestgeschehen bezieht.

13 Hans Mathias Kepplinger: *Die Treuhandanstalt im Bild der Öffentlichkeit*, in: Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider (Hg.): *Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen*, Berlin 1993, S. 358–368.

14 *Die Treuhand – Die wahre Geschichte* (ZDF, 2020) sowie *D-Mark, Einheit, Vaterland: Das schwierige Erbe der Treuhand* (MDR/arte, 2018).

Grundsatzdiskussion über die THA tendenziell negativ ausfiel; unter den untersuchten Medien war er nur bei der FAZ leicht positiv.¹⁵ Goschler und Böick konstatieren eine Dreiteilung in der Berichterstattung: Überregional hätten liberal-konservative sowie linksliberal-linksalternative Medien auf einer eher abstrakten Ebene jeweils staats skeptische bzw. THA-skeptische Positionen formuliert. Demgegenüber sei die ostdeutsche Regionalpresse nicht von diesen Grundsatzdebatten, sondern konkreten Betrieben ausgegangen, für die sie teils offen Partei ergriffen habe.¹⁶ Über ideologische Grenzen hinweg gab es aber »ein gemeinsames Zielobjekt bei der diskursiven Bewältigung der Transformationskrisen: die Treuhandanstalt«.¹⁷

Zum anderen besitzen wir bereits Erkenntnisse über die Medienarbeit der THA. Diese erscheint als ein »work in progress«: Bereits seit 1990 bestand das von Wolf Schöde geleitete Direktorat Kommunikation/Medien. Spätestens Ende 1991 hatte sich die Medienarbeit der THA dann umfassend entfaltet: Ab diesem Zeitpunkt erschien »eine große Zahl an mehreren hundert Pressemitteilungen, professionell gestalteten Werbekampagnen, regelmäßigen Pressekonferenzen und exklusiven Interviews führender Mitarbeiter sowie verschiedenen Service-Angeboten für professionelle Medienvertreter«.¹⁸

Trotz dieser ersten Erkenntnisse bleiben weitere Fragen zum Verhältnis der drei Gruppen offen, die im Folgenden anhand der Erinnerungen der befragten Zeitzeugen zumindest in einer Annäherung beantwortet werden sollen.

Welche Wahrnehmung hatte zunächst die Treuhandanstalt von den Medien? Dass die THA im medialen Diskurs schlecht wegkam, gehörte spätestens seit dem Wort des THA-Präsidenten Detlev Rohwedder vom »Watschenmann der Nation« bereits zu den zeitgenössischen Treuhandklischees. Auch im Direktorat Kommunikation/Medien – der »Pressestelle« der THA – empfand man sich in Wolf Schödes Erinnerung in einer Art Belagerungszustand: »Wir waren halt in einer Kampfsituation: Der Rest der Welt gegen die Treuhand.«¹⁹ Die Flut an journalistischen Anfragen sei vor allem aufgrund der Vielfalt der branchenspezifischen Themen nicht angemessen zu bewältigen gewesen. Gleichzeitig hätten sich viele Journalist:innen nicht mit den oft knappen Informationen der THA zufriedengegeben, sondern seien darauf aus gewesen, die Mitarbeiter:innen der Pressestelle sich »verplappern« zu lassen. Ein Defensivmodus, den Pressevertreter:innen teils als arrogant empfunden hätten, sei zum Tagesgeschäft der Pressestelle geworden: »Wir waren da immer relativ kontrolliert, hatten auch einen ganz guten Trainingsstand. Das kommt

15 Kepplinger, *Bild der Öffentlichkeit*, S. 365, 370.

16 Constantin Goschler/Marcus Böick: Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Bochum 2017, S. 26 f.

17 Marcus Böick: Im »Säurebad der Einheit«. Die Treuhandanstalt in den medienöffentlichen Debatten der frühen 1990er Jahre, in: *Deutschland Archiv* 43 (2010), S. 432.

18 Goschler/Böick, *Wahrnehmung*, S. 21.

19 Transkription des Zeitzeugeninterviews mit Wolf Schöde am 21.04.2021, S. 5.

ja mit dazu: Ob man einmal im Monat eine Pressekonferenz macht, oder ob man alle drei Tage eine macht.«²⁰

Die Pressestelle sei aber dadurch nicht zur reinen Trutzborg geworden: Zum einen sei allen Mitarbeiter:innen klar gewesen, dass eine kritische mediale Begleitung konstitutives Element des gesamtgesellschaftlichen Projekts Treuhand sei. Zum anderen habe die Pressestelle, etwa durch Reisen mit Journalist:innen aus Ost- und Westdeutschland, auch versucht, selbst auf die Presse zuzugehen: »Manche haben auch gesagt: Lass doch diesen Quatsch, du züchtest dir doch nur die eigenen Nattern an den Hals. Aber ich habe gesagt: Nee, das gehört zu ordentlicher Öffentlichkeitsarbeit dazu.«²¹

Welche Sichtweisen hatten umgekehrt Journalist:innen auf die THA? Am Beispiel Johann Michael Möllers, der bis zum Jahreswechsel 1992 als Regionalkorrespondent in Erfurt für die FAZ schrieb und dann zum MDR wechselte, lässt sich ein Eindruck von Unterschieden und Gemeinsamkeiten verschiedener Medientypen – zwischen West und Ost, überregional und regional – gewinnen. In seiner Arbeit als FAZ-Korrespondent in Erfurt hatte Möller mehrfach Erlebnisse, die etwa westdeutsche Gewissheiten über wirtschaftliche (In-)Kompetenz von ostdeutschen Geschäftsleitungen und zuständigen THA-Mitarbeiter:innen auf den Kopf stellten. Nicht nur seine Perspektive sei davon geprägt worden: »Viele, die im Osten arbeiteten, wechselten gefühlsmäßig ganz schnell auf die Ostseite.«²² Auf der anderen Seite habe dagegen die Frankfurter Hauptredaktion mit stärkerem Interesse an größeren Zusammenhängen als an Einzelschicksalen gestanden: »Bei der FAZ gab es eben immer die beiden Ebenen: Diese ordolibérale Grundsatzbetrachtung, die dann doch sehr stark war. Sie müssen sehen, da waren ja so Leute wie [Hans D.] Barbier, der personifizierte Ordolibérale und Marktwirtschaftler. [...] Und die andere Ebene, das waren halt immer so diese typischen Ostgeschichten: Alles geht krachen, alles ist schrecklich, alles ist furchtbar, Menschen wehren sich. Das war ja genauso fruchtlos.«²³

Einer der Gründe für Möllers Wechsel zum MDR 1992 war das abnehmende Interesse der Frankfurter Stammredaktion am Thema THA: »Man hat so nach ein, anderthalb Jahren gespürt, dass die Aufnahmebereitschaft eines West-Mediums, selbst wie die FAZ [...], geringer wurde. Nach der zehnten Treuhandgeschichte [...] war es dann auch irgendwann genug.«²⁴ Von der ganzheitlichen Gesellschafts- sei die THA zunehmend ins Gebiet der nüchterneren Wirtschaftsberichterstattung gewechselt. Beim MDR sei die Treuhand dagegen auch aufgrund der persönlichen Betroffenheit der Redaktion zwangsläufig ein wichtigeres Thema gewesen: »Man hatte plötzlich eine andere Reise Flughöhe. [...] Man rutschte aus der Rolle des Beobachters dieser Veränderungen in die Rolle eines Teils die-

20 Ebd., S. 5.

21 Ebd., S. 3.

22 Transkription des Zeitzeugeninterviews mit Johann Michael Möller am 05.05.2021, S. 14.

23 Ebd., S. 16.

24 Ebd., S. 23.

ser Veränderungen.«²⁵ Hinzu gekommen sei das Selbstverständnis des MDR als »mediales Sprachrohr jedenfalls der drei neuen Länder« in Abwesenheit überregionaler ostdeutscher Qualitätszeitungen.²⁶

Noch deutlicher wird Martin Pollok, der für das *MDR-Thüringen Journal* im Sommer 1993 nahezu täglich aus Bischofferode berichtete. Seine Redaktionskolleg:innen seien zwar nur in wenigen Ausnahmen DDR-nostalgisch gewesen. In der Ablehnung der THA sei man sich aber einig gewesen: »Die Treuhand allerdings war etwas ganz Eigenartiges. Das waren ja nicht nur die alten DDR-Leute oder selbst ich – die Treuhand war ein schlimmer, ein ganz, ganz schlimmer Verein. [...] Die Treuhand war eine böse Sache, sage ich jetzt mal. Und so war auch das Empfinden in der gesamten Redaktion.«²⁷

Zur Einordnung dieser Aussage muss erwähnt werden, dass Pollok keineswegs zum Zirkel der DDR-Nostalgiker:innen gehörte: Er hatte sich in der Wendezeit zunächst für den Demokratischen Aufbruch, dann für die CDU politisch engagiert.²⁸ Vor diesem Hintergrund ebenso wie vor den sich ähnelnden Aussagen Möllers ist es also wahrscheinlich, dass treuhandkritische Einstellungen zumindest in der MDR-Redaktion tatsächlich deutlich überwogen. Zusätzlich war die Treuhand-Pressestelle weder für Martin Pollok noch für Johann Michael Möller eine wichtige Anlaufstelle bei der Beitragsrecherche. So erinnert sich Pollok, dass sein Hauptgesprächspartner im Sommer 1993 – abseits des Bischofferöder Betriebsrates – Andreas Trautvetter, Chef der Erfurter Staatskanzlei gewesen sei: »Ich glaube nicht, dass ich persönlich mal, vielleicht ein-, zweimal in Berlin bei der Treuhand selbst angerufen hätte. [...] Ich weiß nicht warum, ich kann es auch im Moment gar nicht erklären. Es war irgendwie so 'ne Wand.«²⁹

Für Möller war die THA-Pressestelle aufgrund ihrer defensiven Grundhaltung und ihres Fokus auf betriebswirtschaftliche Fragen ebenfalls keine hauptsächliche Quelle: »Man lebte eher von den eigenen Zugängen, die man sich erboxt hatte, als von so einem routinierten Presseapparat, der innerhalb von zwei Stunden reagieren konnte.«³⁰

Wie verhielten sich schließlich Protestseite und Medien zueinander? Aufgrund der großen Vielfalt des Protestgeschehens können Aussagen einzelner Zeitzeug:innen hierüber kaum verallgemeinert werden. Als Koordinator der dezentralen »Thüringen brennt«-Proteste³¹ 1993 beim DGB in Erfurt hatte der Gewerkschaftssekretär Rolf Düber allerdings Einblicke sowohl in die gewerkschaftliche als auch in die betriebliche Seite des Protestgeschehens. Zudem war er bereits in Bischofferode vor Ort gewesen. Dort umfasste die vielfache Unterstützung durch Gewerkschaften auf Kreis- und Bezirksebene offenbar auch

25 Ebd., S. 24.

26 Ebd., S. 26.

27 Transkription des Zeitzeugeninterviews mit Martin Pollok am 01.05.2021, S. 5.

28 Ebd., S. 2.

29 Ebd., S. 7.

30 Transkription des Zeitzeugeninterviews mit Johann Michael Möller, S. 20.

31 Vgl. Bernd Gehrke: Dokumente des Aktionsbündnisses »Thüringen brennt!« Juli 1993 bis April 1994, Stand: April 2018.

Hilfe bei der Medienarbeit: »Und es war unter anderem so, dass die IG Metall auch mal einen Hauptamtlichen für vier Wochen abgestellt hat, der war dann in Bischofferode und hat da mitorganisiert für mehrere Wochen, ich weiß nicht mehr ob vier Wochen, aber für eine längere Zeit. Der dann Profi war, wie kann ich Presseinformationen, wie kann ich das alles machen und hat die sozusagen auch mit organisiert und angeschoben und so.«³²

Bei den »Thüringen brennt«-Protesten kam der gewerkschaftlichen Seite erneut eine zentrale Rolle in der medialen Verbreitung zu: Die jeweiligen Aktionen wurden von den Einzelbetrieben an Düber gemeldet. Dieser fasste diese Aktionen zusammen, überschlug eine Gesamtteilnehmer:innenzahl und gab diese Informationen über einen Presseverteiler gebündelt an die Medien weiter. Diese Bündelung hatte in Dübers Erinnerung den gewünschten Effekt: »[W]ir waren da sehr zufrieden eigentlich, was da läuft und so. Also die regionalen Medien haben das sowieso aufgegriffen, in der Zeitung, [...] aber auch überregional. Man konnte eigentlich mit sehr wenig, in der Zeit konnte man mit sehr wenig Aktivitäten oder sehr wenig Personal konnte man sehr viel medienmäßig bewirken.«³³

Die Wichtigkeit gewerkschaftlicher Unterstützung beim Kontakt mit Medien erschließt sich auch vor dem Hintergrund der Erinnerungen Johann Michael Möllers. In der Umbruchsphase der Wiedervereinigung habe in den Einzelbetrieben oft jedes Verständnis dafür gefehlt, Medien für die eigenen Zwecke zu nutzen. Pressestellen nach westdeutschem Vorbild habe es nicht gegeben, die »hochverunsicherten« Geschäftsleitungen wiederum hätten geschwankt »zwischen völliger Verschlussenheit und einer immer wieder erstaunlichen Offenheit«.³⁴ Angesichts der umso professioneller aufgestellten Pressearbeit der THA waren Einzelbetriebe also auf unterstützende Strukturen angewiesen, um sich ebenfalls im medialen Raum Gehör zu verschaffen.

Die Berichterstattung 1990–92 im Spiegel der Leitmedien

Mit der Verabschiedung des Treuhandgesetzes am 17. Juni 1990 begann die THA, ins Zentrum des nationalen Medieninteresses zu rücken. Erste größere Belegschaftsproteste gegen die THA sind ab Herbst 1990 belegbar: Die geplante Zusammenführung des als Stiftung organisierten feinmechanisch-optischen Unternehmens Carl Zeiss in Jena mit dem gleichnamigen Unternehmen im westdeutschen Oberkochen löste Sorge vor einem

32 Transkription des Zeitzeugeninterviews mit Rolf Düber zum Aktionsbündnis »Thüringen brennt« am 21.06.2018, S. 37f.

33 Ebd., S. 38.

34 Transkription des Zeitzeugeninterviews mit Johann Michael Möller, S. 11.

»Plattmachen« Jenas aus.³⁵ Am 11. September 1990 demonstrierten daher »tausende«³⁶ Menschen in Jena für die Übertragung von 20 Prozent der Unternehmensanteile von der THA an die Carl-Zeiss-Stiftung, um die Verhandlungsposition mit Oberkochen zu stärken. Die Demonstrationen hielten über die kommenden Monate an und erreichten am 13. Februar 1991 einen Höhepunkt bei einer Kundgebung mit bis zu 20.000 Teilnehmer:innen.³⁷

Im Laufe der monatelangen Proteste kam es zu einer deutlichen Verschiebung der Berichterstattung. Im Herbst 1990 fokussierten sich die Berichte noch auf Treuhand, Politik und Unternehmensführungen als Akteure. Protestierende Carl-Zeiss-Mitarbeiter:innen wurden in dieser Erzählung allenfalls zur »Manövriermasse«: So titelte die FAZ etwa am 10. September »Jenas Oberbürgermeister droht mit Straßensperren«³⁸ – ohne die Belegschaft, von der die Straßensperren ausgingen, zu Wort kommen zu lassen.

In deutlichem Kontrast hierzu steht die Berichterstattung im Frühjahr 1991. Diese fiel zeitlich zusammen mit einem Angebot der THA, dem Land Thüringen auch die übrigen 80 Prozent der Carl-Zeiss-Stiftung zu überlassen und zudem sämtliche Schulden zu tilgen. In den Artikeln zu diesem Angebot spielen die Proteste der Belegschaft vom 13. Februar nun plötzlich eine zentrale Rolle. So beschreibt *Die ZEIT* das Engagement von Betriebsrät:innen als ursächlich für das THA-Angebot und schreibt weiter: »Offiziell bestätigt wurde die Zahl [von nur 5.000 erhaltbaren von ehemals 30.000 Arbeitsplätzen] zwar nie, sie setzte sich jedoch in den Köpfen der Menschen fest und tat dort ihre Wirkung: Am 13. Februar demonstrierten 20 000 Menschen in Jena gegen den Arbeitsplatzabbau – die größte Demonstration, die die Stadt seit der Revolution erlebte.«³⁹

Der *Spiegel* nimmt sogar rückblickend auf die Proteste im Herbst Bezug und sieht diese als ursächlich für die Entscheidung der Volkskammer, 20 Prozent der Unternehmensanteile an die Carl-Zeiss-Stiftung zu übertragen.⁴⁰ Hier spiegelte sich in der medialen Bewertung auch das plötzliche Anwachsen der Anti-THA-Proteste in den ersten Monaten des Jahres 1991.

Den Höhepunkt erreichten diese Proteste im März 1991 auf dem Leipziger Augustusplatz: Bis zu 70.000 Menschen nahmen an »Montagsdemonstrationen« teil, zu denen federführend die Gewerkschaft IG Metall aufrief. Neben scharfen, aber oft um Differenzierung bemühten Redebeiträgen von Politiker:innen und Gewerkschafter:innen entlud

35 André Steiner: Ost-West-Doppelunternehmen und die Treuhandanstalt. Der Fall Carl Zeiss Jena, in: Hoffmann (Hg.), *Transformation*, S. 134.

36 Carl Zeiss (Hg.): 20 Jahre Wiedervereinigung bei Carl Zeiss – Eine Übersicht zu Schlüsselereignissen von 1989 bis 2011, S. 7, https://www.zeiss.de/content/dam/Corporate/history/PDFs/schluesselereignisse_1989-2011.pdf (zuletzt 27.02.2023)

37 »Zeiss-Arbeiter demonstrieren«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.1990; Carl Zeiss (Hg.): 20 Jahre Wiedervereinigung, S. 9.

38 »Jenas Oberbürgermeister droht mit Straßensperren«, in: FAZ, 10.09.1990.

39 »Offene Wunden der Teilung«, in: *Die Zeit*, 15.03.1991.

40 »Blutige Finger«, in: *Der Spiegel*, 18.03.1991.

sich auf dem Augustusplatz in Transparenten wie »Gegen Kohl war Goebbels ein Waisenknabe« oder »Helmut: Nur Hitler war größer« auch eine gänzlich unreflektierte Wut.⁴¹

Die Medien berichteten bereits vor dem 1. April, dem Tag des Mordes an Detlev Rohwedder, überwiegend ablehnend über die Demonstrationen. Sowohl die Vor-Ort-Reportagen der SZ als auch die der FAZ zeichnen – anders, als die Zuschreibung der politischen Blattlinien erwarten ließe – ein durchweg negatives Bild. Bereits am 13. März 1991 berichtete die SZ unter der Überschrift »Dumpfe Parolen, aufgestaute Wut«. Ein Worst-Off an Eindrücken wurde geschildert, etwa von Gruppen, die »[d]ie ›Kakerlaken‹, die in ›Asylantenhöhlen‹ hausen und ›totgetreten‹ werden müßten«, beschimpften.⁴² In Kommentaren wurden diese Eindrücke um kritische Einordnungen erweitert. Deren typische Argumentation war zweischrittig: Zunächst wurde die Notwendigkeit von Betriebsschließungen und Entlassungen angesichts der maroden DDR-Wirtschaft betont: Die Urhebererschaft der in Sicht der Kommentare fehlgeleiteten Proteste wurde nicht den Demonstrierenden selbst, sondern westdeutschen, gewerkschaftlichen »Meinungsmachern« zugeschrieben. Die FAZ kritisierte am 20. März 1991 die Gleichsetzung der Montagsdemonstrationen von 1989 und 1991 – um sich dann selbst eines fragwürdigen historischen Vergleichs zu bedienen: »Wer [1989 und 1991] gleichsetzt oder auch nur in Zusammenhang bringt – Politiker, Gewerkschafter, Kirchenmänner oder auch nur Fernsehsprecher –, sollte sich schämen. [...] Daß es in den neuen Bundesländern nicht gut steht, sollte nicht von Demagogen ausgenutzt werden. Von solchen hat Deutschland seit den letzten 60 Jahren bei weitem genug.«⁴³

Der Mord an Detlev Rohwedder am 1. April 1991 bedeutete eine Zäsur für die bislang konfrontative gesellschaftliche Stimmungslage. Die »Gemeinsame Erklärung« zwischen THA und Gewerkschaften vom 13. April befriedete deren Verhältnis, die politischen Parteien hatten drei Tage zuvor bei einem Trauerstaatsakt demonstrative Geschlossenheit gezeigt.⁴⁴ Dies spiegelte sich auch in den Leipziger Montagsdemonstrationen wider: Bis zum 22. April sank deren Teilnehmer:innenzahl in einen dreistelligen Bereich, womit der Protestzyklus endete.⁴⁵ In der Berichterstattung im unmittelbaren Nachgang des Rohwedder-Mordes wurden die Proteste der Vorwochen in einen Zusammenhang zum Mord gestellt – freilich nur vage mit Referenzen wie dem »fatalen Wort eines Gewerkschaftsfunktionärs vom ›Schlachthaus‹«⁴⁶ oder »die unsäglichen Hetzartikel im Neuen Deutsch-

41 Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. (Hg.): 1991 – Leipzig macht Druck, URL: <http://www.mythos-montagsdemonstrationen.de/1991-leipzig-macht-druck> (zuletzt 27.02.2023); vgl. auch »Dumpfe Parolen, aufgestaute Wut«, in: Süddeutsche Zeitung, 13.03.1991.

42 »Dumpfe Parolen, aufgestaute Wut«, in: SZ, 13.03.1991.

43 »Gleicher Ort, andere Zeit«, in: FAZ, 20.03.1991.

44 Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018, S. 371.

45 Vgl. Lohmann: The Dynamics of Informational Cascades. The Monday Demonstrations in Leipzig, East Germany 1989–91, in: World Politics 47(1), S. 70.

46 »Ein Opfer für Deutschland«, in: FAZ, 03.04.1991.

land der PDS«⁴⁷. Analog zum Bild der Protestierenden als Verführte in den Vorwochen, richteten sich die Vorwürfe nun an deren »Verführer«.

Zusammenfassend lassen sich für die erste Phase der Anti-THA-Proteste damit bereits ausgeprägte zeitliche Konjunkturen der medialen Rezeption feststellen: Auf eine Phase relativen Desinteresses im Herbst und Winter 1990 folgte eine deutlich breitere, meist positive Rezeption der dezentralen Belegschaftsproteste bei einzelnen, bekannten Unternehmen. Im Moment zunehmender Organisiertheit und Bündelung wie in Leipzig schlug diese Rezeption aber bereits im März in offene Ablehnung um, die sich durch den Mord an Detlev Rohwedder nur zu bestätigen schien.

Auch das weitere Protestgeschehen der Jahre 1991 und 1992 wurde nach einem ähnlichen Muster medial begleitet: Meist wohlwollend bei Einzelaktionen, desinteressiert bis ablehnend dagegen im Falle gewerkschaftlicher Bündelung. So fanden sich IG-Metall-Proteste in mehreren ostdeutschen Städten – teils mit Tausenden Teilnehmer:innen – für die Schaffung von ABS-Gesellschaften im Sommer 1991 fast nur in Form von Agenturmeldungen wieder. Kamen Proteste überhaupt zur Sprache, so wurden deren geringere Teilnehmerzahlen gelobt, so etwa in der FAZ: »Sie [die Ostdeutschen] sind gebrannte Kinder und haben offensichtlich gelernt. Jedenfalls sind sie zuletzt jenen Demonstrationen ferngeblieben, die nicht Besonnenheit verbreiten, sondern Feindseligkeit schüren möchten.«⁴⁸ Eine Welle an Betriebsbesetzungen in den Jahren 1991 und 1992 erntete dagegen Sympathiebekundungen. So sah die SZ in ihnen gar den entscheidenden Motor für die Schaffung von ABS-Gesellschaften: »Angesichts einer sich ausbreitenden Welle von Streiks und Betriebsbesetzungen sind mittlerweile fast alle dafür: Belegschaften und Gewerkschaften sowieso, mittlerweile auch die Arbeitgeber, die ostdeutschen Landesregierungen, nun auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der von einem »wesentlichen Element zur sozialen Lösung der Arbeitsmarktprobleme in Ostdeutschland« spricht. Nur die Treuhand sperrt sich noch[.]«⁴⁹

Und im Spiegel-typischen halbironischen Duktus hieß es mit Blick auf Werksbesetzungen in Chemnitz, Leipzig und anderen ostdeutschen Städten: »Der Aufstand der ostdeutschen Arbeiterklasse griff vergangene Woche um sich.«⁵⁰

Die Berichterstattung 1993–94 im Spiegel verschiedener Pressetypen

Im Sommer 1993 kam es im Anti-THA-Protestgeschehen zu einer neuen Phase: Am 1. Juli traten zunächst zwölf Kumpel des Kali-Bergwerks Thomas Müntzer in Bischofferode in einen Hungerstreik, um gegen die Schließung des Bergwerks zu protestieren. Bereits im

47 »Mord am Manager der Einheit«, in: Die Zeit, 05.04.1991.

48 »Die neue soziale Frage in Deutschland«, in: FAZ, 12.06.1991.

49 »Das Jubiläum – garniert mit blauen Briefen«, in: SZ, 27.06.1991.

50 »Nur verschoben«, in: Der Spiegel, 23.06.1991.

Dezember 1992 hatte die THA die Fusion zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali + Salz AG Kassel bekannt gegeben. Die im Rahmen der Fusion vorgesehene Schließung des an sich profitablen Bergwerks Bischofferode führte zum Vorwurf der Marktvereinigung. Zahlreiche Künstler:innen und Politiker:innen solidarisierten sich mit den Hungerstreikenden, Aktionstage auf dem Werksgelände im Juli und August sowie ein Marsch von Bischofferode nach Berlin im September begleiteten den Protest. Nach der Aussetzung des Hungerstreiks Mitte September wurde die Grube schließlich zum Jahreswechsel geschlossen.⁵¹

Zwar blieb auch im Fall Bischofferode das Anwachsen der Proteste zu einem Flächenbrand aus. Das Beispiel des Aktionsbündnisses »Thüringen brennt« zeigt aber, dass zumindest der Versuch unternommen wurde: Am 17. August begannen wöchentliche »5 vor 12«-Proteste: kurze, meist von Betriebsrät:innen und Gewerkschafter:innen initiierte Aktionen im öffentlichen Raum wie Straßensperren, primär in mittel- und südthüringischen Betrieben. Die Aktionen setzten sich über den gesamten Herbst 1993 fort; mit der »Aktion Gegenzug« am 19. Oktober 1993 fand zwei Monate nach Beginn der Proteste eine Aktion des Bündnisses statt, die mit Wolfgang Thierse einen prominenten Teilnehmer gewinnen konnte. Trotz abnehmenden Protestgeschehens wurden weiterhin Einzelbetriebe unterstützt, so etwa die Ilmenauer Glaswerke, die noch am 26. April 1994 eine »5 vor 12«-Protestaktion abhielten.⁵²

Dieser neue Protestzyklus sorgte auch für eine neue Bedeutung im medienöffentlichen Raum: Das seit April 1991 eher mäßige Interesse an Protesten wich nun der intensiven Begleitung zumindest des Bischofferoder Hungerstreiks.⁵³ Im Folgenden wird die Berichterstattung über Bischofferode und die »Thüringen brennt«-Proteste in verschiedenen Medientypen anhand von 19 exemplarischen Tagen mit protestbezogenen Ereignissen ausgewertet. Die Auswertung bezieht sich – in Anlehnung an Kepplinger⁵⁴ – auf die Zahl der erschienenen Artikel, deren Typ (Kurzmeldung, Bericht, Reportage, Kommentar, Interview), Gegenstand (Bischofferode oder »Thüringen brennt«) sowie den Tenor auf einer Skala von 1 – eine eindeutig positive Charakterisierung der Proteste – bis 5 – eine eindeutig negative Charakterisierung der Proteste (vgl. Tabelle und Codierung im Anhang).

51 Für eine ausführlichere Darstellung des Hintergrundes der Fusion sowie des Protestgeschehens vgl. Böick, *Die Treuhand*, S. 459–462; Gerhard Jüttemann: *Bischofferode: Chronik eines Arbeitskampfes*, in: Ulla Plener (Hg.): *Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften 1990–1994*, Berlin 2011, S. 184–193; neuerdings Christian: *Rau Hungern für Bischofferode. Protest und Politik in der ostdeutschen Transformation*, Frankfurt a. M./New York 2023.

52 Till Goßmann: *Proteste gegen die Treuhandanstalt am Beispiel der Aktivitäten zum Erhalt der Ilmenauer Glaswerke 1993–1994*, in: *Arbeit – Bewegung – Geschichte*, H. 1 (2020), S. 36.

53 Vgl. Marcus Böick: »Aufstand im Osten«? Sozialer und betrieblicher Protest gegen Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er Jahren, in: Dieter Bingen/Maria Jarosz/Peter Oliver Loew (Hg.): *Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989*, Wiesbaden 2012, S. 176–180.

54 Vgl. Kepplinger, *Bild der Öffentlichkeit*, S. 363–368.

In den westdeutschen Leitmedien FAZ (21 Artikel) und SZ (25 Artikel) nahmen die Protestkomplexe Bischofferode und »Thüringen brennt« vergleichsweise geringen Raum ein. Zudem behandelten fast alle Artikel die Proteste in Bischofferode, nicht jedoch die von »Thüringen brennt«. Zwischen den beiden Zeitungen bestehen aber erhebliche Unterschiede in der Berichterstattung: So herrschte in den vier Kommentaren zu Bischofferode in der FAZ ein durchweg negativer Tenor. Die mehrfach geäußerte Auffassung lautete, dass die Bischofferoder Kumpel versuchen würden, ihre Partikularinteressen mittels Erpressung der Volksvertreter:innen durchzusetzen und die Demokratie zur »Interessenten-Demokratie«⁵⁵ zu degradieren: »Der Aufstand der ostdeutschen Betriebsräte gegen ihre Gewerkschaften zeigt, daß dieser Vermittlungsprozeß [der Universalisierung partikularer Interessen durch Gewerkschaften] nicht überall gelingt. Doch der Protest der Kaliberleute ist auf dem Hintergrund schmerzhafter, aber »reibungsfreier« Personalveränderungen derzeit die Ausnahme: Bischofferode ist nicht überall.«⁵⁶

Die in der SZ geäußerten Auffassungen zu den Protestaktionen waren differenzierter. Eine Reportage zum Aktionstag in Bischofferode am 1. August 1993 – dieser hatte ca. 15.000 Teilnehmer:innen aus 150 Betrieben zusammengebracht, neben Redebeiträgen von Politiker:innen und Gewerkschafter:innen gab es auch ein Kulturprogramm mit einem Rockkonzert der Puhdys – beschreibt anders als die FAZ die Protestform des Hungerstreiks als grundsätzlich legitim, ja geboten: »Seit Weihnachten vorigen Jahres wehren sich die Kali-Kumpel gegen die zur Jahreswende drohende Schließung der noch eben 700 Leute beschäftigenden Grube. Doch erst der nun schon vier Wochen dauernde Hungerstreik von mal mehr, mal weniger Kumpeln, zusammen bislang 97, hat ihr Anliegen allgemein bekannt gemacht, auch politische Wirkung erzielt.«⁵⁷

Berechnet man den Gesamttenor der Berichterstattung, so ergibt sich – bei einem angenommenen Durchschnittswert von 3 (1 = sehr positiv gegenüber der Protestseite, 5 = sehr negativ) – für die FAZ ein Tenor von 3,4, für die SZ von 2,9 (vgl. Anhang 1 und 2 zur Methodik).

In der *Thüringer Allgemeinen* (TA) und dem *Freien Wort* (FW) als ostdeutsche Lokalzeitungen erschienen weitaus mehr Artikel zum Protestgeschehen. Im FW waren es 46, in der TA 77 Artikel – letzteres ist der höchste Wert von allen untersuchten Medien. Die erhebliche Differenz zwischen TA und FW lässt sich teilweise dadurch erklären, dass Bischofferode – das Eichsfeld hatte zum DDR-Bezirk Erfurt gehört – im Einzugsgebiet der TA und nicht des FW lag; auch die Berichterstattung über die thüringenweiten »Thüringen brennt«-Proteste aber war in der TA mit 33 Artikeln stärker vertreten als im FW mit 24 Artikeln. Dieser quantitative Unterschied zwischen TA und FW setzt sich auf inhaltlicher

55 »Interessenten-Demokratie«, in: FAZ, 29.07.1993.

56 »Nicht überall«, in: FAZ, 28.07.1993.

57 »Aktionstag gegen das Nichtstun«, in: Süddeutsche Zeitung, 02.08.1993.

Ebene fort. Beispielhaft sei der 24. August 1993 genannt, der Tag nach der zweiten landesweiten »5 vor 12«-Aktion. In der TA erschienen an diesem Tag zwei Berichte sowie ein – ausdrücklich positiver – Kommentar.⁵⁸ Die FW-Berichterstattung hingegen beschränkte sich auf einen von der dpa übernommenen Bericht.

Bemerkenswert ist auch der Anteil von Kommentaren in der TA: Mit fast einem Viertel aller Artikel liegt er höher als bei allen anderen Medien. Dabei nahmen die Kommentare meist offen Partei für die Protestseite. So wurde »Thüringen brennt« am Tag nach der ersten »5 vor 12«-Demonstration als logische Reaktion auf eine ostdeutschlandweite Deindustrialisierungspolitik gelobt: »Somit überrascht es nicht, daß dem Thüringer Bündnis ein branchen- und schichtenübergreifender Zusammenschluß gelungen ist. Auch die gelassene Reaktion vieler Autofahrer bei den gestrigen Straßenblockaden spricht dafür. [...] Der Thüringer DGB will das Aktionsbündnis jetzt unterstützen. Denn Bischofferode hat auch gezeigt, daß man etwas erreichen kann, wenn man sich nicht einfach seinem Schicksal ergibt.«⁵⁹

Im Gegensatz dazu blieb das FW nicht nur in den von Presseagenturen übernommenen Artikeln neutral, sondern enthielt sich auch im eigenredaktionellen Teil seiner Berichterstattung weitgehend eigener Bewertungen. Wo etwa anlässlich der »Aktion Gegenzug« die TA einforderte, die Sozialpartnerschaft nicht zum leeren Versprechen verkommen zu lassen,⁶⁰ schilderte die FW-Reportage persönliche Schicksale von Protestteilnehmenden im Zug: »Es war ein merkwürdiger Gegensatz, gestern von Eisenach bis nach Schwarzburg durch die wunderschöne Herbstlandschaft zu fahren und über doch so bedrückende Entwicklungen zu reden ...«⁶¹ Die politische Kommentierung der Proteste überließ das FW weitgehend Wolfgang Thierse, der in loser Folge als Gastautor die Mittwochs-Kolumne schrieb.⁶² Auch im Gesamttenor der Berichterstattung spiegeln sich die beschriebenen Unterschiede wider: Bei der TA betrug dieser 2,6, beim FW 2,9.

Die *tageszeitung (taz)* und das *Neue Deutschland (ND)* waren Anfang der 1990er Jahre die auflagenstärksten explizit linken Tageszeitungen im wiedervereinigten Deutschland. In ihrer Berichterstattung wichen die linksalternative Westberliner *taz* und das Ex-SED-Organ ND jedoch vielfach voneinander ab. So erschienen an den Untersuchungstagen 29 Artikel mit Protestbezug in der *taz* und 54 Artikel im ND – letzteres ein Spitzenwert unter den überregionalen Medien. Dabei trat der tendenziöse Charakter der ND-Berichterstattung immer wieder zutage: 33 der 54 Artikel im ND waren in ihrem Tenor nicht neutral verfasst, bei der *taz* waren es nur sechs der 29 Artikel. Die Aussetzung des Bischofferöder Hungerstreiks am 20. September etwa wird vom ND nur als Randnotiz in einem kurzen

58 »Kommentiert: Druck«, in: Thüringer Allgemeine, 25.08.1993.

59 »Kommentiert: Unterschied«, in: Thüringer Allgemeine, 18.08.1993.

60 »Kommentiert: Schärfe«, in: Thüringer Allgemeine, 20.10.1993.

61 »Mit dem Dampfproß gegen den »Strom der Zeit: unterwegs«, in: Freies Wort, 20.10.1993.

62 Vgl. etwa »Mittwochs-Kolumne: Wir brauchen einen langen Atem«, in: Freies Wort, 15.09.1993.

Bericht erwähnt,⁶³ durch eine Reportage zum Aktionstag in Bischofferode am 1. August zieht sich hingegen ein Pathos, das sich, wäre es in einem westdeutschen Leitmedium erschienen, auch als Parodie auf politisch naive Ostdeutsche lesen ließe: »Die Herren machen selber, daß ihnen der arme Mann Feind wird«. Erich Klein, seit einem Dutzend Jahren als Schlosser im Müntzer-Schacht, kannte diesen Satz von Müntzer bisher nicht. »Aber der stimmt, hundertprozentig«, grollt er. Erich hat Wut im Bauch, wie die meisten hier. Und viel Traurigkeit. Seit vier Wochen hungern die Kumpel, und es rührt sich nichts in den Verwaltungsbüros der allmächtigen BASF. Was haben sie nicht alles versucht, seitdem sie im Dezember zu ahnen begannen, wie man sie für dumm verkaufen wollte.«⁶⁴

Die Reportagen und Kommentare in der *taz* waren überwiegend, aber nicht ausschließlich positiv gehalten. So kam der Widerspruch zwischen sozialer und ökologischer Frage in einem *taz*-Kommentar vom 14. Juli 1993 zur Sprache, der mit den Bischofferoder Protesten hart ins Gericht ging: »Arbeiter setzen das äußerste Mittel ein, den Hungerstreik, um die Kalibergwerke Thüringens zu erhalten, ihren Arbeitsplatz und – nur so ist dieser verzweifelte Kampf richtig zu verstehen – ihr Lebenswerk. Aber sie, die so oft betrogenen Proletarier, dürfen ihr Ziel diesmal auf keinen Fall erreichen: jahrzehntelang haben ihre Gruben das ökologische System belastet, ihre Produkte die Flüsse versalzen. [...] Gut, daß diese Bergwerke geschlossen werden. Pragmatische Reparaturen sind fällig, keine melodramatischen Tragödien.«⁶⁵

Es wäre jedoch verfehlt, aus diesem Beispiel zu schließen, die *taz* sei den Protesten in Bischofferode generell mit Ablehnung begegnet. Bei Berichten über Auseinandersetzungen etwa mit Gegendemonstrationen positionierte sich die *taz* durchgehend solidarisch.⁶⁶ Der Gesamttenor der Berichterstattung betrug bei der *taz* 2,8, beim *ND* 2,2. Damit war das *ND* von allen untersuchten Medien dasjenige, das die Proteste am positivsten rezipierte. Unterschiedliche politische Sozialisationen der west- und ostdeutschen Linken traten hier deutlich zutage.

Auch die öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen *Thüringen Journal* (MDR) und *Tageschau* (Das Erste) informierten über das Thüringer Protestgeschehen. Im Schnitt sendete das *Thüringen Journal* 1,89 Beiträge/Tag mit Protestbezug, die *Tagesschau* 0,53 Beiträge/Tag. Diese Zahlen sind bemerkenswert: Angesichts der Tatsache, dass eine *Tagesschau*-Ausgabe nur etwa 10 bis 20 Prozent so viele Beiträge enthält wie die Politik- und Wirtschaftsressorts einer überregionalen Tageszeitung,⁶⁷ maß die *Tagesschau* dem Protestgeschehen offenbar weit größeres Gewicht bei als die überregionalen westdeutschen Tageszeitun-

63 »Hoffnung aus Brüssel«, in: Neues Deutschland, 21.09.1993.

64 »Es bleibt weiter nur Notwehr«, in: Neues Deutschland, 02.08.1993.

65 »Reparieren statt klagen«, in: *taz*, 15.07.1993.

66 »Zivis provozierten Kumpels«, in: *taz*, 14.07.1993; »Getrennt marschieren, aufeinander einschlagen«, in: ebd., 18.08.1993.

67 Dieser grobe Wert basiert auf einem beispielhaften Vergleich der FAZ (99 Artikel in den genannten Ressorts), *Tagesschau* (13 Beiträge excl. Sport und Wetter) und *Thüringen Journal* (15 Beiträge excl. Kultur, Sport und Wetter) vom 14. Juli 1993.

gen. Ebenfalls auffällig ist der hohe Anteil an Beiträgen über »Thüringen brennt«: 17 der 34 Beiträge im *Thüringen Journal* und drei der zehn Beiträge in der *Tagesschau* berichteten über Proteste des Aktionsbündnisses.

Die Frage, weshalb die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Formaten so intensiv ausfiel, ist nicht zweifelsfrei zu beantworten. Zwei Faktoren erscheinen aber plausibel: Zum einen war und ist die Tagesschau eine Gemeinschaftsproduktion der in der ARD-aktuell-Redaktion zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten; auch der MDR war ab 1992 beteiligt. Die Integration ostdeutscher Perspektiven gelang hier also offenbar besser als bei den redaktionell weit stärker westdeutsch geprägten Medien FAZ und SZ.

Zum anderen eignete sich das Fernsehen als audiovisuelles Medium deutlich besser als Printmedien, die Dramatik des Hungerstreiks wiederzugeben. Am deutlichsten wurde der audiovisuelle Charakter der Proteste, als ab Juli Bilder der blassen und ausgezehnten Hungerstreikenden zum festen Repertoire der Berichterstattung wurden. Das Interview im *Thüringen Journal* vom 14. Juli mit dem hungerstreikenden Kalikumpel Wilfried Beckert wäre inhaltlich zu banal für einen Abdruck in einer Zeitung gewesen. Durch Tonfall und optische Erscheinung des vom bereits zwei Wochen andauernden Hungerstreik sichtlich gezeichneten Beckert, umgeben von 13 mehrfach während des Interviews applaudierenden Mitstreikenden, gewann das Interview jedoch einen gespenstischen Charakter, der dem Zuschauer den Eindruck eines dramatischen Ausnahmezustandes vermittelte.⁶⁸

Der Gesamttenor der Berichterstattung lag bei 2,7 für das *Thüringen Journal* und 3,0 für die *Tagesschau*. Offen Partei nahmen wie zu erwarten in beiden Medien keine Beiträge. Unter den *Tagesschau*-Beiträgen lassen sich auch keine subtileren Tendenzen in eine protestfreundliche oder -kritische Richtung erkennen. Demgegenüber ist in mehreren Beiträgen des *Thüringen Journal* eine vorsichtige Sympathie für die Proteste ersichtlich:⁶⁹ Dies deckt sich mit den Erinnerungen Martin Polloks an eine THA-kritische Stimmung in den MDR-Redaktionen.

Nachwirkungen in der aktuellen medialen Aufarbeitung und Ausblick

Das öffentliche Interesse an der Treuhand und ihrer Rolle für die Entwicklung Ost- wie Gesamtdeutschlands ist in den vergangenen Jahren schlagartig gewachsen.⁷⁰ Einher ging damit eine regelrechte Flut von TV-Dokumentationen – mehrheitlich öffentlich-rechtlich,

68 *Thüringen Journal* 93/143: Interview Michael Wenkel mit Wilfried Beckert, 00:06:36–00:09:50.

69 Vgl. etwa das sehr kritische Interview mit dem Thüringer IGBE-Vorsitzenden Hans-Jürgen Schmidt: *Thüringen Journal* 93/146: 00:03:33–00:07:02.

70 Vgl. Hans Monath: Warum die Treuhand jetzt zum Thema wird, in: *Tagesspiegel*, 06.05.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/warum-die-treuhand-jetzt-zum-thema-wird-5015818.html> (zuletzt 27.02.2023).

jüngst aber sogar als Kriminalgeschichte »Rohwedder« auf Netflix. Ein Vergleich zweier öffentlich-rechtlicher Produktionen der vergangenen Jahre kann Hinweise darauf liefern, wie die zeitgenössische mediale Rezeption der THA und der gegen sie gerichteten Proteste bis heute ganz unterschiedlich nachwirken.

Die jeweilige Stoßrichtung der untersuchten Dokumentationen wird schon in deren Anfangsszenen deutlich. Die 2020 erschienene ZDF-History-Dokumentation »Die Treuhand – Die wahre Geschichte« (Autor: Dirk Laabs) öffnet mit Privataufnahmen einer Berliner Privatparty des westdeutschen WBB-Investors und Betrügers Michael Rottmann: Eine barbusige Tänzerin legt ihm eine lebendige Schlange um den Hals, kommentiert durch einen Sprecher: »Eine rauschende Party – bezahlt mit gestohlenem Geld. Rottmann ist einer von tausenden Glücksrittern aus dem Westen.«⁷¹ Diese Perspektive zieht sich durch den gesamten Film: Gerissene West-Kriminelle werden bei Laabs zur treibenden Kraft hinter dem ostdeutschen Wirtschaftsumbau. Die THA hingegen wird dargestellt als passiv und düpiert, gefangen zwischen kriminellen Investoren und einer Bundesregierung, die diesen Investoren Tür und Tor öffnete.

Die 2018 erschienene MDR/arte-Produktion »D-Mark, Einheit, Vaterland« (Autor:innen: Inge Kloepfer/Jobst Knigge) beginnt dagegen mit einer Aussage Birgit Breuels, die für den Film als Gesprächspartnerin gewonnen wurde: »Und dann ging's auf einmal los. Und man stand vor dem Nichts. Und wirklich: vor dem Nichts.«⁷² Diese treuhandinterne Perspektive dominiert den weiteren Film: Er deutet die Anstalt als einen Mikrokosmos der Wiedervereinigung. Zwar erscheinen auch hier die Treuhand-Mitarbeiter:innen oft als Getriebene. Ausgangspunkt sind aber nicht einzelne Kriminelle wie Rottmann, sondern strukturelle Faktoren wie Währungsunion und das Wegbrechen osteuropäischer Absatzmärkte, zu denen sich die THA verhalten musste.

Auch in der Gewichtung der Proteste in Ostdeutschland unterscheiden sich die beiden Filme stark: Knapp fünf der 44 Minuten bei Laabs handeln von den Protesten, hingegen nur knapp zwei der 53 Minuten bei Kloepfer/Knigge.⁷³ Dieser Kontrast zeigt sich auch bei der jeweiligen Darstellung der Proteste: In der Kloepfer/Knigge-Dokumentation bleiben sie abstrakt, wenn es etwa heißt: »1993 werden die Schließung des Kalibergwerks in Bischofferode und der Hungerstreik der Kumpel zu einem Symbol des ostdeutschen Ohnmachtsgefühls.«⁷⁴ Ganz anders Laabs' Film: Die Stürmung der Treuhandniederlassung in Suhl durch Beschäftigte der Simson-Werke zeigt eine aufgebrachte Masse, aus der heraus Sätze wie »Die Drecksau!« oder »Haben Sie keinen Arsch in der Hose?« fallen.⁷⁵ Welche

71 Dirk Laabs: Die Treuhand – Die wahre Geschichte, 2020, 00:00:15–00:00:23.

72 Ingrid Kloepfer/Jobst Knigge: D-Mark, Einheit, Vaterland: Das schwierige Erbe der Treuhand, 2018, 00:00:09–00:00:15.

73 Laabs, Die Treuhand, 00:14:43–00:15:24, 00:26:40–00:27:44, 00:28:59–00:29:27, 00:30:53–00:30:59, 00:38:20–00:40:32. Kloepfer/Knigge: D-Mark, 00:16:42–00:17:16, 00:46:54–00:47:42.

74 Kloepfer/Knigge, D-Mark, 00:46:54–00:47:02.

75 Laabs, Die Treuhand, 00:15:04–00:15:12.

Forderungen die Demonstrierenden konkret erheben, bleibt unklar.⁷⁶ In diesen Unterschieden spiegeln sich Motive wider, die bereits die Protestberichterstattung zumindest der westdeutschen Leitmedien geprägt hatten: Die Darstellung Ostdeutscher zwischen Verführung und Volkszorn auf der einen, relatives Desinteresse auf der anderen Seite. Im Sinne der Träger der vielfältigen ostdeutschen Proteste konnte und kann keine der beiden Darstellungsformen sein.

Wie aber könnte eine Alternative zu diesen Mustern aussehen? Ostdeutsche Stimmen des Protestes kommen in nahezu der gesamten – zeitgenössischen wie heutigen – untersuchten Berichterstattung nur in zwei Rollen vor: Entweder als »Volkstribune« wie Wolfgang Thierse und Gregor Gysi ohne wirkliche Verankerung in den betroffenen Betrieben, oder als Einzelstimmen Betroffener, die aber atmosphärische, letztlich austauschbare Kulisse bleiben. Im thüringischen Protestgeschehen 1993 waren dagegen alternative Ansätze erkennbar. Betriebsräte wie Gerhard Jüttemann, Heiner Brodhun und Jürgen Völkerling kamen zumindest in ostdeutschen Medien zu Wort und schlugen so die Brücke zwischen persönlicher Betroffenheit und dem Formulieren darüber hinausgehender politischer Positionen – die auch Unterschiede im Meinungsspektrum abbilden konnten: Jüttemann saß für die PDS im Bundestag, Brodhun war CDU-, Völkerling SPD-Mitglied. In einer stärkeren Verankerung dieser Art ostdeutscher Stimmen könnte zukünftig ein Schlüssel zur Überwindung der in der Einleitung dieses Textes beschriebenen, oft ein-dimensionalen Ost-West-Debatten liegen.

76 Ebd., 00:26:40–00:26:48.

Anhang 1: Tabellarische Übersicht der Untersuchungsergebnisse aus Abschnitt 4

	Beiträge gesamt	Beiträge/ Tag*	Thema Bischoffe- rode	Thema »Thüringen brennt«	Kurzmel- dungen	Berichte	Repor- tagen	Kom- mentare	Inter- views	Sonstiges **	Tenor ***
Leitmedien											
FAZ****	21	0,66	21	/	48%	24%	5%	19%	/	4%	3,4
SZ	25	0,78	23	2	60%	24%	4%	8%	/	4%	2,9
Lokalpresse											
TA	77	2,41	44	33	16%	51%	5%	23%	5%	/	2,6
FW	46	1,44	22	24	30%	50%	11%	7%	/	2%	2,9
Linke Tageszeitungen											
taz	29	0,91	24	5	31%	52%	7%	10%	/	/	2,8
ND	54	1,69	42	12	15%	52%	11%	19%	/	3%	2,2
ÖR-Funk											
TJ	34	1,89	17	17	29%	29%	32%	/	9%	/	2,7
TS	10	0,53	7	3	30%	30%	40%	/	/	/	3,0

* Untersuchungstage: 17.04., 10.07., 14.07., 28.07., 01.08., 17.08., 24.08., 25.08., 31.08., 01.09., 14.09., 19.09., 20.09., 21.09., 28.09., 05.10., 19.10., 25.10.1993, 26.04.1994.

** Porträts, Hintergründe/Infokästen. Leserbriefe wurden nicht in die Auswertung einbezogen. Aufgrund von Rundungen kann der Gesamtwert von 100% abweichen.

*** 1 = sehr positiv, 5 = sehr negativ. Zur Bewertung wurde eine Codierung entwickelt, die Beitragstyp und -inhalt einbezieht (siehe Anhang 2).

**** Abkürzungen: FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung, SZ = Süddeutsche Zeitung, TA = Thüringer Allgemeine, FW = Freies Wort, taz = die tageszeitung, ND = Neues Deutschland, TJ = Thüringen Journal, TS = Tagesschau.

Anhang 2: Codierung für die Bewertung des Tenors der Beiträge aus Abschnitt 4

Tenor	Inhalt
5	- <u>Reportage</u> mit (fast) ausschließlich negativer Darstellung der Protestseite - <u>Kommentar</u> mit (fast) ausschließlich negativer Kommentierung der Protestseite
4	- <u>Kurzmeldung/Bericht</u> mit parteiischen Schilderungen oder Formulierungen eindeutig zuungunsten der Protestseite - <u>Reportage</u> mit überwiegend negativer Darstellung der Protestseite - <u>Kommentar</u> mit ambivalenter, aber überwiegend negativer Kommentierung der Protestseite - <u>Interview</u> mit deutlich überwiegend / ausschließlich kritischen Fragen an Protestseite / affirmativen Fragen an Gegenseite
3	- alle übrigen
2	- <u>Kurzmeldung/Bericht</u> mit parteiischen Schilderungen oder Formulierungen eindeutig zugunsten der Protestseite - <u>Reportage</u> mit überwiegend positiver Darstellung der Protestseite - <u>Kommentar</u> mit ambivalenter, aber überwiegend positiver Kommentierung der Protestseite - <u>Interview</u> mit deutlich überwiegend / ausschließlich affirmativen Fragen an Protestseite / kritischen Fragen an Gegenseite
1	- <u>Reportage</u> mit (fast) ausschließlich positiver Darstellung der Protestseite - <u>Kommentar</u> mit (fast) ausschließlich positiver Kommentierung der Protestseite

Anhang

Abbildungsnachweis

Titelbild: Sammlung Bernhard Hecker/Forschungsstelle Transformationsgeschichte

Jakob Warnecke

Abb. 1: Privataarchiv Jakob Warnecke

Abb. 2: Stadtarchiv Hennigsdorf, B/002/B, SONST/12

Jary Koch

Abb. 1: picture alliance/ZB/Jan-Peter Kasper

Jessica Elsner-Lindner

Abb. 1: Archiv der Stiftung Automobile Welt Eisenach

Konrad Bunk

Abb. 1: Privat Konrad Bunk

Autorinnen und Autoren

Justin Andreae, Studium Geschichtswissenschaft und Englisch (Staatsexamen Lehramt an Gymnasien); derzeit Redaktionsvolontär beim Mitteldeutschen Rundfunk.

Detlev Brunner, Prof. Dr., Direktor der Forschungsstelle Transformationsgeschichte an der Universität Leipzig, Vorsitzender der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft.

Konrad Bunk, M.A., Doktorand am Historischen Seminar der Universität Leipzig, Mitglied der Forschungsstelle Transformationsgeschichte an der Universität Leipzig.

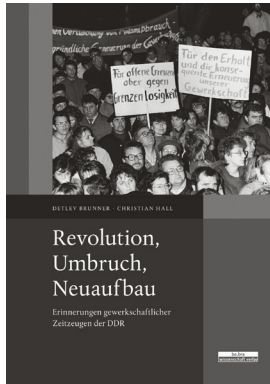
Jessica Elsner-Lindner, Dr. des., Leiterin des Archivs der Stiftung Automobile Welt Eisenach und stellvertretende Museumsleiterin, promovierte zu Arbeitsverhältnissen und sozialer Ungleichheit in der ostdeutschen Automobilindustrie von 1970 bis 1992 am Beispiel des Automobilwerks Eisenach.

Jary Koch, B.A., Masterstudent der Zeitgeschichte an der Universität Potsdam, wissenschaftliche Hilfskraft an der Forschungsstelle Transformationsgeschichte an der Universität Leipzig.

Michaela Kuhnhenne, Dr., Leiterin des Förderschwerpunkts Bildung in der Arbeitswelt/ Geschichte der Gewerkschaften bei der Hans-Böckler-Stiftung; Mitglied des Vorstandes der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft.

Jakob Warnecke, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Transformationsgeschichte an der Universität Leipzig, Mitglied der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft.

Übersicht der bisherigen Bände



Detlev Brunner/Christian Hall

Revolution, Umbruch, Neuaufbau Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR

Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Band 4

144 Seiten, 13 Abb., 17 x 24 cm, Pb.

ISBN 978-3-95410-051-4

19,95 €



Rüdiger Zimmermann

Emil Kloth (1864–1943) Vom marxistischen Gewerkschafts- vorsitzenden zum bekennenden Nazi

Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Band 5

112 Seiten, 2 Abb., 17 x 24 cm, Pb.

ISBN 978-3-95410-050-7

19,95 €



Eric Weiß

Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess Die Industriegewerkschaft Chemie- Papier-Keramik in der Transformationszeit 1990–1994

Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Band 6

96 Seiten, 15 Abb., 17 x 24 cm, Pb.

ISBN 978-3-95410-227-3

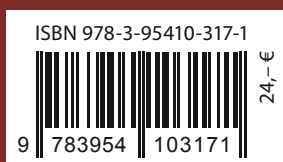
20,- €

Mit Blick auf den Vereinigungs- und Transformationsprozess der 1990er-Jahre stellt sich die Frage, ob es Alternativen zu den eingeschlagenen Wegen gab. Bei der Suche nach Antworten führt der Weg auf eine Ebene, die für die einstmalige Arbeitsgesellschaft DDR von identitätsstiftender Bedeutung war: die Ebene der Betriebe, der dort Beschäftigten und ihrer Erfahrungen aus der Zeit, in der die wirtschaftliche und soziale Struktur in den neuen Ländern radikal umgestaltet wurde.

Wie verliefen diese Prozesse? Welche Rolle spielten dabei Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen? Wie erfolgreich waren die vielfältigen Protestaktionen zum Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen? Und welche Bedeutung nimmt dieses Engagement in den Erfahrungen der Betroffenen und in der medialen Öffentlichkeit ein? Dies sind die Kernfragen, die in dem vorliegenden Band thematisiert werden.

Mit Beiträgen von Justin Andrae, Konrad Bunk, Jessica Elsner-Lindner, Jary Koch und Jakob Warnecke.

SCHRIFTENREIHE DER
JOHANNES-SASSENBAACH-GESELLSCHAFT



www.bebra-wissenschaft.de